

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pfg. frei im Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pfg.
 Postabonnement: 1,10 Mk. pro Monat, eingeschrieben in die Post.
 Ausland: 2 Mk. für das erste Ausland 3 Mk. pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternotizen 10 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pfg. (zweifach gedruckt Wort) jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 31. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Schrittmacher der Sozialdemokratie?

Die kampffrohe, zündende Festrede, durch die im Jahre 1890 der freiheitliche Pädagoge Dittes dem damaligen Lehrertage in Berlin sein besonderes Gepräge verlieh, war dem Andenken eines noch entschiedeneren Kämpfers für freie Pädagogik und demokratische Schulpolitik gewidmet; sie galt Diesterweg, dessen hundertster Geburtstag in jenem Jahre gefeiert wurde.

Diesterweg war bekanntlich für sein mannhaftes Wirken im Dienste der Volksbildung und der Volksrechte von der schmerzhaftesten Reaktion Preußens in den Jahren 1847 und 1850 als Seminardirektor in Berlin zur Strecke gebracht worden. Er hätte dieses schwere Opfer seiner Ueberzeugung und seiner Charakterfestigkeit nicht zu bringen brauchen, wenn er damals so kluge Berater gehabt hätte, wie sie gegenwärtig die Leitung des Deutschen Lehrervereins zieren. Sie hätten ihm gesagt: Du darfst dich politisch betätigen, aber nur, so weit dabei die Pflichten nicht verletzt werden, die mit der Ausübung eines Staatsamtes verbunden sind. Was Diesterweg wohl zu einem solchen weislichen Ratsschlage gesagt hätte? Wahrscheinlich hätte er den Herren einige seiner stachlichsten Grobheiten an die glatten Diplomatenköpfe geworfen und sie im übrigen ermahnt, schnellstens die Tür von draußen zuzumachen. Da Diesterweg schon bald fünfzig Jahre auf einem Berliner Friedhofe schlummert, so hat er den deutschen Volksschullehrern am vergangenen Mittwoch nicht persönlich seine Meinung über die lammherzige Gelassenheit sagen können, mit der sie das wichtigste Recht eines Staatsbürgers, das Recht der politischen Ueberzeugung und Betätigung preisgaben. Aber wahrscheinlich hat er sich zornig im Grabe herumgedreht.

Die deutsche Lehrerversammlung in Berlin ist weit hinter den bescheidenen Erwartungen, die wir auf sie gesetzt hatten, zurückgeblieben. Keuchend sind die großen Demonstrationstongresse der deutschen Volksschullehrer von eindrucksvoller Wucht. Wenn ein Riesengebäude wie der Zirkus Schumann von unten bis oben, bis in die entferntesten Galerien hinein mit einer aufmerksamen Zuhörerschaft gefüllt ist, die andachtsvoll und mit wohl vorbereiteterm Verständnis stundenlang den Reden und Debatten folgt, so darf man solche Manifestation ernstlich Berufsinteresses an sich wohl anerkennen. Um so trauriger stimmt aber die angesichts der Waffendemonstration doppelt peinliche Tatsache, daß die Laufende und Abertaufende deutscher Volksschullehrer, die hier in Berlin zusammengekommen waren, und mit ihnen die Hunderttausend, als deren Vertreter sie hier berieten, politisch unfreie Männer sind, die ihre Unfreiheit nicht einmal als solche erkennen, sondern im Gegenteil die Not der politischen Rechtslosigkeit zur Tugend der in Ehrfurcht ererbenden Königs- und Kaisertröge umwandeln.

Der Lehrertag stand von Anfang an unter dem Zeichen der Furcht vor der Sozialdemokratie. Das kann insofern freilich kein Wunder nehmen, als der erste Mann, der auf der Tagung das Wort erhielt, der preussische Kultusminister war. Da den deutschen Volksschullehrern zum ersten Male eine solche Ehre zuteil wurde, kann man begreifen, daß sie vor Freude laut jauchzten und ohne Widerspruch die lebenswürdige Drohung des Kultusministers entgegennahmen, daß er „ungeeignete Elemente“ aus der Lehrerschaft entfernen werde.

Der Vorsitzende des deutschen Lehrervereins spannte den Faden in seiner Art weiter. Stolz warf er sich in die Brust, als er gegen die Feinde des Lehrervereins ausholte. Der Lehrerverein sei kein politischer Verein und stehe im Dienste keiner politischen Partei. In politischer und religiöser Beziehung seien die Mitglieder des Lehrervereins durch die Satzungen nicht gebunden. Das ging besonders gegen die ultramontanen Angriffe auf den Lehrerverein, die in jüngster Zeit besonders durch den Heißsporn der Zentrumsfraktion im preussischen Landtage, durch den Kreisinspektoren Geh, eine scharfe und verletzende Form bekommen hatten. Damit hätte es gut sein können. Auch sozialdemokratisch gesinnte Lehrer hätten bei solchen Grundfragen Platz im Deutschen Lehrerverein. Aber jetzt holte der Vorsitzende erst zu seinem Hauptschlag aus. „Der Lehrerverein ist kein Schrittmacher der Sozialdemokratie“, so rief er dröhnend in den Saal, und donnernd klang es im tausendfachen Echo zurück. „Wir stehen treu zu Kaiser und Reich“, so klang es noch dröhnender, und noch stärker war das Echo der Versammlung.

Der preussische Kultusminister, der diese antisozialistische Demonstration, diese flagranteste Verletzung des im vorhergehenden Atemzuge verkündeten Rechts auf politische Meinungsfreiheit im Lehrerverein miterlebte, weiß jetzt, was er von den Lehrern zu erwarten hat. Sein Gang in den Zirkus Schumann hat sich verlohnt. Sozialdemokraten mit ihrer angeblich heimat- und vaterlandslosen Gesinnung werden im Deutschen Lehrerverein nicht geduldet. Sie müssen entweder heucheln oder Lehrerverein und Lehramt aufgeben. Mit den Lehrern, die noch übrig bleiben, kann der preussische Kultusminister dann nach Herzenslust die königlich-preussische Jugendpflege in der

Schule und nach der Schulzeit treiben. Er weiß jetzt, wo er die nötigen Kräfte, die er für den von ihm im preussischen Landtag angekündigten Kampf um Schule und Jugenderziehung, der „die Meinungsverschiedenheiten der bürgerlichen Parteien über Schule und Jugenderziehung weit zurückstellt und verblasen läßt“, zu suchen hat — falls die militärischen Hilfskräfte nicht ausreichen oder nach kurzer Zeit die Lust an der Jugendpflege verlieren sollten.

Der zweite Verhandlungstag drückte dann das offizielle Siegel auf die Selbstentmannung der deutschen Volksschullehrer. Man beriet über die rechtliche Stellung des Lehrers in Staat und Gemeinde. Wenn man nur die formell vortreffliche, eindrucksvolle Rede des Referenten gehört hätte, hätte man über soviel Mannesmut in der Brust eines deutschen Beamten seine Freude haben können. Stolz schwang er sein Schwert gegen die Rechtslosigkeit des Lehrers, gegen die Beschränkung des Wohnortes, gegen die Ausschließung vom Amte eines Schöffen und Geschworenen, gegen die Vorenthaltung des passiven Wahlrechts, gegen die Mängel und Widersprüche des Disziplinarverfahrens, ja, sogar gegen die Beschränkung der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts und der politischen Betätigung.

Aber dann folgte die Diskussion, die verschiedene interessante Ausführungen brachte, dann folgte das Schlusswort des Referenten. Mit Wiedermannsmiene verkündete er, daß seine Schmeicheleien nicht so schlimm, wie sie ausgesehen hätten, seien, denn „von Pappe ist mein Schwert“. Frei soll die politische Ueberzeugung des Lehrers sein, frei, niemand soll sie ihm beschränken dürfen — nur muß er mit seinen Freiheitsgelüsten im staatlich approbierten Rahmen bleiben! Gerade da, wo die politische Meinungsfreiheit beginnt, aus einer schönen Phrase eine harte Tatsache zu werden, da, wo die politische Meinungsfreiheit der jeweils herrschenden Regierung un bequem wird, gerade dort, an dieser entscheidenden Stelle, hört auch das Bedürfnis der deutschen Lehrerschaft nach politischer Meinungsfreiheit auf. „So wisset denn, daß ich Herr Schnock, der Schreiner, bin, kein böser Löwe fürwahr, noch eines Löwen Weib.“

Die Lehrer bewegten sich in einem für sie nicht sonderlich ehrenvollen Trugschluß, wenn sie das Staatsamt mit dem Regierungsamt gleichsetzten. Den Staat wählt man sich nicht freiwillig, sondern man wird in ihn hineingeboren; den Staat bildet nicht die Regierung, noch viel weniger der Monarch, in dessen Namen formell — aber doch nur rein formell — alle Staatsakte vollzogen werden; der Staatsbeamte ist deshalb nicht der Regierung als solcher und dem Monarchen als solchem Gehorsam und Treue schuldig, sondern dem Staate, der Gesamtheit der Staatsbürger. In diesen Staatsbürgern gehören auch die Sozialdemokraten, mehr als vier Millionen Deutscher. Die deutschen Volksschullehrer, die die Kinder dieser vier Millionen zu erziehen haben, nehmen sich eine skandalöse Annahme heraus, wenn sie diese Viermillionenpartei als rechtlos, als staatsfeindlich, als außerhalb der Gesetze stehend betrachten und behandeln!

So mühte denn ein aufrechter Mann die diesjährige deutsche Lehrerversammlung mit recht trüben Empfindungen verlassen, wenn ihm nicht eine Tatsache die Freudigkeit der Hoffnung wiedergegeben hätte. Als die patriotische Phrase die schlimmsten Orgien feierte, als zwei Berliner Lehrer in schwülftigen Gefühlsgüssen das Preussentum und die genialen Hohenzollern verherrlichten, erhob sich plötzlich und urwüchsig auf mehreren Seiten des weiten Hauses ein solch entschiedener Widerwille gegen diesen unzeitgemäßen Byzantinismus, daß den Preußenhelden die Worte im Halse stecken blieben. Schluchzrufe schollen ihnen entgegen, und obwohl beiden sonst die schallende Phrase wohl zu Gebote steht, verloren sie doch völlig das Konzept ob dieser unerwarteten Selbsthilfe der Versammlung.

Auch die Reden einiger Vertreter aus Hamburg, Sachsen und Württemberg ließen erkennen, daß doch allmählich hier und da in Deutschland ein neuer Geist in der Lehrerschaft lebendig zu werden beginnt. Es sind erst zaghafte Anfänge. Aber die leitenden Herren des Deutschen Lehrervereins brauchen nur mit dem preussischen Säneid, der ihnen eigen ist, und Arm in Arm mit dem preussischen Kultusminister die neuen Bahnen weiter zu steuern, so werden sie sehr wider ihren Willen früher oder später in Wirklichkeit zu Schrittmachern der Sozialdemokratie.

Die Verfassung aufgehoben!

Nachdem die Parlamente in die Ferien gegangen und nach den Aufregungen der letzten Zeit wieder etwas Ruhe eingetreten ist, dürfte es angebracht sein, die öffentliche Aufmerksamkeit auf einige Vorgänge zu lenken, die in dem allgemeinen Trübel nicht diejenige Beachtung gefunden haben, die ihnen zukommt. Dazun rechnen wir in erster Linie die Tatsache, daß die preussische Regierung ihrem Parlament mehrere Gesetze vorgelegt hat, die nach den bestehenden Gesetzen und Verfassungen zweifellos nicht erlassen werden dürfen, die aber gleichwohl vom Abgeordnetenhause angenommen worden sind. Es sind dies das Gesetz gegen die Arbeitsscheuen und das sogenannte „Vestfestigungsgesetz“. Ueber Inhalt und Geist beider Gesetze haben wir seinerzeit ausführlich berichtet und dürfen sie bei unseren Lesern als bekannt voraussetzen. Danach steht jedes Kind, daß das Gesetz gegen die Arbeitsscheuen — wenn überhaupt — dann nur vom Reichstag gemacht werden darf, und daß es

als preussisches Gesetz zweifellos ungültig ist. Hoffentlich wird es im Ernstfall auf dem Klagenweg angefochten, und dann wird es Sache der Gerichte sein, die preussischen Gesetzgeber in ihre Zuständigkeit zurückzuweisen. Aber wie wird der preussische Staat dann dastehen! Hat doch der als Politiker so gemäßigste Landgerichtsdirektor Weisig es am 21. Mai ganz unüberblümt ausgesprochen, daß die Grundlage dieses Gesetzes der Satz sei: sic volo, sic jubeo, stat pro ratione voluntas. (So will ich, so befehle ich, an Stelle von Gründen steht mein Wille.) Und der in aller Welt hochberühmte Rechtslehrer Prof. v. Liszt hat gesagt, „der führende deutsche Bundesstaat hätte allen Grund, sich genau zu überlegen, ob er den festen Rechtsboden unter sich hat“. Der preussische Staat wird also keinesfalls sagen können, daß er unwissenschaftlich gegen die Gesetzgebung des Reiches verstoßen habe!

Was das Vestfestigungsgesetz anlangt, so soll es für die preussischen Staatsangehörigen verschiedenes Recht schaffen, je nachdem sie deutscher oder polnischer bezog. dänischer Abstammung sind. Wir wollen heute auf die Einzelheiten dieses Gesetzes nicht noch einmal zurückkommen, denn schlimmer, weit schlimmer als das Gesetz selbst ist die Art und Weise, wie die von der Regierung angestellten Juristen es fertig gebracht haben, die Verfassungs- und sonstigen Bestimmungen beiseite zu schieben, die ihm im Wege stehen. Es kann schließlich überall mal vorkommen, daß ein schlechtes Gesetz gemacht wird. Es kann auch überall mal vorkommen, daß ein staatliches Organ die Grenzen seiner Zuständigkeit überschreitet. Jenes ist menschlich. Wenn jedoch das letztere erreicht wird durch eine Auslegung bestehender Gesetze, die den Sinn vollständig umkehren, den ihnen bis dahin jedermann beigelegt hat, dann ist die Tragweite gar nicht abzusehen. Denn das ist eine Entfälschung des Vertrauens in die Gesetze und damit eine Erschlitterung der Grundfesten des Staates. Jedermann glaubt, unter dem Schutze bestehender Gesetze zu leben, und nun sieht er mit einmal, daß es für gewiegte Juristen eine Kleinigkeit ist, in die bestehenden Gesetze einen ganz anderen Sinn hineinzulegen und damit ihre Wirksamkeit völlig aufzuheben. Das aber heißt, die völlige Unsicherheit des Rechts proklamieren!

Wir sagten schon, das Vestfestigungsgesetz schafft ungleiches Recht unter den Angehörigen des preussischen Staates. Das bestreiten auch seine Verteidiger nicht. Im Gegenteil, das ist ja gerade der Zweck des Gesetzes; es soll die Staatsangehörigen polnischer und dänischer Nationalität an der Erwerbung von Grundeigentum hindern, das durch Eingreifen des Staates den Deutschen vorbehalten bleiben soll. Nun gibt es aber in dem Grundgesetz des preussischen Staates, nämlich in der Verfassung, eine Bestimmung, die lautet so:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.“

Bisher hat das Jedermann so verstanden, daß ein Preuze gesetzlich ganz genau ebenso behandelt werden muß, wie der andere; daß also kein Gesetz Bestimmungen enthalten darf, die für preussische Staatsangehörige ungleiches Recht schaffen. Und jedermann hat geglaubt, durch diese Bestimmung ein für allemal geschützt zu sein dagegen, daß etwa für andere Leute Vorrechte geschaffen werden.

Damit ist aber das neue Gesetz schlechterdings unvereinbar. Entweder alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, dann darf man nicht durch ein Gesetz ungleiches Recht schaffen; oder man darf es, dann sind eben nicht alle Preußen vor dem Gesetze gleich. War nun die Regierung der Ansicht, daß die berühmte „Staatsnotwendigkeit“ die Vestfestigung unter allen Umständen erfordere, so gab es ja einen geraden und offenen Weg: sie mußte eine entsprechende Abänderung des Artikels 4 der Verfassung beantragen. Aber das scheute sie. Sie möchte denn doch nicht so eklatant vor aller Welt, so formell und offen den Grundlag der Rechtsgleichheit für Preußen aufheben. Hätte man doch selbst bei den Votuhenden mit Fingern auf Preußen gewiesen und gesagt: Das ist der Staat, wo das gleiche Recht für alle nicht mehr gilt.

In dieser Not vertiefte der Justizminister Herr Weseler auf einen genialen Ausweg. Wir wollen seine Ausführungen vom 18. Mai wörtlich hierhersetzen; sie sind es wert, weiteste Verbreitung zu finden:

Nach der Auslegung, die die Rechtsdoctrin dieser Bestimmung gegeben hat, ist anzunehmen, daß gesagt sein soll: jeder Preuze soll, wenn er in den Bereich irgend einer Gesetzesanwendung gezogen wird, nicht anders behandelt werden, wie jeder andere. Also die Anwendung des Gesetzes, soweit es überhaupt zur Anwendung komme, solle für ihn dieselbe sein, wie für jeden anderen. Daraus wird hier bei der Vorlage des jetzigen Gesetzes nicht abgesehen. Es ist ein Sinecquid des einzelnen in den Gesetzesbereich erst dann vorhanden, wenn der Staat sich in verfassungsmäßige Verbindung mit dem einzelnen setzt. Tut er das... so ist es sein freier Wille, mit wem er verhandeln will, und nur wenn er mit einem Staatsbürger verhandeln will, muß er dieselben Rechtsgrundlagen gelten lassen wie bei jedem anderen, mit dem er sich in gleiche Verhandlungen einläßt. Aber er ist nicht gezwungen, jeden, der es verlangt, zur Verhandlung zuzulassen.

Wir weiten zehn gegen eins, daß die überwiegende Mehrzahl aller gewöhnlichen Menschenkinder aus diesem Gezwir juristischer „Feinheiten“ überhaupt nicht klug wird. Versuchen wir deshalb, sie in unser geliebtes Deutsch zu übertragen.

Der Justizminister will sagen: Wenn der Staat ein Gut besitzt und es verkaufen will, so muß er freilich die Käufer, mit denen er verhandelt, alle gleich behandeln; aber er ist nicht verpflichtet, mit allen zu verhandeln, er kann sehr wohl — wie jeder Privatmann — sich den Käufer aussuchen, kann zum einen sagen: Dir verkaufe ich nicht, zum anderen: dir verkaufe ich. Folglich können wir auch ein Gesetz machen, das eine bestimmte Klasse von Staatsbürgern von vornherein vom Kauf ausschließt.

Hieran ist natürlich so viel richtig, daß der Fiskus — ebenso wie jeder Privatbesitzer — im einzelnen Fall dem oder jenem, der ihm nicht gefällt, nicht zu verkaufen braucht. Sobald er aber ganz allgemein durch ein Gesetz oder auch durch allgemeine Verordnung durch Verwaltungsbehörden einer bestimmten Anzahl von Staatsbürgern, die er persönlich gar nicht kennt, das Recht zum Kauf absperrt, verstößt er gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit.

So wie Herr Weseler hat bisher kein Mensch die Verfassung verstanden. Und alle diejenigen, die bisher darauf bauten, daß die Verfassung das gleiche Recht garantiere, werden nicht schlecht aufschreien, wenn sie erfahren, mit welcher Leichtigkeit man auch das gerade Gegenteil herauslesen kann. Wenn das aber bei diesem einen Punkt der Verfassung so leicht geht, dann natürlich auch bei allen anderen und überhaupt bei allen Gesetzen. So ist, wenn es eine hohe Regierung gerade nötig hat, die Verfassung, Gesetz und Recht mit einer leichten Handbewegung tatsächlich aufgehoben. Ob nicht einst die Urheber solcher Auslegungen ein Grauen erfassen wird über die Wirkung ihrer Tätigkeit? Die laschenden Erben sind wir Sozialdemokraten!

Verlegenes Schweigen.

Die Entscheidung des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften hat den kirchlichen Blättern die Rede verschlagen. Die „Germania“, die die Antwort des Papstes veröffentlicht hat, enthält sich jeden Kommentars, und die „Köln. Volksztg.“ unterläßt es ihren Lesern bis auf einen kurzen Absatz — natürlich nur darum, weil ihr der „authentische Wortlaut nicht bekannt“ ist. Dafür behauptet sie fälschlich, daß die „Antwort eine Beziehung auf die christlichen Gewerkschaften vollständig ausschliesse“. Und dabei muß das Blatt selbst zugestehen, daß der Papst auf ein Telegramm der am 27. Mai in Frankfurt abgehaltenen Versammlung des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands, die auf dem Boden der Kölner Richtung stehen, gar nicht geantwortet hat.

Wie lächerlich überhaupt die Verlegenheitsausrede der „Köln. Volksztg.“ ist, erkennt man am besten, wenn man die Adresse der katholischen Arbeitervereine liest, bei deren Ueberreichung die päpstliche Kundgebung erfolgte. Es wird darin von der Organisation der katholischen Arbeitervereine gesagt: „Sie verwirft den Grundsatz, daß die Arbeit und das Wirtschaftsleben als „reinerwirtschaftlich“ anzusehen sind und dadurch aus dem Konnex mit dem übernatürlichen Leben und der Verbindung mit Gott und dem letzten Ziele gerissen werden. ... Sie verwirft mit der Engherzigkeit Rom novarum insbesondere die Vorstellung, daß zwischen dem Stande der Arbeitgeber und Arbeiter ein natürlicher Gegensatz bestehe; sie erkennt vielmehr mit derselben Engherzigkeit an, daß beide Stände durchaus aufeinander angewiesen und von Natur zu beiderseitigem friedlichen Zusammenwirken berufen sind.“

Gerade um dieses friedlichen Zusammenwirkens willen ist aber unser Verband Gegenstand der heftigsten Anfeindungen seitens aller jener Arbeiterverbände geworden, welche ihre Hoffnung vorzugsweise auf den wirtschaftlichen Machtkampf setzen. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) erstrebt den Frieden in der Gesellschaft und erweist sich deshalb als eine eminent staats-erhaltende Macht, als festes Bollwerk gegen den Umsturz sowie als sichere Stütze der gesellschaftlichen Ordnung und staatlichen Autorität. ...

Wie der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) gemäß den Weisungen der Kirche ganz auf der Religion aufgebaut ist und deren Lehren im praktischen Leben zu verwirklichen bestribt, so erklärt er auch, daß sowohl seine einzelnen Mitglieder, als insbesondere auch die Verringerung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses erstrebenden Gewerkschaftsorganisationen als solche in Fragen der Religion und Moral derjenigen Instanz unterstehen, welche Gott selbst als Hüterin seines Gesetzes eingeseht hat, und zwar auch für das öffentliche Leben. Offen und frei bekennend sich deshalb der Berliner Verband in seinem ganzen Wirken zur Autorität des Heiligen Stuhles und der von Gott eingesetzten Hirten der Kirche, wohl wissend, daß alles Heil und alles Wohl der einzelnen wie der gesamten menschlichen Gesellschaft nur durch die Verbindung mit derjenigen Autorität zu erzielen ist, welche von Gott selbst zur Verhängung seines Gesetzes eingeseht ist.

Um dieser dreifachen Richtlinie willen wird der Berliner Verband von vielen Seiten bekämpft, insbesondere von allen, welche lehnen, daß die Bestrebungen zur Verringerung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses als angeblich „rein wirtschaftlich“ mit der Religion keinen Zusammenhang haben, und daß deshalb diejenigen Organisationen, welche diese Bestrebungen verfolgen, als solche der Jurisdiktion der Kirche nicht unterstehen.“

Die Adresse ist ein Pronunziamento der Berliner Richtung gegen die Kölner und jedes Wort hat eine denunziatorische Spitze gegen die christlichen Gewerksvereine. Denn alle Grundsätze, die hier verworfen werden, werden entweder von den „Christen“ vertreten, oder ihnen wenigstens von ihren streng-konfessionellen Gegnern untergeschoben. Und der Papst antwortet auf diese Denunziation, indem er den Denunzianten in allem und jedem recht gibt, ihre Grundsätze billigt, die der anderen verwirft!

Und da wagt die „Köln. Volksztg.“ noch die Behauptung, daß nicht die christlichen Gewerksvereine, nicht die Kölner Richtung überhaupt gemeint sei? Glaubt sie wirklich daran, sie hätte schon längst die päpstliche Kundgebung veröffentlicht.

In Wirklichkeit möchten die Wachemiten nur Zeit gewinnen für ihre Auslegungskünste. Aber die werden an der klaren Kundgebung des Papstes scheitern, der will, daß die katholischen Arbeiter nicht den Gewerksvereinen, sondern der katholischen Arbeitervereinen angehören sollen.

Für die Industriearbeiter des katholischen Volksteils gibt es danach nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie müssen sich den Arbeitervereinen (Sitz Berlin) anschließen und sich in ihrem ganzen privaten und öffentlichen Leben vorbehaltlos der Führung durch die römische Kurie unterwerfen, oder sie müssen entschlossen auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung treten, die nicht nach den religiösen Anschauungen des einzelnen fragt, aber den arbeitenden Massen des Volkes in politischen und wirtschaftlichen Fragen ein vollkommen freies Selbstbestimmungsrecht zuspricht.

Was dazwischen ist, ist vom Uebel. Den christlichen Gewerksvereinen ist durch die päpstliche Kundgebung der Boden unter den Füßen weggezogen.

Die marokkanische Gefahr.

Mehr und mehr wird den Franzosen klar, daß die „friedliche Durchdringung“ Marokkos sich als das entpuppt, was es in Wirklichkeit ist: Die militärische Eroberung eines feindlichen Landes. Die durch Diplomatenhändler zustande ge-

kommene Protektorsvollmacht kann nur durch die Gewalt des Säbels in die Praxis umgesetzt werden. Bei der Natur des Landes und der Eigenart der fanatischen islamitischen Bevölkerung wird die Durchführung des französischen Protektors über Marokko eine Neuauslage der jahrzehntelangen Kämpfe um den Besitz Algeriens sein. Mit den rund 50 000 Mann, die Frankreich jetzt auf marokkanischem Boden stehen hat, wird es auf die Dauer nicht auskommen. Was wir schon oft, und zuletzt erst wieder bei der Beurteilung der deutschen Behrvorlagen betont haben, daß nämlich die Festsetzung Frankreichs in Marokko die Republik auf lange hinaus militärisch schwächen werde, wird durch die Ereignisse bestätigt. In ganz Marokko ist jetzt der Aufruhr zu hellen Flammen emporgeleuchtet: im Süden, wohin überhaupt noch kein französischer Soldat gekommen ist, haben die rebellischen Stämme einen Gegenkulten aufgestellt, im Muluja-gebiet stößt die französische Kolonne auf starke Streitkräfte vereinigter Stämme, im Saguja-gebiet ist die Lage gleichfalls sehr kritisch, am schlimmsten aber ist die Lage der Franzosen in Fez, das von über 20 000 Berbern umzingelt wird. Die Aufständischen greifen energisch die Hauptstadt an und haben schon in die Stadtmauer Breche gelegt, so daß die französische Besatzung der Stadt und die zu Hilfe geeilte Garnison der südlich von Fez gelegenen Stadt Meknes kaum ausreicht, den Ansturm der fanatischen Verbandscharen abzuwehren.

Das schlimmste bei alledem ist aber, daß aus dem Aufstande allerlei internationale Verwickelungen entstehen können, da Frankreich nicht in der Lage ist, seinen durch das Protektorat übernommenen Pflichten anderen Mächten gegenüber nachzukommen. So wittern die deutschen Marokko-herber wieder Morgenluft und suchen die Affaire der Farm Menschhausen und die Festhaltung Deutscher in Larundat (darunter auch zwei Brüder Mannesmann) zu großen Staatsaktionen aufzubauen. Es ist daher mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Marokkoaffäre uns auch in diesem Sommer im Atem halten wird; jedenfalls hat der deutsch-französische Marokkovertrag die Gefahren, die dem europäischen Frieden aus dem nordwestafrikanischen Beterwinkel drohen, noch nicht beseitigt. Die deutsche und französische Arbeiterschaft hat auf jeden Fall alle Ursache, die Augen offen zu halten. Am allerwenigsten hat die deutsche Arbeiterschaft Ursache, sich in einen Konflikt mit Frankreich hineinzugehen zu lassen. Wenn deutsche Kapitalisten, wie die Brüder Mannesmann, die die Situation in Marokko genau kennen, sich in Gefahr begeben, so mögen sie auch die Folgen ihrer verwegenen Profitpläne tragen; man muß aber dem deutschen Volke nicht zu, für die abenteuerlichen Privatinteressen von ein Paar mit keinerlei Verantwortlichkeitsgefühl belasteten Herren die Kasanien aus dem Feuer zu holen.

Eine pessimistische Kundgebung des Generals Lyautey.

Paris, 30. Mai. In der bereits erwähnten Depesche des Generals Lyautey über die Lage in Fez heißt es: Es ist unerlässlich, die ehemaligen Beförden, von denen keine Spur mehr vorhanden ist, schnellstens wieder einzusetzen. Ich habe im Laufe meiner Unterredung mit dem Sultan erkannt, daß wir uns hier wie in Feindesland befinden und nur auf unsere Truppen, jedoch auf keinerlei lokale Unterstützung rechnen dürfen. Im Einvernehmen mit dem Konsul Gallard und dem General Romier habe ich bereits Maßnahmen ergriffen, um wenigstens dem Ansehen nach die Autorität des Reiches wieder herzustellen. Ich appelliere an diejenigen eingeborenen Persönlichkeiten, die noch etwas Ansehen und Einfluß besitzen, und diese werden die traditionellen täglichen Audienzen beim Großwesir wieder aufnehmen.

Die Kämpfe um Fez.

Paris, 30. Mai. Aus Fez wird unter dem 27. Mai gemeldet: Die Nacht, von der man glaubte, sie würde unruhig verlaufen, ist, abgesehen von einigen Gewehrschüssen, die aus den Gärten abgefeuert wurden, ruhig vorübergegangen. Alle Vorsichtsmaßregeln waren getroffen, die Garnison war verstärkt worden. Jeder war bewaffnet wie an den Tagen des Aufruhrs. Der Feind rührte sich nicht. Die Haltung der Bevölkerung war ruhig. Die energischen Maßnahmen, welche die Franzosen ergriffen hatten, um einen Angriff zurückzuweisen, riefen einen ausgezeichneten Eindruck hervor. Drei Heiligengräber, die im Osten der Stadt bei Lambert liegen, und den Reiterern und Pflünderern seit den Tagen des April als Zufluchtsort dienten, sind durch Genietruppen mit Melinit in die Luft gesprengt worden. Die Haltung der Stämme im Westen ist unbekannt. Wenn diese gegen Fez marschieren, würde die Lage kritisch und eine Verstärkung der Truppen notwendig werden. Augenblicklich liegen in Fez und Dardebibagh sieben Bataillone mit 4500 Mann, außerdem Kavallerie und Artillerie. Eine energische Offensivbewegung ist also unmöglich, wenn die Stadt von allen Seiten angegriffen wird. Ein Bataillon Verstärkungen ist für morgen angefündigt, ein anderes für den 1. Juni. Bei dem Angriff am 25. und 26. Mai wurden auf französischer Seite ein Offizier getötet, zwei schwer und drei leicht verwundet. Der Feind hatte beträchtliche Verluste. In den Verhandlungen des Lagers der Abteilung bellert sich er 35 Tote zurück; viele Tote hatte er mit fortgetragen. Der Kampf war einer der schwersten, den die Franzosen bisher in Marokko zu bestehen hatten. Infolge dieser Ereignisse wurden die Ankerredungen zwischen dem Sultan und dem General Lyautey aufgeschoben.

Am Abend des 28. Mai hatte eine Abteilung französischer Truppen, die aus 3 Bataillonen, 3 Batterien und 5 Eskadronen Kavallerie bestand und außerhalb der Stadt Wache hielt, ein Gefecht mit einer feindlichen Abteilung, die von dem im Nordwesten der Stadt liegenden Berge Talagt herabkam. —

Aus Saffi wird vom 26. Mai gemeldet: Die Gegend befindet sich in Aufruhr. Die Mehrzahl der Abstämme hat sich gegen ihren Kaib empört. Die eingeborenen Polizeitruppen sind durch Gerüchte, sie könnten möglicherweise nach anderen Orten geschickt werden, erregt.

Paris, 30. Mai. Wie General Lyautey gestern abend telegraphiert, haben am 28. Mai nachmittags erhebliche Streitkräfte die Nord- und Ostfront der Stadt Fez angegriffen, sind aber zurückgeschlagen worden. Einige hundert Berber drangen in die Stadt ein und einen Augenblick fürchtete man, die Straßen der Stadt Schritt für Schritt verteidigen zu müssen. Infolge der getroffenen Maßnahmen besserte sich die Lage in der Stadt jedoch gegen 10 Uhr abends. Da die Feinde durch die Kämpfe außerhalb der Stadt erschöpft waren und die Verpflegung sich nicht unterstützte, verloren sie die Fühlung mit den französischen Truppen, ergriffen jedoch beim Tagesgrauen am 29. Mai die Offensiv im Norden von Fez, wo in einer Entfernung von 10 Kilometern feindliche Ansammlungen bemerkt wurden. Man erwartet für den Abend Verstärkungen aus Meknes, die große Munitionsvorräte mitbringen. Der Sultan war zuerst sehr erschrocken, beruhigte sich aber gegen Abend infolge der fortgesetzten beruhigenden Nachrichten. Lyautey bemerkt hierzu, daß er beim Diner mit dem Sultan versuchen werde, im

Einvernehmen mit diesen Maßnahmen zu treffen, um die guten und einflussreichen Elemente der Stadt zufriedenzustellen und die Stämme zum Auseinandergehen zu bewegen. Von dem Erfolg des Generals Niz am Muluja, der gestern hier bekannt wurde, erwartet man gleichfalls einen wirksamen Eindruck. Die Lage in der Stadt ist augenblicklich besser. Die Franzosen haben fünf Tote und acht Verwundete.

Ein neues Gefecht am Mulujaflusse.

Paris, 29. Mai. „Journal“ meldet aus Ushda: Die Kolonne Girard, welche sich auf dem Wege nach Safat befand, stieß auf eine bedeutende Gruppe des Stammes der Uruain, der sie erhebliche Verluste beibrachte. Auf Seiten der Franzosen waren 2 Tote und 10 Verwundete der Fremdenlegion, darunter ein Offizier. In Ushda herrschte große Aufregung unter den Eingeborenen. 88 Marokkaner sind verhaftet worden. Der Posten wird verstärkt werden.

Französische Verluste.

Paris, 30. Mai. Nach einer Blättermeldung betrug die Verluste der Franzosen bei den in den letzten Tagen von den Marokkanern auf Fez unternommenen Angriffen insgesamt 43 Tote und über 70 Verwundete.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai 1912

Wo bleibt das liberale Gewissen?

Unser Leitartikel über den skandalösen Fall des Sohnes des Genossen Düwelle, der wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes nicht nur zu einer Geldstrafe von 6 M., sondern auch zur Annullierung seines Einjährigen-Examins und zur Nichtzulassung zum Abiturientenexamen verurteilt worden war, hat erstaunlicherweise in der bürgerlichen Presse ebensowenig Widerhall gefunden, wie seinerzeit die aus demselben Anlaß gehaltenen Reden der Genossen Schulz und Frank im Reichstage einer Resonanz bei den bürgerlichen Parlamentariern begegneten. Und doch bildet dieses Vorgehen gegen den jungen Düwelle das tollste, was uns in der Rechtslosmachung der Anhänger sozialistischer Ideen bisher in Preußen-Deutschland bekannt geworden ist.

Man sage uns nicht, daß die Sozialdemokratie, die ja das Einjährigenprivileg als Geldsachprivileg bekämpfte, auf die parteiische Ungültigerklärung der Einjährigenberechtigung kein Gewicht zu legen brauche. Wegen die generelle Beseitigung des eigentlichen Privilegs wäre selbstverständlich nicht das geringste einzusetzen; das Unerhörte und Ungeheuerliche besteht aber gerade darin, daß man es für Personen trotz des vorgeschriebenen wissenschaftlichen Nachweises der Befähigung zum Einjährigendienst ausnahmsweise für solche jungen Leute außer Kraft setzen will, die, wie der junge Düwelle, sozialistische Gesinnung verdächtig sind! Etwas so Ungeheuerliches war selbst vor 20 Jahren noch nicht möglich! Wurde doch dem Verfasser dieser Zeilen, als er sich damals zum Einjährigendienst stellte, nicht die geringste Schwierigkeit aus der Zivil- und Militärbehörden hinsichtlich bekannter Tatsache gemacht, daß er bereits seit geraumer Zeit Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes und Verfasser zahlreicher Thron- und Altar gefährdender Artikel war! Heute aber soll schon die Zugehörigkeit zu einem proletarischen Jugendverein und die mit 6 M. geahndete Uebertretung des Vereinsgesetzes dazu genügen, um einen Einjährigen seines Rechtes zu berauben! Das ist ein Ausnahmestand so probogierender Art, daß es geradezu unbegreiflich ist, wie sich die bürgerliche, namentlich aber die liberale Presse solch Ungeheuerlichkeiten gegenüber auszusprechen vermag!

Mindestens ebenso ungeheuerlich ist das andere Faktum, daß Düwelle auch die Ablegung des Abiturientenexamens, also die Pforte zum ordnungsgemäßen akademischen Studium, versperrt worden ist, weil er sich einer Konvention gegen das Vereinsgesetz, die mit 6 M. Geldstrafe geahndet wurde, schuldig gemacht hatte. Daß Schüler und Studenten, die sich sozialdemokratischer Betätigung schuldig machen (um solch furchtbares Verbrechen handelte es sich ja bekanntlich im vorliegenden Falle nicht einmal) relegiert werden, ist ja eine zwar bekannte, aber nichtsdestoweniger skandalöse Tatsache. Aber Düwelle war ja, als er das Verbrechen beging, sich an der Gründung einer Jugendorganisation zu beteiligen, gar kein Schüler, sondern Kaufmannslehrling! Es ist also eine potenzierte Ungeheuerlichkeit, daß man Düwelle die Ablegung des Abiturientenexamens und den ordnungsgemäßen Zutritt zum Universitätsstudium durch den lächerlichen Hintertisch darauf unmöglich machte, daß er ja wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz bereits zu 6 M. Geldstrafe verurteilt worden sei und demnach des erforderlichen „moralischen Rufes“ entbehre!

So sehr uns das persönliche Opfer eines solch skandalösen Klassenregiments leid tun mag, so ist es doch nicht die Rücksicht auf die vernichteten Zukunftspläne eines einzelnen, die uns Stellung zu solch preuhischen Barbaren nehmen läßt, sondern die Pflicht, hier wieder einmal klipp und klar festzustellen, daß in Preußen-Deutschland die Staatsbürgerrechte nicht nach verfassungsmäßigen und gesetzlichen Grundsätzen bemessen, sondern nach der brutalen Willkür der herrschenden Parteien und Klassen berücksichtigt werden!

Handelt es sich doch um nichts Geringeres als um das Zugeständnis, daß im Prinzip allen Anhängern der stärksten Partei nicht nur das Recht des einjährigfreiwilligen Militärdienstes, sondern auch das Recht des Universitätsstudiums verweigert werden soll! So skandalös und aufreizend ein solches Verdict zur schleierloseten Klassenpolitik auch sein mag, noch skandalöser ist das Faktum, daß sich außer zwei fogsogen parteilosen Kisteinblättern bis jetzt kein Blatt gefunden hat, das unsere Dokumente ungeheuerlicher preuhischer Unkultur mit den entsprechenden Glossen wiedergegeben hätte!

Die Reichstagsneuwahl für Gagenow-Orbedmühlen.

Ist bereits auf den 20. Juni angesetzt worden. Die Ersatzwahl wurde dadurch nötig, daß der Reichstag das Mandat des konserverativen Abgeordneten Pauli für ungültig erklärte. Herr Pauli kandidiert auch diesmal wieder, und auch für die anderen Parteien, den Fortschrittlichen und die Sozialdemokraten, sind wieder dieselben Kandidaten wie bei der Hauptwahl aufgestellt worden, für die Fortschrittler Seminaroberlehrer Sivkovich und für die Sozialdemokraten Arbeitersekretär Kobz.

Am 12. Januar d. J. wurden für den Sozialdemokraten 6151 Stimmen abgegeben, für den Konserverativen 7063 und den Fortschrittler 6140. Bei der Stichwahl erhielt der Sozialdemokrat 6755 Stimmen, während der Konserverative 9865 Stimmen auf sich vereinigte. Auch in diesem Wahlkreis hätte es also die fortschrittliche Wählerkraft in der Hand gehabt, dem Antireaktionär zum Siege zu verhelfen. Nach den mancherlei parlamentarischen Heldentaten des Fortschritts wagen wir freilich kaum darauf zu hoffen, daß diesmal der Freisinn in seiner Mehrheit eine andere Stellung einnehmen wird.

Liberale Mameluckenmoral.

Der Direktor der Grafschadener Maschinenbaugesellschaft, Seyler, ist, wie bereits gemeldet, von seinem Posten zurückgetreten, um seiner Gesellschaft die Staatsaufträge nicht entgegen zu lassen, die bekanntlich seinerzeit suspendiert wurden, weil Seyler sich angeblich deutschfeindlicher Treibereien schuldig gemacht haben sollte.

Als der Fall bekannt wurde, gab es nur eine Stimme der Verurteilung über das Vorgehen der preussischen Eisenbahndirektion, die als Auftraggeber für die Grafschadener Maschinenfabrik in Frage kam.

Mittlerweile hat der Kaiser seine Erben-Rede gehalten. Der Reichstag hat sich mit dieser Rede, wie mit ihrem Ausgangspunkt beschäftigt, und man kann nicht gerade sagen, daß Behrman Hollweg in der Verteidigung des Kaisers und der reichsständischen Regierung glücklich abgekommen hätte. Auf das „Berliner Tageblatt“ indessen müssen die Äußerungen des Kaisers und des Kanzlers überwältigend gewirkt haben. Man höre, was das „liberale“ Blatt zu der Demission des Direktors Seyler zu sagen hat:

„Der Herr Seyler hat etwas lange Zeit gebraucht, ehe er die notwendige Kontingenz aus dem wegen seiner undeutlichen Haltung entstandenen Konflikt zwischen der Regierung und dem von ihm vertretenen Werk gezogen hat. Es wäre richtiger gewesen, hätte er schon früher das Hindernis zu einer Verständigung, das in seiner Person lag, aus dem Wege räumen helfen. Obgleich er ja überzeugt sein mußte, daß ihm bei einigem Entgegenkommen eine goldene Brücke gebaut werden würde. Man wird es auf der anderen Seite verstehen können, daß der Aufsichtsrat der esch-Lothringischen Maschinenfabrik in Grafschaden sich nicht leicht dazu entschloß, den geschäftlich ansehnend sehr tüchtigen Direktor aus Gründen, die außerhalb seines eigentlichen Tätigkeitsbereiches lagen, von seinem Platte zu entfernen. Aber die Dinge waren schließlich so weit gediehen, daß es für die Regierung kein Zurück mehr geben konnte, so lange Herr Seyler Direktor blieb. Man darf wohl zugleich erwarten, daß nun der Aufsichtsrat der Fabrik nicht wieder in den großen Fehler verfällt, einen Mann an die Spitze des Werkes zu setzen, der sich in nationalistische Treibereien einläßt. Es genügt völlig, wenn er sich als Leiter eines großen Betriebes um politische Angelegenheiten überhaupt nicht kümmert, sondern seine ganze Kraft auf die sachgemäße Leitung des ihm anvertrauten Unternehmens konzentriert.“

Gestimmungslosigkeit wird niemand von dem Liberalismus des „Berliner Tageblatts“ verlangen, aber was sich das Blatt hier über den Grafschadener Fall leistet, ist ein vollendeter Skandal! Hätte das liberale Blatt recht, dann wäre die preussische Regierung, für die es „kein Zurück mehr geben konnte“, durchaus gerechtfertigt, dann wäre das unerhörte Vorgehen der reichsständischen Regierung ebenso berechtigt gewesen, und in letzter Linie wäre natürlich auch Wilhelm II. im Rechte, wenn er droht, die Verfassung in Scherben zu schlagen, falls nicht andere Seiten in Gleich-Lothringen aufgezoogen werden.

Und wie angenehm berührt die weitere durchaus preussisch-bureaucratische Bemerkung, daß der Betriebsbeamte überhaupt keine Politik zu treiben, sondern sich um seine technischen Aufgaben zu kümmern habe. Den Herren Breitenbach und Kraetzle wird das Herz im Leibe lachen, denn diesen Standpunkt haben sie ja ständig für die Staatsangehörigen vertreten — ein sogenanntes liberales Blatt will nun sogar die Privatbeamten zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen. Dank, heiliger Gott!

Der Vorkliberalismus hat's weit gebracht, er ist ebenbürtig dem westfälischen Nationalliberalismus.

Katholische Polemik.

Die Zentrumspresse verbraucht stets ein großes Quantum pharisaischen Hochmuts über die Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei. Da ist es einmal ganz interessant, zu zeigen, wie denn diese Patentreisenden untereinander polemisieren.

Eines jener Blätter, die im Kampf gegen die Wackemiten eine führende Rolle innehaben, die „Correspondence de Rome“ hatte ihren Lesern aus einem Buche Herrn Dr. Karl Wadems die Tatsache mitgeteilt, daß der Großvater des heutigen Verlegers der „Kölnischen Volkszeitung“, Lambert Wadem bei einer Prozession in das eine Fenster seines Stadlens das Bildnis des Papstes, in das andere dasjenige Luthers (!) gestellt hatte. Diese Mitteilung war mit einer Ueberschrift versehen, die in freier Uebersetzung etwa lautet: „Wie sich schon der Vorfahr aufgelehrt hat“. Damit wollte das fromme Blatt offenbar andeuten, daß die Wackemiten von heute gleichsam erblich belastet sind, auch heute noch mit ihrer vermaledeiten, angeblich interkonfessionellen Politik den Gegensatz zwischen Papsttum und Lutherum überbrücken wollen. Gegen diese schredliche Beschuldigung wehrt sich nun die „Köln. Volksz.“ in einem Artikel unter dem Titel „Infamie“, in dem es heißt:

„Diese neueste Leistung des führenden Organs des sich so nennenden „integralen Katholizismus“ bedeutet einen weiteren, kräftigen Abstieg in die Niederungen perfider Riedertracht.“

Und der Artikel schließt folgendermaßen:

„Wir wissen auch, daß alle Freunde und Leser der „Kölnischen Volkszeitung“ das Gefühl der Empörung über die Riedertracht des römischen Organs teilen werden, das in seinem blindwütigen Kampfe gegen die festesten Stützen des Katholizismus im öffentlichen Leben Deutschlands — und dieser Kampf geht wahrlich nicht nur gegen die „Kölnische Volkszeitung“ — keinerlei Schranken der Wahrhaftigkeit und des Anstandes mehr kennt. Und das will „unbedingter“, „integraler“, „päpstlicher“ Katholizismus sein! O nein; es ist, wie Graf Kessigauer, einer der Führer der österreichischen Katholikenorganisationen, gegenüber dem der „Correspondance de Rome“ gleichwertigen „Österreichischen Kathol. Sonntagblatt“ erklärte, es ist ein Katholizismus vor dem sich alles retten und flüchten muß.“

Was nur zu bemerken, daß der Papsi mit seinen Sympathien durchaus auf Seite der letztgenannten Sorte von Katholizismus steht. Und so wird die Kräftige Sprache, die die Vertreter der Religion der Liebe gegen einander führen, die schließliche Niederlage und löbliche Unterwerfung der Wackemiten nicht aufhalten können.

Kriegsminister v. Heeringen amtsüde!

Die „Schlesische Volkszeitung“, das führende ultramontane Blatt Schlesiens, teilt mit, daß der Kriegsminister v. Heeringen nach dem Herbstmanöver seinen Abschied einreichen wolle und sich dann in Wiesbaden niederzulassen gedenke.

Diese Kunde dürfte stimmen, sie kommt auch nicht überraschend. Als sich aus Anlaß der Quelldebatte im Reichstage der Zusammenstoß mit dem Zentrum abspielte, konnte es als ausgemachte Sache angesehen werden, daß die Tage des Herrn v. Heeringen als gezählt zu betrachten seien. Natürlich konnte kein Mensch erwarten, daß der Kriegsminister sofort seinen Abschied verlangen und erhalten werde. Das hätte als eine Konzeption an das parlamentarische Regime gedeutet werden können, deshalb mußte man einige Zeit vertreiben lassen, und der Herbst, der stets eine ganze Umwälzung im Offizierskorps bringt, ist sicher der sehr geeignete Moment auch für den Kriegsminister, aus seiner Laufbahn auszuscheiden. Herrn v. Heeringen fehlte die parlamentarische Routine und die diplomatische Gerissenheit, die seinem Vorgänger in so hohem Maße zu eigen war. Uebrigens ist es an sich sehr gleichgültig, ob Heeringen geht oder nicht, denn am System wird dadurch nichts geändert, der Schwerpunkt

liegt beim Militärkabinett, einer militärischen Nebenregierung, und der Kriegsminister hat eigentlich nur die Aufgabe, vor dem Parlament zu vertreten, was die unverantwortlichen Herren im Militärkabinett ausgeheckt haben.

Wem zu Liebe?

Warum will das Zentrum durch seine Verräterei die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen verhindern? Und wem zu Liebe macht das Zentrum diese Politik? Freiherr v. Zedlitz und Neulirch gab schon am 30. Januar 1910 die deutlichste Antwort darauf. Er schrieb im „Tag“:

„In der Sache selbst bin ich nachgerade zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine den konservativen unannehmbare Veränderung unseres (preussischen) Wahlrechts zustande kommen zu lassen.“

Zu diesem Ziele führen verschiedene Wege. Es kann dafür gesorgt werden, daß der Antrag auf Uebergang zur geheimen Wahl von vornherein abgelehnt wird. Bei der knappen Mehrheit für die geheime Wahl genügt hierzu die Abstammung weniger Stimmen.“

Das Zentrumsrezept vom Montag vor acht Tagen ist also schon vor zwei Jahren von den Konservativen geschrieben worden! Es wurde Wort für Wort befolgt!

Was steckt dahinter?

Kürzlich wurde gemeldet, der Präparator am hygienischen Institut zu Moskau, Herr Wilhelm Grugel, habe den Erreger der Maul- und Klauenseuche gefunden. Der „Moskauer Anzeiger“ erhielt auf eine Anfrage an das Institut die Antwort, die angeblichen Entdeckungen entsprächen bisher nicht den tatsächlichen Ergebnissen der noch im Gange befindlichen Untersuchung. Die Bekanntgabe dieser Auskunft veranlaßte eine Zuschrift an das Blatt, in der es heißt:

„Bei mir wurden am 18. März vier Haupt Rindvieh eingestell, welche vorher mit der von Herrn Grugel erkundeten Schaugimpfung geimpft waren, um festzustellen, ob diese Tiere in meinem Stalle, wo Maul- und Klauenseuche herrschte, von der Seuche befallen würden. Es sind hier die größten Anstrengungen gemacht worden, die Tiere anzustecken und hatte ich meinem die Aufsicht führenden Statthalter, falls es ihm gelänge, die Tiere anzustecken, eine Prämie von 3 M. pro Haupt versprochen. Trotzdem der Statthalter mit einem Pferdeträger das Maul der Tiere wund gerieben und die wunden Stellen mit dem Schleim der erkrankten Tiere eingerieben, ist es in meinem Stalle nicht gelungen, die Tiere anzustecken.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ will nun mitzuteilen, daß zwischen Grugel und seinem Vorgelegten Unstimmigkeiten herrschten. Diese Feststellung enthält den Vorwurf, daß Eiersüchtelien die Rugharmachung einer zweifellos hochbedeutenden Erfindung mindestens erschweren. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt weiter bestimmt, daß es sich bei der Erfindung Grugels um ein ausgeprobtes, zweifellos wirksames Präparat handele. Es wäre Sache der Aufsichtsinstanzen, sich sofort um die Angelegenheit zu bemühen. Persönliche Differenzen müssen unbedingt beiseite treten, wenn sich, wie hier, die Aussicht eröffnet, unschätzbare wirtschaftliche Werte zu retten.

Der Werdegang eines Kolonialbeamten.

Der Petitionskommission des Reichstags lag die Petition einer Frau Rabe vor, die für ihren Mann den Titel eines Kaiserlichen Bezirksamtmannes und die Verleihung des Roten Adlerordens 4. Klasse mit Schwertern am schwarz-weißen Bande verlangte; außerdem beanspruchte sie für ihren Mann 3700 M. Pension, 1200 Mark jährlich Kriegszulage und 900 M. jährlich Pensionszulage, in Summa also 5800 M. pro Jahr. Für sich selbst beanspruchte sie eine einmalige Entschädigung von 10.000 M. Und das alles, weil ihr Mann 17 Monate im Kolonialdienst beschäftigt war, dann nicht mehr weiter verwendet, sondern zur Verfügung des preussischen Ministers des Innern gestellt wurde, und weil er sich bei der Revision eines Dampfers den Fuß verletz hat. Für letzteren Unfall hat das Gericht obendrein die Ostafrika-Linie als haftbar erklärt. Die Forderung der Kriegszulage wurde von der Petentin damit begründet, daß Swakopmund unter der Militärverwaltung stand, als ihr Mann sich auf dem Schiffe den Fuß verstauchte und daß somit ein Unfall vorliege, der im Kriege passiert sei. Wer ist nun dieser kostbare Beamte? Der soeben erschienene Bericht der Petitionskommission gibt darüber folgenden Aufschluß:

Franz Rabe, geboren 24. Juli 1870, von 1892 bis 1897 aktiver Leutnant, wurde durch Urteil des Militärrevisionsgerichts in Stuttgart vom 19. März 1897 wegen Mißbrauch der Dienstgewalt, verübt durch mehrfache Schlägen Untergebener, zum Teil unter körperlicher Mißhandlung derselben und Mißbrauch der Dienstwaffe, sowie durch vorchristliche Behandlung und Verleumdung Untergebener, ferner wegen eines Vergehens der vorfälligen unrichtigen Abhaltung eines dienstlichen Berichtes in minder schwerem Falle zur Dienstentlassung und zu 4 Monaten 8 Tagen Festungshaft verurteilt. Die Ehrenstrafe der Dienstentlassung wurde später im Gnadenwege aufgehoben. Rabe wurde in die Kategorie der auf eigenes Ansuchen verabschiedeten Offiziere versetzt. Von 1899 ab war er Polizeikommissar in Hannover.

Soweit der amtliche Bericht, aus dem man erfährt, daß ein in Württemberg wegen Soldatenquälererei aus dem Heere entlassener Offizier in Preußen königlicher Polizeikommissar werden konnte. Rabe suchte dann im Kolonialdienst unterzukommen, wurde fünfmal abgewiesen, auf ein sechstes Gesuch hin aber, und zwar auf Empfehlung des damaligen Gouverneurs v. Lindequist, angenommen. Mit einem Anfangsgehalt von 6000 M. wurde er dem Bezirksamt Swakopmund als Hilfsarbeiter überwiesen. Dort benahm er sich so, daß er mehrmals verwarnt und auch bestraft werden mußte, und als er krankheitshalber nach der Heimat zu reisen genötigt war, hat der Gouverneur v. Lindequist das Reichskolonialamt dringend, den Rabe nicht wieder hinauszusenden. Rabe bezog dann in der Heimat zuerst sein Kolonialgehalt von 6000 M., dann längere Zeit eine Remuneration von 3300 M. pro Jahr; gleichzeitig versuchten er und seine Frau, vom Reichskolonialamt noch besondere Unterstühtungen zu erlangen, lehnten es aber ab, den Nachweis zu erbringen, daß sie wirklich einer Unterstühtung bedürftig waren. Das Kolonialamt hat dem Rabe schließlich eine Pension von 2004 M. und eine Pensionszulage von 900 M., insgesamt also pro Jahr 2904 M., gewährt.

Die Petitionskommission lehnte die Zumutungen, die in der Petition gestellt worden waren, einstimmig ab.

Das System Hertling vor dem bayerischen Reichsrat.

Im bayerischen Reichsrat wurden am Donnerstag die allgemeinen Unterhaltungen über die Politik des Ministeriums Hertling gepflogen. Im Ausschusse des Reichsrats hatte Graf Loerring die Opposition vertreten, und ein Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, hatte im Ausschusse keine Annahme gefunden. Für die Plenarberatung hatte sich jedoch der Kampfrufer Graf Loerring entschuldigen lassen und die sehr gezähmte Opposition fand nur in dem früheren Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim ihren Ausdruck. Ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde nicht mehr beantragt, kam also auch nicht zustande.

Der Ministerpräsident v. Hertling wiederholte seine Programmrede, die er im anderen Hause gehalten hatte und erläuterte sie im einzelnen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen

Herlings, wie der Debatte der hohen Herren überhaupt, stand der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die „modernen“ Gesetzgeber vergnügten sich damit, der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung und die Existenzberechtigung abzuspreden. Aber was gegen die Sozialdemokratie gesprochen soll, wußte niemand. Man beschränkte sich immer wieder auf die Forderung, daß kein Beamter Sozialdemokrat werden dürfe. Sonst empfahl der Ministerpräsident noch die Unterstühtung der anderen Arbeiterorganisationen. Graf Preising widmete den Betrachtungen, die Graf Loerring im Ausschusse über die Notwendigkeit des parlamentarischen Systems zum besten gegeben hatte, eine städtige Kritik. Graf Loerring habe gemeint, daß der Uebergang zum parlamentarischen System, also die Beschränkung der Kronrechte, geeignet sei, die unhaltbaren Zustände im Reich und in Bayern zu bessern. Durch diese Bemerkung habe Graf Loerring, der Schwager des künftigen Thronfolgers, auf die Monarchisten desorientierend gewirkt, und drohende kündigte Graf Preising der Monarchie den Monarchistenstreik an, indem er bemerkte, der Schutz der monarchischen Rechte habe zur Voraussetzung, daß die Berechtigten selbst weder auf ihre Rechte verzichten noch auf sie zu verzichten scheinen.

Im übrigen unterhielt sich der Reichsrat über das Christentum und den Jesuiteneinlaß. Der Erzbischof von München forderte die Befestigung des Jesuitengesetzes, zum mindesten aber eine Auslegung des Gesetzes, die den Jesuiten freie geistige Betätigung gestatte, wie sie jedem Arbeiter gewährt werde.

Die religiösen Gefühle im Heeresdienst.

Kadetten sind wiederholt bestraft worden, wenn sie sich weigerten, an den Sonnabenden Dienst zu tun. Jetzt ist auch ein jüdischer Soldat, der es mit der Heiligung seiner Feiertage durchaus ernst nimmt, deshalb öfter bestraft worden. Es handelt sich um einen Musikleiter jüdischer Konfession im Infanterieregiment Nr. 43. An seinen Feiertagen tat er keinen Dienst und wurde deshalb wiederholt, zuletzt mit vier Wochen strengem Arrest bestraft. (Diese Strafe wird auf einer Holzprüge, im dunkeln Raum, bei Wasser und Brot verbüßt.) Eines Tages sollte der Soldat wieder an seinem Feiertag Dienst verrichten. Er weigerte sich aber, dem Befehle des Unteroffiziers nachzukommen, und kam jekt vor's Kriegsgericht, das ihn wegen Weigerung, Befehl und Gehorsamsverweigerung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Dem Kriegsherrn genigte diese Strafe aber nicht. Er wußte wohl wie der Angeklagte legte diese Strafe ein, doch das Oberkriegsgericht zu Königsberg verwarf beide Verurteilungen. Es erklärte in der Urteilsbegründung, daß die religiösen Motive des Angeklagten nicht berücksichtigt werden könnten.

Der englische Transportarbeiterstreik.

London, 30. Mai. Durch die Weigerung der Schiffseigentümer und der Hafenbehörden, an der von der Regierung einberufenen Konferenz teilzunehmen, hat die Situation eine Verschärfung erfahren.

Im übrigen ist die Lage im Londoner Hafen unbedeutend. Eine große Zahl von Schiffen liegt in den Docks, ohne daß die Löscharbeiten begonnen hätten. Trotzdem erhalten die Lebensmittelmärkte, vor allem der Fleischmarkt von Smithfield, reichliche Zufuhren. An den West-India-Docks hat die Hafenbehörde durch Anschlag bekannt gemacht, daß heute alle Leute, die sich melden, Arbeit finden. Eine beträchtliche Zahl von nichtorganisierten Arbeitern aus Nordengland ist eingetroffen. Der Vorsitzende des Reederverbandes der Themsefahrt gab Vertretern der Presse gegenüber folgende Erklärung ab: „Wir bestehen entschieden darauf, daß die Leute unsere Bedingungen annehmen und nicht wir die ihrigen. Die Leute haben alle Verträge gebrochen, die wir mit ihnen geschlossen haben, und wir müssen uns dagegen schützen. Die Streikenden haben sich bereit erklärt, den Transport von Lebensmitteln zu erleichtern. Jetzt aber weigern sie sich sogar, die Maschinen für die Mühlapparate zu bedienen.“ Eine stark besuchte Versammlung der Londoner Handelskammer nahm gestern einstimmig eine Resolution an, die das Recht der Arbeitgeber betont, nichtorganisierte Arbeiter zu beschäftigen. Mehrere Redner verlangten von der Regierung energischen Schutz der Arbeitswilligen, vor allem gegen die Streikposten. Ähnliche Resolutionen wurden von der Schiffahrtsbörse angenommen. Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes hat den Vorschlag des Handelsamtes abgelehnt, die Arbeit wieder aufzunehmen, sobald die Konferenz beginnt.

London, 30. Mai. Der Streikaustrich hat den vollen Nationalrat der Transportarbeiter ersucht, unverzüglich zusammenzutreten, um den Nationalstreik zu erklären und die Anerkennung der Grundzüge der Trade Unions zu erzwingen.

Portugal.

Tumult in der Kammer.

Lissabon, 26. Mai. In der Deputiertenkammer kam es heute bei der Beratung eines Antrages betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Haltung der Justizbehörden in dem Verschwörerprozeß zu einem großen Tumult und Prügeln zwischen den Abgeordneten, wodurch auch das Publikum zu Kundgebungen veranlaßt wurde. Die Sitzung wurde darauf aufgehoben und die Galerie durch eine Abteilung Soldaten geräumt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung nahm die Kammer mit 66 gegen 36 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

England.

Eine Erklärung Keir Hardies.

London, 30. Mai. Keir Hardie erklärte in einer Massenversammlung in Cardiff, die unabhängige Arbeiterpartei sei keine reformatorische Organisation, sondern eine revolutionäre und zwar im vollsten Sinne des Wortes. Sie sei nicht gegründet worden, um auf den bestehenden Verhältnissen aufzubauen, sondern um sie zu stürzen und Wandel zu schaffen zugunsten der Arbeiter, die mit Gewalt eine humanisiertere Behandlung verlangten.

Holland.

Die Verfassungsfrage.

Haag, 30. Mai. Der Bericht einer königlichen Kommission zur Revision der Verfassung ist heute veröffentlicht worden. Kein Vorschlag betreffend das Wahlrecht hat eine Mehrheit gefunden. Nur für die Einführung der Wahllistenwahl ist eine Möglichkeit geschaffen worden. Die Erste Kammer erhält das Recht, an die Zweite Kammer Gesetzentwürfe mit der Aufforderung zurückzuerweisen, Änderungen daran vorzunehmen. Weigert sich die Zweite Kammer, so soll der Gesetzentwurf als abgelehnt betrachtet werden. Das Budgetrecht und das Thronfolge-recht bleiben unverändert. Der Bericht fordert, daß alle Uebereinkommen und Verträge vor ihrer Ratifizierung die Genehmigung der Generalstaaten erhalten. Die Artikel der Verfassung über den Unterricht sind völlig verändert worden. Dem privaten Unterricht und dem öffentlichen Unterricht sollen die gleichen Unterstühtungen gewährt werden. Kein Minister soll in Zukunft zugleich Abgeordneter sein können.

Gewerkschaftliches.

Im Namen Jesu — für die Scharfmacher!

Auf dem sogenannten evangelisch-sozialen Kongress, der diesmal in Essen tagt, ritt der Vorsteher, Prof. Dr. Baumgarten, recht sorgf. für die rheinisch-westfälischen Scharfmacher — gegen die Arbeiter in die Schranken. Nach dem Bericht des „Reichsboten“ entquoll keinem geprehten Herzen zunächst ein Stoßseufzer über das Wachstum der Sozialdemokratie. „Unjere Nation, die an der Spitze der Völker stehe, erlebte das letzte Jahr bei den Reichstagswahlen ein Anschwellen der sozialdemokratischen Flut, wie sie selbst Bestimmen unter den Frommen nicht befürchteten. Die 110 Reichstagsmitglieder, die die mit unserem Staat und unserer kirchlich-nationalen Kultur zerfallene Partei an die erste Stelle in der Vertretung der Nation gerückt hat und die 4 1/2 Millionen Stimmen, die hinter dieser Partei stehen, geben der heutigen inneren Lage ihre Signatur. Damit verbindet sich der, wie vielen scheinen will, steigende Terrorismus, den diese Partei in den parlamentarischen wie in den Arbeitskämpfen des letzten Jahres ausgeübt hat.“ Dann sprach der Diener der christlichen Religion der Nächstenliebe von dem „heissen Boden der schweren Industrie, auf dem vor nicht langer Zeit ein solcher Kampf ausgefochten worden, dem alle mit tieferer Teilnahme gefolgt seien. Für uns ergibt sich aus dem Steigen der sozialistischen Flut keinerlei Verärgerung, sondern ein vermehrter Antriebs, Verständnis zu suchen für die, welche ihrer Verärgerung über unseren Staat und unsere Gesellschaft so unmißverständlich Ausdruck geben.“ Diesem Vorbehalt folgte dann das freundliche Bekenntnis für die Großindustriellen: „Wir dürfen uns aber auch nicht der Verpöschung entziehen, ein gerechtes Verständnis für diejenigen zu suchen, die unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie und ihres wirtschaftlichen Anhangs in erster Linie zu leiden haben. Dazu fordert uns ja auch der Boden auf, auf dem wir hier stehen, der uns die gewaltigste Arbeit, aber auch die großartigste Wohlfahrtsleistung des deutschen Unternehmertums zeigt.“

Solches Bekenntnis, meinte der Referent weiter, erwache als Pflicht der sittlich religiösen Gesinnung des Evangeliums Jesu! Also in seinem Namen: für Scharfmacher!

Die Arbeiter, denen solche „sozialen Löhne“ in die Ohren klingen, werden sich erinnern, daß aus den Reihen der hier verhinmelteten Großindustriellen die Parole ausgegeben wurde: „Die Gewerkschaften zu zerschmettern“, daß der Gründer der beweishäuferten Firma Strupp zu dem Grundfah sich bekannte: „Lieber eine Werkstat in die Luft sprengen, als Forderungen der Arbeiter anerkennen“, daß die Kohlenmagnaten ein Centralbüro in Aachen errichteten, daß sie gerade jetzt Urabschiede in die Welt flattern lassen, um mißliebige gewordene Arbeiter mit der Hungerpeitsche niederzuschlagen. Und mit Erbitterung wird man daran denken, daß von hier aus die wütendsten Anstrengungen erfolgen, um die Arbeiter in das Prokrustesbett ausnahmegesetzlicher Bestimmungen zu spannen.

Das nennt sich nun sozial, christlich, ideal, human und hat kein Verständnis für die furchtbar brutalen Verhältnisse, für die entsetzlichen sozialen Nöte, die unter der Herrschaft des unpersönlichen Kapitals herauswachsen. Hier, in der Domäne der Großindustrie, sind alle persönlichen, alle menschlichen Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer ausgemerzt. Das keinerlei Gemütsregungen unterworfenen Profitinteresse bestimmt den Inhalt des sogenannten Arbeitsvertrages, der ein Sklavenverhältnis nur schlecht verdeckt. Und die Sklaven opfern man den anonymen Unternehmern, die als Aktionäre irgendwo in der Welt, fernab von den Stätten der Produktion, die salbungsvollen Kapuzinaden genießen. Schmunzelnd können sie sich gestehen: die Kirche hat ihre Aufgabe als Instrument kapitalistischer Interessenvertretung begriffen! Wir können uns in Ruhe an den Früchten der Arbeit anderer delectieren, unsere Nachtwächter sind auf dem Posten!

Berlin und Umgegend.

Die Klemperer in den Buchstabenbetrieben erstreben eine tarifliche Festlegung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In einer vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung, die am Mittwochabend bei Perkowski, Andrastrasse, stattfand, wurde die Lage im Gewerbe und die Möglichkeit, Verbesserungen durchzuführen, nach einem Referat von De Vigne u. besprochen. Die Lohnarbeit ist noch die Regel, die Verträge, Allordarbeit einzuführen, sind bis jetzt in den meisten Fällen abgewehrt worden. Die Stundenlöhne betragen 65, 70 und 76 Pf., in Ausnahmefällen werden aus 80 bis 90 Pf. bezahlt. In manchen Werkstätten dagegen, wie bei Koch u. Wein werden 80 bis 83 Pf. bezahlt, bei der Firma „Lichterkamp“ 80 bis 85 Pf. Ueber die Firma Koch u. Wein und den Vermeister dafelbst wurde mancherlei Beschwerte geführt. Die tägliche Arbeitszeit in der Buchstabenbranche soll 9 Stunden betragen, aber vielfach wird auch Ueberzeit gearbeitet, sogar ohne einen angemessenen Zuschlag. In der Diskussion sprach man sich nicht nur gegen die Ueberstunden, sondern auch für eine Verkürzung der Arbeitszeit aus; man erinnerte daran, daß die Badetannen-Klemperer nur achtstündige Arbeitszeit haben. Als besonders notwendig wurde die tarifliche Festlegung der Stundenlöhne verlangt. Vorkünftig soll das Organisationsverhältnis unter den Angehörigen der Branche noch besser ausgestaltet werden, um zu geeigneter Zeit die nötigen Schritte zur Verbesserung der Lage unternehmen zu können.

Deutsches Reich.

Der Gärtnerverband im Jahre 1911.

Mit Befriedigung kann der Verband auf das letzte Geschäftsjahr zurückblicken. Konnte er doch mit Erfolg die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gärtnere verbessern, dabei den Kampffonds stärken und die Mitgliederzahl erhöhen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 6231, das sind 706 mehr als am Schluss des Jahres 1910. Die Steigerung der Mitgliederzahl beträgt seit 1909: 1837. Dieser Fortschritt ist um so höher anzuschlagen, weil in den drei vorhergehenden Jahren die Mitgliederzahl stagnierte. Neu aufgenommen wurden 4584 Mitglieder, darin spiegelt sich eine riesige Fluktuation der Mitglieder wieder, die zum größten Teil durch die Fluktuation im Verufe bedingt wird. Die Einnahmen betragen 144 483 M., die Ausgaben 127 449 M., der Kassenbestand 86 786,90 Mark. Für Unterstufungen wurden 18 096 M., für Lohnbewegung und Streiks im Verufe 18 108 M. verausgabt. Auf den Arbeitsnachweisen des Verbandes wurden 4443 Stellen gemeldet und 3135 besetzt. Der Verband führte 58 Lohnbewegungen und Streiks. Acht Bewegungen führten zu einem Tarifabschluß. Abwehrstreiks mußten sieben geführt werden, um zu verhindern, daß die Unternehmer ihre im Frühjahr gemachten Zugeständnisse wieder rückgängig machten. Der Erfolg der Gesamtbewegungen war für 2188 Mitglieder eine Lohnerhöhung von 4248 M. pro Woche und für 993 Mitglieder eine Arbeitszeitverkürzung von 2276 Stunden pro Woche. Eifrig wurde auch die Bekämpfung des Kost- und Logiswanges, der im Gärtnereberuf noch vorherrschend, betrieben. Der Verband ist dazu übergegangen, die Wohnungen der Gehilfen zu fotografieren und in der Verbandszeitung öffentlich an den Pranger zu stellen.

In dem hinterpommerschen Baugewerbe rumort es gewaltig, und ist es verschiedentlich schon zu Arbeitseinstellungen gekommen. In dem Landkreis Stolpe sind bei mehreren Unternehmern in den verschiedenen Dörfern die Arbeiten eingestellt worden. Hier wacht

sich das Bestreben der Junker bemerkbar, keinem Maurermeister Arbeiten zu geben, der „sozialdemokratische“ Maurer beschäftigt. Kein Wunder, daß nun die Maurermeister sich in einer Zwangsmühle befinden, da nur wenige Maurer nicht organisiert sind. Auch in Rügenwalde ist es zum Streik gekommen, da die Maurer eine zehnständige Arbeitszeit und 45 Pf. Stundenlohn neben den üblichen Landzulagen beanspruchten. Bisher wurden 11 Stunden täglich bei 40 Pf. Stundenlohn gearbeitet. Daß die Arbeitgeber von „partei politischen Forderungen“, „Verheben und Aufwiegelern“ reden, ist selbstverständlich. Interessant dürfte es sein, daß der national-liberale Reichstagsabgeord. Buchstabenfabrikant Schmidt, dem ein konservativer Besitzer den Nachvertrag gekündigt hat und der nun in den liberalen Blättern als „Opfer des konservativen Terrors“ gefeiert wird, sich selbst zum Terrorismus aufschwingt und von den streikenden Bauarbeitern den Austritt aus dem Bauarbeiterverbande und Aufgabe des Streiks verlangt, aber droht er: im Winter würden diese Maurer in seiner Buchstabenfabrik keine Arbeit bekommen. Theorie und Praxis! Der Baugewerksmeister Georg Schirmer ist gut Freund mit dem Bahnhofsarbeiter. Dieser Vorsteher verbot den Rügenwalder Maurern und deren Frauen das Betreten des offenen Bahnsteiges. Auf eingelegte Beschwerte antwortete die Direktion Danzig, daß sie Erhebungen eingeleitet habe. An einem Sonntag reisten nun einige Arbeitswillige an. Gerade, als sich der Zug in Bewegung setzte, kam Herr Schirmer auf den Bahnsteig. Als nun die Arbeitswilligen in Erinnerung an eine Anekdote freundlich lächelnd an Herrn Schirmer vorbeifuhren, rief dieser in höchster Entrüstung: „Lassen Sie halten, die Leute wollen mich betrügen!“ Und jetzt geschieht das Unglaubliche, der Vorsteher gibt das Haltesignal, der Zug hält und der Baugewerksmeister steigt mit seinem Volke ein, um die fahnenflüchtigen zurückzuholen. Als dies nach kurzer Wartezeit nicht gelang, blieben die Herren im Zuge und fuhren nach Schlawe mit. In Pommern ist alles möglich. Auch in Gory sind die Bauarbeiter in den Streik getreten, wodurch die Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind. Hier versuchen die Unternehmer einen Vertragsbruch der Maurer zu konstruieren. Auch in den Dörfern Kubitz und Beddin bei Stolpe sind circa 40 Maurer in den Streik getreten. Zwei hier in Frage kommende Unternehmer haben bereits bewilligt. Der Zugzug von Bauarbeitern ist ferngehalten.

Den hannoverschen Scharfmachern wird das Geld knapp!

In den Kreisen der an der Spitze der Scharfmacher von Hannover und Linden stehenden Metallindustriellen von Hannover und Linden gibt man sich bezüglich der Dauer des Kampfes keinen Illusionen hin; man ist vielmehr auf eine ausgebreitete Dauer von vornherein gefaßt. Schon sehen sich diese Herrschaften nach Hilfsmaßnahmen unter ihren Geschäftsfreunden um, und von diesen Lieferanten erwarten sie Befristungen der Zahlungen für die Dauer des Kampfes. So hat in diesen Tagen die hannoversche Waggonfabrik an verschiedene ihrer Lieferanten ein Schreiben losgeschickt, in dem es unter anderem heißt:

„Hiergegen appellieren wir an Ihre Solidaritätsgefühl und ersuchen Sie, uns dadurch zu unterstützen, daß Sie die Zahlungen der Zahlungen um so lange hinausschieben, als der Streik bzw. die Aussperrung bei uns dauert.“

Das Schreiben schließt dann mit nachstehendem Passus: „Es stehe uns bei der bekannten Hartnäckigkeit des niedersächsischen Arbeiterstammes ein harter Kampf bevor und müssen wir auch auf Ihre Hilfsbereitschaft rechnen, damit wir fleghaft aus demselben im Interesse der gesamten deutschen Industrie hervorgehen.“

Es ist nun Sache des hartnäckigen niedersächsischen Arbeiterstammes, den Scharfmachern in Hannover und Linden zu zeigen, was eine Parole ist. Bei einmütigem Zusammenhalten kann der Sieg nicht ausbleiben.

Differenzen im Dresdener Töpfergewerbe.

Im März d. J. wurde mit den Unternehmern ein neuer besserer Tarif für Ofenseher vereinbart, der, da Allordarbeit ziemlich umfangreich ist, am Schlusse die üblichen „allgemeinen Bestimmungen“ enthält. Diese Bestimmungen suchen jetzt die Unternehmer ganz willkürlich zu ihren Gunsten auszulegen, so daß etwas ganz anderes und den Gehilfen nachteiliges herauskommt, das gegen den Sinn sowohl als auch den Wortlaut der Bestimmungen verstößt. Verhandlungen sind zwischen den beiderseitigen Organisationen eingeleitet worden.

Friede in der süddeutschen Metallindustrie.

Die Rührberger Verhandlungen zwischen Vertretern der Metallindustrie und des Metallarbeiterverbandes führten zwar zu einer Einigung für Frankfurt a. M. und dem Maingau, doch war der Friede damit namentlich für Süddeutschland noch nicht gesichert. Im Stuttgarter Industriegebiet bestanden noch Differenzen im Formergewerbe. Ehe die nicht beseitigt waren, wollten die Metallindustriellen die schon ausgesprochenen Kündigungen vielfach nicht zurücknehmen. So hatte eine Metallwarenfabrik in Singen am Oberrhein ihren kürzlich per Einschreibbrief gekündigten Arbeitern am letzten Lohnstage mitgeteilt, daß die Kündigung erst aufgehoben werden könne, wenn die Differenzen in Stuttgart beseitigt seien.

Kannmehr sind die Differenzen im Stuttgarter Formergewerbe am 20. Mai nach fünfständigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Metallindustriellen und des Metallarbeiterverbandes ebenfalls beigelegt worden. Den Formern wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden zugestimmt und Lohnerhöhungen, die nach erfolgter Umrechnung 2-3 Pf. pro Stunde für jeden Arbeiter ausmachten.

Damit kann nun erst die angeordnete Aussperrung für Süddeutschland als erledigt erachtet werden.

Der Bericht des Ausführes der christlichen Gewerkschaften

für das Jahr 1911 bietet wenig Bemerkenswertes. Nicht das ist interessant, was wir im Bericht zu lesen bekommen, sondern das, was in ihm verschwiegen wird. Alle die Angriffe, die die christlichen Gewerkschaften von katholisch-kirchlicher Seite aus im Berichtsjahre erfahren haben und die ihren Bestand gefährden, werden übergegangen, als ob sie nie dagewesen seien und heute nicht existierten. Der Herr Generalsekretär Stegerwald, der der Verfasser des Berichtes ist, hat sogar vergessen, einen Kommentar zu seinem Briefe an Dachen zu schreiben. Das kann man ihm nachfühlen. Und doch hätte der Mann alle Ursache, einmal Marxer für die Offenheit, mehr noch für die christliche Arbeiterkraft zu schaffen, wie man in katholisch-kirchlichen Kreisen zu den christlichen Gewerkschaften steht, wieweit die Gefahr gereift ist, ob christlichen Organisationsgebilde in ein Fahrenwasser zu treiben, wo ihnen Taktik und Prinzipien autoritativ und endgültig ebei von den kirchlichen Instanzen aufgewungen werden. Oder wollen die christlichen Heerführer heute noch der Welt weismachen, daß die christlichen Gewerkschaften sich ganz und gar nach im alter Weise bewegen, ihre bisherigen Bahnen von Nichtarbeiterseits nicht durchkreuzt worden sind? Das zu beweisen dürfte den „schlauhen Opportunisten“ in Köln nicht gelingen und darum schweig er sich in dieser Proge aus. Aber Stillschweigen ist auch ein Antwort.

Wie es den christlichen Gewerkschaften an den Fragen gehen soll, beweist schon das Schicksal des christlichen Textilarbeiterverbandes in Holland. Die „Petrusblätter“ vom 19. April wissen zu melden:

„Der interkonfessionelle christliche Textilarbeiterverband „Unitas“, der in einzelnen Bezirken Hollands, nach dem Vorbild der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gegründet worden war, ist durch eine bischöfliche Verordnung den Katholiken verboten worden. In den Kirchen derjenigen Orte, die eine solche Gewerkschaft besaßen, wurde am letzten Sonntag eine Bekanntmachung verlesen, die das Lesen des Vereinsorgans und die Mitgliedschaft den Katholiken untersagt.“

Die „Unitas“ ist hin! Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands haben ihrer Auflösung bis jetzt nur noch aus dem Wege gehen können, indem sie kampfhaft ihre Existenz damit zu beweisen suchen, daß sie eine notwendige Organisation im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind, und daß sie sich kirchlich-autoritativen Befehlen unterwerfen wollen. Vor allen Dingen, daß sie katholische Grundsätze nicht anzustreben gedenken; nur bitte, nicht aufzulösen! Wir sind zu allem bereit, nur laßt uns leben! Kein Wunder, wenn der Bericht Stegerwalds aus opportunistischen Gründen diesen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften übergeht. Dafür aber um so mehr die Rolle hervorhebt, die die christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch im vergangenen Jahre gespielt haben wollen. Mit welchem Erfolge, zeigt das Aufschwellen der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl und der mächtige Aufschwung der freien Gewerkschaften. Diese Tatsachen erheben uns, dem Phrasenschwall Stegerwalds in seinem Bericht, die Sozialistenbetreffend, näher zu folgen. Es mag sein, daß die christlichen Gewerkschaften hier und dort von gewissem Einfluß gewesen sind, nämlich, sie haben manche Verbesserung der wirtschaftlich-politischen Lage der Arbeiter ausgehalten, selbst aber Erspriechliches für die Arbeiterklasse nicht erreicht.

Was die christlichen Gewerkschaften schließlich materiell für die Arbeiter erreicht haben, nach Ansicht der Christenführer, ist so dürftig, daß Stegerwald nicht ein Wort der Hervorhebung hierfür findet. Auch das kennzeichnet seinen Bericht. Während noch im vergangenen Jahre im Bericht ein Mitgliederzuwachs hervorgehoben wurde, läßt man hierüber heuer nichts merken, wenigstens nicht im Bericht Stegerwalds. Nur in einzelnen christlichen Sekretariatsberichten wird über den Stand der christlichen Gewerkschaften berichtet. So wollen sie in Norddeutschland rund 1000, in Bayern rund 8000, in Württemberg rund 1600 und in Baden rund 1000 Mitglieder zugenommen haben. Wenn man in den anderen Bezirken nicht bessere Erfolge aufzuweisen hat, steht es mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften schlimm.

Mit der „Werkkraft des christlichen Gedankens“ ist es dann auch im vergangenen Jahre nicht weit hergegangen, doch was die christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gewonnen haben, wird ihnen infolge ihrer verräterischen Taktik bei den großen Bewegungen der Arbeiter in diesem Jahre wieder verloren gegangen sein. Im Saarrevier sind allein mehr Mitglieder vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter abgesprungen, als die vorgenannten Riffen zusammengenommen. Ebenso sind im Süden und Westen Deutschlands, auch bei den übrigen christlichen Gewerkschaften, massenhaft Austritte erfolgt. Man kann also verstehen, daß der Berichterstatter Worte der Begeisterung nicht finden kann, und daß er sich in der Hauptaufgabe abquält, zu zeigen, daß man die christlichen Gewerkschaften leben lassen soll, als Faktor im Kampfe gegen die proletarische Arbeiterbewegung. — — —

Ausland.

Der Ausbruch der andalusischen Eisenbahner dauert fort. In einer sehr härmlich verlaufenen Versammlung beschlossen die Eisenbahner, den von ihren Führern nach Beratung mit den Vertretern der Regierung bereits angenommenen Vergleichsvorschlag nicht zuzugeben und den Streik fortzusetzen. Die Abteilung Sevilla hat ebenfalls den Schiedspruch abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

Neue Bücher.

M. Biermer, Die heftige Eisenbahnfrage nach dem Landtagsbeschlusse. Der Staatsrentenmarkt und die Sparkassen. Teuerung und Geldwert. (Emil Roth, Gießen. 1912. 79 S. 1,50 M.)

Der letzte der drei vereinigten Zeitungsdarsteller vertritt die These, daß Teuerungen nicht durch vermehrte Goldproduktion hervorgerufen werden, vielmehr haben die gewaltigen Goldmengen (die im vergangenen Jahrhundert gefördert wurden) in durchaus normaler Weise in unserem (ständig wachsenden) Kreditorganismus Aufnahme gefunden. Dagegen wagt der Professor die Hypothese, daß die vornehmste Teuerungursache in Lohnverhöhungen zu suchen ist. — Der zweite Aufsatz verteidigt die Pläne der preussischen und heftigen Regierungen, die Sparkassen zur Anlegung von Spargeldern in Staatspapieren zwecks Hebung der Rentenkurse zu zwingen. Stellen will sogar die Sparkassen durch „freie Vereinbarung“ veranlassen, daß sie der Regierung überlassen, wo, wann und zu welchen Preisen die Kassen Staatspapiere kaufen und daß sie sich verpflichten die Kaufoperationen durch die heftige Landeshypothekendarlehen oder die Staatsschuldensätze vornehmen zu lassen. Die Regierung will so für Rechnung Dritter auf dem Geldmarkte als Käuferin der eigenen Werte auftreten. Ueber Maßnahmen der Regierung im Kriegsfall weiß der Verfasser zu berichten: sie wird Kriegslombardkassen errichten, die gegen Verpändung von Wertpapieren vom Reiche garantierte d. h. mit dem Versprechen späterer Einlösung ausgestattete, den Reichskassenkassen nachgebildete Kassenanweisungen emittieren. — Der erste Aufsatz des Giegener Universitätsprofessors sucht die Vorteile Hessens an der preussisch-heftischen Eisenbahngemeinschaft nachzuweisen. E. M.

Letzte Nachrichten.

Erschwähl für Korren.

Trier, 30. Mai. (B. L. B.) Bei der heutigen Reichstagserschwähl im Wahlkreise Saarburg-Regio-Saarlouis wurden abgegeben für Werr (B.) 15 883, Staud (W.) 7188, Wid (natl.) 1540, Krämer (Soz.) 730 Stimmen. 127 Stimmen waren gesplittiert, 115 ungültig. Werr ist gewählt.

Zum verlegenen Schweigen Unterschlagung.

München, 30. Mai. (B. L. B.) Bei der Tagung der katholischen Arbeitervereine der Kölner Richtung, die zu Pfingsten in Frankfurt a. M. stattfand, wurde ein Kundgebungstelegramm nach Rom an den Papst gefandt. Während der Papst dem zu gleicher Zeit tagenden Verband katholischer Arbeitervereine der Berliner Richtung ein in wärmsten Worten gehaltenes Anerkennungstelegramm sandte, erhielten die in Frankfurt tagenden Kölner nach einer Mitteilung der „Kölnischen Volkszeitung“ keine Antwort. Wie der „Preß-Centrale“ jedoch von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist eine Antwort zu Händen des Reichstagsabgeordneten Wiesberis eingetroffen, von diesem jedoch nicht verlesen worden, da sie offenbar den gehegten Erwartungen nicht entsproch. Es wäre interessant, den Wortlaut dieser Depesche zu erfahren, deren Veröffentlichung von der einen oder anderen Seite aus wohl nicht lange auf sich warten lassen wird. (Siehe den Artikel „Verlegenes Schweigen“.)

Mutterchaftsprämien.

Paris, 30. Mai. (B. L. B.) Der Deputierte und ehemalige Kriegsminister Messimy brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, welcher bezweckt, der namentlich durch die letzte Statistik erwiesenen Bevölkerungszunahme zu steuern. Danach soll jede Mutter von 4 Kindern eine Prämie von 500 Frank erhalten, welche teilweise oder gänzlich zur Sicherung einer Leibrente verwendet werden kann. Der Betrag dieser Prämie würde mit der Zahl der Kinder zunehmen, so daß beispielsweise eine Mutter, welche vom 20. bis zum 31. Lebensjahre 8 Kinder hätte, mit 50 Jahren eine Leibrente von 518 Frank erhielte. Die erforderlichen Geldmittel sollen erlangt werden durch eine besondere Besteuerung der Junggeheilen und der Ehepaare, die keine Kinder oder nur ein Kind haben.

Nach der letzten Volkszählung hat in Frankreich die Bevölkerung eine Abnahme von 830 000 Seelen erfahren.

Der erste Parteitag der B. S. P.

Manchester, 27. Mai 1912. (Fig. Ver.) Zweiter Tag.

Die Sonntagssitzung des Parteitages nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Drei oder vier Delegierte, die sich den Anordnungen des Präsidenten durchaus nicht fügen wollten, hielten die Versammlung in beständiger Aufregung. Es fehlte nicht viel daran, so wäre einer der Mitarbeiter von der Sitzung ausgeschlossen worden. Als Gast hatte sich Genosse Haberland eingefunden, der die Grüße der tschechischen Sozialdemokratie (Separatisten) überbrachte.

Es waren Begrüßungsschreiben eingelaufen vom Internationalen Bureau und von der deutschen, französischen, italienischen, norwegischen, dänischen, serbischen und ungarischen Partei. Die Botschaft von Ungarn löste große Begeisterung aus. Es wurde sogleich beschlossen, ein Telegramm nach Budapest zu schicken, um den ungarischen Genossen in ihrem Kampfe Glück zu wünschen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurden eine Reihe Thesen diskutiert, um die Anschauungen der neuen Partei über gewisse Thematika festzustellen. Genosse Quetch besprach das Thema „Der Sozialismus und der Patriotismus“.

Er fährt aus, daß der Sozialismus international, aber nicht antinational sei. Antinational sei hingegen der Imperialismus, der den Nationen das Recht der Selbständigkeit freitlich mache. Wenn der Sozialist für die Selbständigkeit der Ägypter, der Indier und der Chinesen eintrete, müsse er auch bereit sein, die Selbständigkeit seines eigenen Landes zu verteidigen. In diesem Zwecke müsse an die Stelle des bestehenden Berufsheeres, das für den Angriff und die Unterdrückung der eigenen Volksgenossen bestimmt sei, eine Miliz treten.

Callaghan (Paisley) bekämpft diese Anschauungen. Wir müssen dem landläufigen Sinn der Worte in der Praxis Rechnung tragen und im landläufigen Sinn ist Patriotismus gleichbedeutend mit Militarismus und Imperialismus. Daher kann der Sozialist kein Patriot sein. Was die Bürgerwehr anlangt, so besteht keine Aussicht, sie zu schaffen, es nicht die Arbeiterchaft die Träger der Regierung ergreifen. Ferner dient das Heer weniger zur Verteidigung unseres Landes als die Flotte. Man müßte daher auch das Militärsystem für die Flotte fordern, und daran denkt doch wohl niemand. Wir sollten den Patriotismus links liegen lassen, denn er führt uns nur in den Korast des Imperialismus.

Ein Delegierter von West-Ham kritisiert die Forderung der Miliz und meint, diese Propaganda liefere nur Wasser auf die Mühle der Militaristen wie Lord Roberts, die die allgemeine Wehrpflicht nach kontinentalen Muster einzuführen gedenken.

Russell Smart: Ich war früher ein Anhänger des passiven Widerstandes, gegen den Militarismus und des Generalsstreiks. Ich bin aber zur Bürgerwehr bekehrt worden. Die Miliz ist nicht eine Erweiterung unseres militärischen Systems, sondern ein Ersatz für den Militarismus; sie dient der Verteidigung des Landes, ohne zu Angriffszwecken benutzt werden zu können.

Mit 83 gegen 65 Stimmen nimmt der Parteitag die von Quetch entwickelten Thesen als Richtschnur für die Partei an. Irving (Burnley) entwickelt dann in gleicher Weise das Schulprogramm der Partei, das nach kurzer Debatte angenommen wird.

Eine lange Debatte entspinnt sich über die Frage des Anschlusses der B. S. P. an das Internationale Bureau.

Quetch berichtet, über diese Frage, daß die Zusammenfügung des Bureaus und der englischen Sektion auseinander und erklärt, daß sich die Partei entweder durch die englische Sektion wie die alte S. D. W. dem Bureau anschließen könnte, oder direkt oder überhaupt nicht. Er beschwört den ersten Weg.

Hyndman spricht für den direkten Anschluß. Die Verteilung der Stimmen in der englischen Sektion ist ungerecht. Unter dem herrschenden System hat z. B. die J. L. P. nicht nur direkt 4 Stimmen; sie findet auch Vertretung durch die Stimmen der Arbeiterpartei. Die S. D. W. wurde bei jeder Gelegenheit niedergestimmt und von allen Posten ausgeschlossen.

Stokes (West Ham): Ich bin für den indirekten Anschluß durch die englische Sektion. Die englische Sektion des Internationalen Bureaus ist das einzige Bindeglied zwischen den verschiedenen Teilen des britischen Sozialismus. Schließlich werden wir doch alle zusammenkommen müssen und dann wird es gut sein, wenn wir in der englischen Sektion vertreten sind.

Unter Waits: Unsere Anwesenheit in der englischen

Sektion wird nur Gutes schaffen. Wenn wir den direkten Anschluß verlangten, würde es den Anschein erwecken, daß wir nicht die Einigkeit, sondern Streit wünschen.

Irving: Was mich anlangt, so wünsche ich, die Miliz, die uns von der Arbeiterpartei trennt zu überbrücken und die Arbeiterpartei dem Sozialismus zuzuführen. Aber ich bin nicht um das Wohlergehen der Arbeiterpartei besorgt, sondern um den Vorteil unserer eigenen Partei. Man hat uns in der englischen Sektion von allen Posten ausgeschlossen. Das muß geändert werden. Wir müssen uns direkt an das Internationale Bureau wenden und es bitten, vermittelnd einzuschreiten. Die Sozialisten und die Gewerkschaftler sollten in der Sektion dieselben Rechte genießen.

Quinn-Leahon spricht für den direkten Anschluß und verlangt eine reinliche Scheidung zwischen den Sozialisten und den liberalen Arbeitervertretern der Arbeiterpartei.

Der direkte Anschluß an das Internationale Bureau wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Eine Resolution, in der das allgemeine, gleiche Wahlrecht für beide Geschlechter verlangt und Protest gegen die Verfolgung der Frauenstimmrechtlerinnen erhoben wird, gelangt alsdann zur Annahme. Auch legt der Parteitag Protest ein gegen die Verhaftung Tom Manns, der den Soldaten nur zugerufen habe, ihrer Pflicht als Bürger eingedenk zu sein. Eine weitere Resolution begrüßt das Erscheinen des „Daily Herald“. Der Antragsteller erwähnt, daß die Verwaltung des Blattes die Partei eingeladen habe, den „Daily Herald“ als offizielles Organ zu benutzen.

Der Genosse Seeds, Sekretär des „Daily Herald“, der als Delegierter anwesend ist, fährt aus: Man hat die Mär verbreitet, der „Daily Herald“ werde bald wieder eingehen. Aber der „Daily Herald“ denkt gar nicht ans Sterben. Wir haben zwar kein großes Kapital, aber wir haben begeisterte Anhänger. Von allen Seiten wird uns freiwillige Hilfe angeboten. Es ist erstaunlich, wie uns alle Sektionen der Arbeiterbewegung zur Hilfe kommen. Das Unternehmen ist eine Genossenschaft und kann daher kein Kapital stets vermehren. Die Mitgliedschaften der B. S. P. sollten Anteil in der Genossenschaft erwerben. Eine Menge Mitgliedschaften sind schon mit gutem Beispiel vorangegangen.

Die Resolution wird unter lautem Beifall gegen 2 oder 3 Stimmen angenommen.

Bei der Wahl des Vorstandes wird Hyndman wieder als Vorsitzender mit beratender Stimme einstimmig gewählt. Es werden 244 Stimmen abgegeben. Gewählt sind die Genossen Quetch (161 Stimmen), Dall (159), Ben Tillet (153), Irving (148), Fairchild (143), Russell Smart (130), Genossen Kahan (98), Genossen Paktor Koel (81), Fisher (79).

Dritter Tag.

In Anfang der Sitzung protestiert der Vorsitzende, Genosse Hyndman, energisch gegen das Verhalten von drei oder vier Delegierten, die die Konferenz am vorhergehenden Tage in länder Aufregung hielten und eine geordnete Geschäftsführung unmöglich machten. Ein Antrag, ein Begrüßungstelegramm an den Parteitag der J. L. P. zu schicken, die in Mehrheit tagt, wird nach Diskussion mit 48 gegen 51 Stimmen angenommen.

Darauf entspinnt sich eine längere Diskussion über einen Antrag, in dem verlangt wird, die Zentrale der Partei von London nach Manchester zu verlegen.

Thompson-Rochdale begründet den Antrag mit dem Hinweis, daß die Partei in dem Industriegebiet um Manchester weit stärker sei als um London. Die Organisationsform der J. L. P. sei besser wie die der B. S. P., hauptsächlich weil sie ihre Zentrale in Manchester habe.

Nach längerer Diskussion wird die Resolution mit 94 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Ein Vorschlag, einen besonderen parlamentarischen Fonds zu sammeln, wird ebenfalls verworfen (mit 79 gegen 74 Stimmen).

Ein heftiger Kampf entspinnt sich zwischen zwei Vorstandsmitgliedern Russell Smart und Irving. Der erste war vom Vorstand mit der Herstellung eines Monatsblattes betraut worden, in dem die internen Angelegenheiten der Partei besprochen werden sollten. Als die Probenummer dem Vorstand vorgelegt wurde, beschloß dieser, die Exemplare nicht zu verteilen. Smart behauptet, der Vorstand habe das Blatt unterdrückt, weil es einen Artikel über den Syndikalismus enthalte, der diese Frage objektiv behandle. Irving hält eine Rede gegen den Syndikalismus und erklärt, Smart habe die Gelder der Partei vergeudet und müsse vom Parteitag eine Rüge erhalten. Der Parteitag beschließt

Theater.

Kleines Theater. Drei Prothesen: „Der Arzt seiner Ehre“ von Paul Mongré. „Die Dame im Ramin“ von Friedrich Frella. „Der Herr mit der grünen Kravatte“ von André Villard. Mongré — das Pseudonym verleiht einen deutschen Universitätsprofessor — erweist sich in seinem kleinen Stückchen, das vor Jahren erstmals mit einer total verunglückten Hartlebensischen Studentenfunktion im Leistungstheater erschien und leider allzu rasch verschwand, als überaus geistvoll jeder Spötter. Die Farce der Duells, für die eben jetzt der Kriegsminister sich wieder ins Zeug zu legen hatte, ist wohl niemals so schonungslos und treffend wie hier verhöhnt worden. Der Held, ein preußischer adeliger Regierungsrat, der aber keine schwarze weiße Beamtendrinne vor den Augen trägt, empfindet heralich wenig Lust, zur Rebanche seiner beleidigten Gattin eine Pistolenkugel in den Leib zu kriegen oder selbst den netten jungen Menschen, der seiner Gattin ins Wehgehe tief, niederzustrecken. Wenn schon getraut werden muß, soll die Komödie auch als Komödie ohne Hutvergleichen ausgehen. Man kann ja beiderseits daneben zielen. Ein Gemisch von Dautbarkeit und Schadenfreude erfüllt ihn gegenüber dem „Verführer“, der selbst nur der Verführte seiner ewig eroderungs-süchtigen besseren Hälfte war. Die Aussicht, in den Junggeleierten stand zurückzukehren, während jener in die von ihm geräumten Ehestandswärdern einzieht, stimmt ihn heilfroh. Verständnißvolle Sekundanten arrangieren es, daß beide Parteien in der Nacht vor dem Duell am Aneitlich sich begegnen und unter alkoholischem Hochdruck ihre Herzen öffnen. Diese Sitzung, ein unaufhörliches Gepraßel lustiger Epigramme auf „Ehre“ und auf „unverstandene Frauen“ ist mit feurigerem Humor ausgemalt und findet einen logischen Abschluß in dem Telegramm der unverstandenen Dame, daß sie mit einem anderen Liebhaber durchgegangen sei. Unter dem nach einer Offenbachschen Melodie gelungenen Schlußruf: „Auf zum Feld der Ehre“ brechen die schwankenden Gestalten auf. Ein treffliches Zusammenspiel erhöhte noch die Wirkung; die Krone jedoch wohl Klein-Knobden in der Figur des gutmütig jovialen Obersten ab, der, wegen ungenügender Duellbegeisterung pensioniert, das Alterspräsident an der vergnügten Tafelrunde sitzt.

Dem Mittelstück Frella's „Die Dame im Ramin“ läßt sich um so weniger Gutes nachsagen. Die Geschichte ist gefälligst widerwärtig. Eine Strindberg'sche Kanaille, von ihrem eifersüchtigen Mann geträgt, gleitet wie tot zu Boden und spielt so lange Leiche, bis der verzweifelte Gemahl sich aus dem Fenster stürzt. Dann steigt sie lachend ihrem Liebhaber in die Arme.

Die Eisenbahnprothese „Der Herr mit der grünen Kravatte“, einer russischen Revollette nachgebildet, stellt die gute Stimmung wieder her. Herr Adalbert mimt die Extravaganzen des geschmeidig dreinblickenden Kravattenmännchen, der im Coupe mit vorgehaltenen Revolver einen Handlungsdarsteller die Rolle eines Kardinals und einem streberischen Beamten die Rolle eines weltberühmten Tenors aufzwingt, um sich an ihrer Dolch-berzigkeit und Tölpelci zu amüsieren, mit unwiderstehlicher trockener Komik.

darauf, die Probnummer unter die Delegierten zu verteilen und ein anderes monatliches Zirkular herauszugeben, das von einem besonderen Komitee redigiert werden soll.

Auf eine Anfrage gibt der Sekretär bekannt, daß 189 Mitglieder durch 248 Delegierte auf dem Parteitage vertreten sind. Der nächste Parteitag soll zu Pfingsten 1913 in Blackpool abgehalten werden.

Von der Masse der noch unerledigten Entwürfe können nur noch wenige zur Verhandlung kommen. Zwei Beschlüsse des Parteitages sind besonders erwähnenswert. Eine Stelle in dem Parteiprogramm der B. S. P. lautete bisher (Methoden): „Das möglichst enge Zusammenarbeiten mit wirtschaftlichen Organisationen, die auf die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel abzielen, und die Bestreuerung der industrialen Einigkeit aller Arbeiter als wesentlich zur Herbeiführung der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel.“ Unter der Ueberschrift „Unmittelbare Tätigkeit“ hieß es bisher im Parteiprogramm der B. S. P.: „Die Britische Sozialistische Partei unterstützt alle Maßregeln, die darauf abzielen, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu beschützen und sie in ihrem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse zu stärken.“ Diesem Passus ist folgende neue Fassung gegeben worden: „Die Britische Sozialistische Partei wird alle Maßregeln und Bestrebungen kräftig unterstützen, die nach der Ansicht der Partei die Arbeiter in ihrem Kampfe gegen die kapitalistischen Interessen stärken werden.“

Hyndman, der mit stürmischem Beifall empfangen wird, schließt darauf den Kongreß mit folgender Ansprache: „Wir haben einen sehr stürmischen Kongreß hinter uns, auf dem das Amt eines Vorsitzenden sicher kein leichtes war. Aber diese Angelegenheit ist schließlich besser als die Teilnahmslosigkeit. Sorgen wir nur dafür, daß in Zukunft all diese energische Tatkraft in nützlichere Bahnen gelenkt wird. Zwei Dinge von diesem Parteitag werden mir im Gedächtnis bleiben: Die Botschaft von unseren kämpfenden ungarischen Genossen und die Annahme der roten Flagge der alten Internationale als das offizielle Abzeichen der B. S. P. Mit diesem Abzeichen werden wir uns nächstes Jahr in Wien als die Nachkommen der alten Internationale legitimieren. Inzwischen gilt es, die Energie unserer Jungmannschaften der Parteiorganisation dienlich zu machen. Auf diesem Gebiete können wir von unseren deutschen Genossen noch unendlich viel lernen. Wir müssen ihre organisatorische Kleinarbeit nachahmen. Wo waren uns die Verhältnisse günstiger als jetzt, nie zitterten die herrschenden Massen mehr vor der Macht des Volkes und nie war die Arbeiterchaft neuen Ideen zugänglicher. Die Meinungsdivergenzen, die in unserer Partei bestehen mögen, werden unserem geistigen Leben nur zum Vorteil gereichen, wenn wir der Parole der Einigkeit, mit der die B. S. P. gegründet wurde, stets eingedenk bleiben. Wir haben die Arbeiterchaft in ihren wirtschaftlichen Kämpfen stets unterstützt; noch vorsehrer schied der Parteitag ein Telegramm an die Londoner Transportarbeiter, um sie in ihrem großen Kampfe aufzumuntern. Beide Waffen, die politische wie die wirtschaftliche, sind in unserem Kampfe nötig; mit beiden werden wir den Gegner schlagen und das elende System der Lohnsklaverei von dem Erdboden hinwegfegen.“

Unter dem Abhingen der „Roten Flagge“ kommt der erste Parteitag der B. S. P. zu Ende.

Verbandstag der Freizeugehilfen.

Die Debatte über den Geschäftsbericht nahm noch einen sehr großen Teil des zweiten Verhandlungstages in Anspruch. Sie drehte sich hauptsächlich um innere Angelegenheiten der vrillichen Mitgliedschaften, Wünsche bezüglich der Agitation, verwaltungsmäßige Angelegenheiten usw. H. a. wurde betont, daß der Aufklärungsarbeit unter Lehrlingen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse, wenigstens in den großen Städten. Die jungen Leute müssen beizeiten für die Bestrebungen des Verbandes interessiert werden. In Berlin habe man auf diesem Gebiet bereits erfolgreiche Versuche gemacht. — Nach einem längeren Schlußwort des Verbandsvorsitzenden E. Korn wurde dem Vorstande Decharge erteilt. — Angenommen wurden folgende Anträge:

1. Die Gewerbegerichte zu veranlassen, einen begutachtenden Antrag an den Reichstag bezug. den Reichsanlagen zu stellen, den § 189f der Gewerbeordnung oder 41b der Gewerbegerichtsordnung dahin abzuändern, daß auch im Freizeugewerbe eine drilich einleitliche Radenschlußstunde an Wochentagen herbeigeführt werden kann.“

Musik.

Eine künftige wirklich vollständige Opernbühne würde wohl einen besonders glücklichen Griff tun mit den zwei Stücken, die am Mittwoch die künftige Oper in der Festschule des „Jubelus heitener Opern“ aufführte: „Cornelius“ „Barbier von Bagdad“ und „Wobers „Alu Hassan“. Eine ausnehmend schwierige Leistung bedeutet besagter Jubelus nun eben nicht; man reißt Bekanntes unter einem Sonderittel aneinander und erhöht durch erhöhte Preise den Respekt der Fremden. In unserer Zeit ist es allerdings eine besondere Freude, zu dem Einakter zurückzukehren, der sich aus der Jugendzeit des „Freischütz“-Komponisten erhalten hat. Wie da die Edne, melodios und doch nicht weidlich, in langen, weiten, runden Linien heilich dahinflaunt! Deutzutage wird ihnen gedehntlich rasch der Lauf verperrt; sie müssen Schritt für Schritt, Ede um Ede vorwärtsdrängen. Wie aber Cornelius im „Barbier“ die Vorgänge der einen Art mit denen der anderen verbindet, das hört man erst recht gern wieder. Es heißt, am Freitag nehme der Tenor Julius Lieban nach langem (fast 30jährigem) Wirken Abschied vom alten Opernhaus. Hier sind für derartige Fälle nicht die Restarrangements üblich, die anderwärts sozial Gemüt erregen; man läßt seine Reute sozusagen in der Verjüngung verschwinden“. Am Lieben ist es jedenfalls schade: ein solcher „Euffator“, vom dämonischen Rwege H. Wagners an bis zur Schneidertomik in irgendwelchen Opern, und speziell ein solcher Minderer des durchdringenden durchdringenden Gesangsandrudes kommt nicht bald wieder. Wir nehmen mit wirklichem Bedauern den Abschied entgegen — auch wenn wir die Geschicklichkeit der Direktion nicht vergessen können, die seine Verwendbarkeit einst dazu mißbrauchte, ihm die Boharie des Repertoils aufzuhallen.

In Liebans Rollen scheint Herr Henke hineinzuwachsen, der gerade diesmal in zwei wichtigen Partien beschäftigt war. Nicht ebenso beweglich und mehr nach Bariton hin gefärbt, ist doch sein Organ gut sprechend behandelt. Der jetzige Haupt- und Staats- tenor Herr Jada m er verfügt über eine glanzvolle, leicht ansprechende, stark heile und ansehnend nicht sehr abwechslungsreich behandelte Stimme. Von bekannten Leistungen absehen, trat in zwei Rollen Frau Boehm van Ebert sehr sympathisch hervor. Dem Chor gebührt noch ein Ertelob, auch wenn man sich ihm an gewichtigeren Stellen noch plastischer durchgearbeitet denken möchte.

Notizen.

— Vorträge. Freitagabend 8^{1/2} Uhr spricht in der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft im Oberaal Brunnenstraße 181, 8. Ouergeb. 1 Zr., Dr. H. Berg über „England und die Engländer“.

— Theaterchronik. In der Kurfürstener Oper beginnt am 1. Juni das Gastspiel des Ensembles von Ferdinand Hellas aus Hamburg. Zur Aufführung gelangt „Der Tanzantall“ von Forder-Wilo und Erich Urban. Musik von Walter Schick.

Kleines feuilleton.

Wilbur Wright 7. In Danton (Ohio) ist Wilbur Wright am 30. Mai im Alter von 45 Jahren an Typhus gestorben. Mit ihm ist ein Mann an dem Leben geschieden, der durch sein Werk einen unergänglichen Anstoß zur Fortentwicklung der Kultur gegeben hat, der wirklich von sich das stolze Wort sagen konnte, daß er durch seine Tat der Menschheit Perspektiven eröffnet, deren Verwirklichung sie vor ihm nur in lähnen Träumen geahnt. Der Mann, der als Erster geflogen ist, dieser Eroberer im Reich der Luft, war zugleich der echte Typus des modernen Erfinders, nüchtern, kritisch, schweigend, unempänglich für äußere Ehren. Den Ruhm, den er mit seinem Bruder Deville teilte, hätte er ihm gern ganz abgetreten. Aber dieser Ruhm gebührt im wesentlichen ihm allein.

Wie in ihm und dem Bruder das Flugproblem vom kindischen Spiel allmählich zum Lebenszweck auswuchs, hatte er in einem Selbstbekenntnis erzählt. „Im Spätherbst 1878 kam unser Vater eines Tages nach Hause, er hielt einen Gegenstand in der Hand, und ehe wir ihn erkennen konnten, warf er das kleine Gerät in die Luft. Es fiel nicht zur Erde nieder, es flog durch das Zimmer, stieß an die Decke, und erst nach einer Weile sank es zu Boden. Ein kleines Spielzeug war es, eine Art Flugmaschine mit Schrauben. Wir tauchten es die „Fledermaus“. So ein zartes Spielzeug war schnell zerstört; aber die Erinnerung wirkte fort. Einige Jahre später begannen wir diese „Fledermaus“ selbst zu konstruieren. Aber zu unserem Erstaunen fanden wir, je größer das Ding wurde, um so schlechter flog es. Wir wußten nicht davon, daß nur eine Verdoppelung der Flächen etwa eine Verachtfachung der Kraft erforderte. Wir verloren die Luft und zogen es vor, unsere Drachen steigen zu lassen. Allein als wir älter wurden, begann die „Fledermaus“ und wieder zu beschäftigen.“ Den Anstoß zu dieser Aufnahme des Flugproblems gab der tragische Tod Otto Lilienthals, in dem Wilbur Wright seinen Lehrer und Vorgänger verehrte. „Die kurze Notiz seines Todes im Jahre 1896“, so erzählt Wilbur, „fachte mein passives Interesse wieder an und veranlaßte mich, ein Buch über Tiermechanismen“ von Prof. Marey aus meinem Vätererbeseß zu nehmen, das ich bereits wiederholt gelesen hatte. Seit dieser Zeit fand ich mich gedrängt, mehr derartige Werke zu lesen, und als meinen Bruder Deville ein gleiches Interesse ergriff, gingen wir bald vom Lesen zum Denken und schließlich zum Handeln über. Der Hauptgrund, weshalb das Problem ungelöst blieb, schien mir darin zu liegen, daß nicht einer bisher zureichende praktische Erfahrungen gesammelt hatte.“ Mit genialen Will hatte Wilbur die Bedeutung der Lilienthals'schen Gleitflüge erkannt und verhoffte sich nun mit unermüdlicher Ausdauer die nötige Übung und Praxis darin. Erst nach vielen Hunderten von Gleitflügen, als er in den Jahren 1900 bis 1903 die Sicherheit beim Fliegen erlangt hatte, rüstete Wilbur Wright die Gleitmaschine mit einem Motor aus und erfand so den flugfähigen Drachenflieger, durch den nun das Flugproblem praktisch gelöst war.

2. An den Reichstag eine Eingabe zu richten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, auf die Ausdehnung des § 139f der Gewerbeordnung auf das Friseurgewerbe hinzuwirken.

3. Den Reichstag zu ersuchen, daß bei Sonntagsarbeit, gleichviel von welcher Dauer, als Ersatz ein gesetzlicher Ruhetag in der Woche zu gewähren ist, bis zur Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe.

Eine Reihe von Anträgen wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiefen. Die meisten sind rein geschäftlicher Art. Von allgemeinerem Interesse sind die folgenden:

„Es ist unbedingt notwendig, daß die Zweigvereine die Agitation unter den Damenfriseurinnen, Perückenmachern und Friseurinnen sowie den Haararbeitern und Arbeiterinnen mehr als bisher betreiben. Wo die statutarischen Bedingungen erfüllt sind, sind Sektionen zu bilden, welche die Agitation in Verbindung mit der Ortsverwaltung betreiben. In den übrigen Orten hat die Agitationskommission oder der Vorstand die Agitation zu leiten.“

„Die Belegungsfrage“ ist mehr als bisher zu verfolgen. Zu diesem Zweck sind in jeder größeren Stadt Kommissionen zu bilden.

„Es ist ein Fonds zu schaffen, um den Sektionen die zur Abhaltung von Jahreshuren und Demonstrationsabenden erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.“

„Die Angestellten sind so zu stellen, daß sie nicht gezwungen sind, Hilfsarbeit zu verrichten.“

Der nun folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Arbeitsvermittlung im Friseurgewerbe. Der Referent Bernke verlas und eine Anzahl Diskussionsredner beschäftigten sich sehr eingehend mit diesem Thema. Man stimmte darin überein, daß die Arbeitsvermittlung des Verbandes verhältnismäßig gering sei und wenig Einfluß auf den Arbeitsmarkt habe. Es müsse deshalb mit Nachdruck nach einer Erweiterung der Arbeitsvermittlung durch den Verband gestrebt werden. — Elyorn verwies darauf, daß der Verband nur zu tarifmäßigen Bedingungen vermitteln könne. Das sei die Ursache, weshalb die Arbeitsvermittlung des Verbandes auf einen kleinen Kreis beschränkt bleibe, denn die Tarifmeister beschäftigen meistens nur Hilfskräfte. Es sei zu erwägen, ob der Verband nicht von der Bedingung, nur zu den Forderungen des Tarifs zu vermitteln, absehen solle. Weshalb würden ja die tarifmäßigen Stellen doch. Wenn es durch den Nachweis des Verbandes geschehe, dann könnte er doch in solchen Fällen auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinwirken und einen größeren Einfluß auf dem Arbeitsmarkt bekommen. — Alwin Körsten, der als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission dem Verbandstage beizuwohnte, schloß hierzu aus: Der eigene Arbeitsnachweis der Organisation sei ja das Beste, vorausgesetzt, daß man ihm Einfluß verschaffen könne. Wo das nicht der Fall sei, sei der paritätische Arbeitsnachweis vorzuziehen, weil er die Gesamtheit der Arbeitgeber zur Vermeidung des Nachweises zwingt und dadurch die organisierten Arbeiter in die Lage setze, ihren Einfluß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in weiteren Kreisen geltend zu machen. Da die Gesetzgebung in absehbarer Zeit den paritätischen Arbeitsnachweis nicht bringen werde, so müsse versucht werden, die Arbeitgeber für die Errichtung paritätischer Nachweise zu gewinnen. Von anderer Seite wurde betont, daß sich paritätische Arbeitsnachweise in gewissen Fällen nicht als im Interesse der Arbeiter liegend erweisen könnten. Es sei deshalb am besten, dem Arbeitsnachweis des Verbandes dadurch größeren Einfluß zu verschaffen, daß man für die Stärkung der Organisation agitiere.

Folgende vom Referenten empfohlene Resolution wurde angenommen:

„Der Verbandstag erklärt es als notwendig, daß die Mitgliedschaften, um sich größeren Einfluß auf den Arbeitsmarkt zu verschaffen, überall da, wo die Arbeitsvermittlung nicht durch paritätische oder kommunale Arbeitsnachweise in befriedigender Weise erfolgt, eigene Arbeitsnachweise zu unterhalten haben. — An Orten, wo im Friseurgewerbe gewerbdemäßige Arbeitsvermittlung betrieben wird, ist auf strenge Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Vermittler zu achten und gegen jedwede Verstöße derselben energisch vorzugehen. — Der Inseratenteil des Verbandsorgans ist zu Arbeitsangeboten, denen die Arbeitsbedingungen beigelegt sind, unter Regie der Verbandsleitung bereit zu stellen.“

Aus der Partei.

„Eine Flucht in die Öffentlichkeit.“

Unter diesem Titel veröffentlichte am 10. Mai der Genosse S. Ströbel in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, in welchem er die Behauptung aufstellt, daß der „Vorwärts“ für alle Diskussionen, die sich auf künstlerische Fragen beziehen, gesperrt sei und daß er zur „Vereinfachung einer nachgerade unerträglichen Skandalität“ die Öffentlichkeit — anrufen müsse. Dazu sei er um so mehr gezwungen, als eine „Pressekommission, die überwiegend aus nur politischen Interessierten und Gewissensschulden zusammengesetzt ist“, die volle Tragweite und totale Unhaltbarkeit des am „Vorwärts“ herrschenden Zustandes nicht voll erfasst und womöglich an ein literarergezänk glaubt, wo es sich doch um wichtigste geistige Lebensinteressen der Partei handelt. „Gerade deshalb“, schreibt er, „begnüge ich mich auch nicht mit dem üblichen Insanzenzug, sondern appelliere an das demokratische Gefühl, das künstlerische Interesse der breitesten Parteioffenheit.“

Die Veranlassung zu diesem Vorgehen Ströbels war folgende: Im „Ergänzungsheft“ zur „Neuen Zeit“ Nr. 12, erschienen im April 1912, wurde an eine vor etwa 1 1/2 Jahren im Feuilleton des „Vorwärts“ gepflogene kunsttheoretische Debatte erinnert, die sich an einige Artikel des Genossen Heinz Sperber knüpfte, dessen Stellungnahme der Genosse Mehring jetzt als „Unfug“ bezeichnete. Hierauf antwortete der Redakteur des Feuilletons Genosse Döcker im „Vorwärts“, daß Sperber sich niemals, so wie Mehring behauptet, in einer „Propaganda der Aesthetik der schweiligen Faust“ betätigt habe, die in dem Maße gipfeln: „Was den Arbeitermassen nicht gefiele, hätte keinen ästhetischen Wert.“ Gegen diese Antwort Döckers brachte der Genosse Ströbel eine Erwiderung, die vom Genossen Döcker abgelehnt wurde, weil er eine vor 1 1/2 Jahren erledigte Debatte nicht aufs neue eröffnen wolle.

Ohne gegen dies Verhalten Döckers bei den Aufsichtsinstanzen, dem Parteivorstand und der Pressekommission, Einspruch zu erheben, veröffentlichte der Genosse Ströbel nunmehr in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht seine von Döcker abgelehnte Erwiderung, sondern jenen Artikel: „Eine Flucht in die Öffentlichkeit“.

Zu diesem eigenartigen Vorgehen nahm die Pressekommission in ihrer Sitzung vom 29. Mai in folgender Erklärung Stellung:

Erklärung:

Die Pressekommission nimmt Kenntnis von dem Artikel des Genossen Ströbel in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 10. Mai 1912: „Eine Flucht in die Öffentlichkeit“, in Sachen seiner Differenz mit dem Genossen Döcker. Sie erklärt, daß für den Genossen Ströbel nach dem ganzen Verhalten der Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ keinerlei Veranlassung zu einem Vorgehen so sensationeller Art vorliegt.

Die Kommission hat in einem analogen Falle, im Einverständnis mit der Redaktion, einschließlich des Genossen Ströbel, dahin entschieden, daß die Redakteure des „Vorwärts“, ohne den Entscheid der Auf-

sichtsinstanzen anzurufen, im Blatt selbst nicht gegeneinander polemisieren sollen.

Damit war nicht gesagt, daß den Mitgliedern der sonst einheitlichen „Vorwärts“-Redaktion, ohne vorherige Anrufung der Aufsichtsinstanzen, das Recht der „Flucht in die Öffentlichkeit“, also in andere Blätter, zuerkannt würde. Die Pressekommission legt deshalb ausdrücklich Verwahrung gegen das die Aufsichtsinstanzen sowie den „Vorwärts“ selbst diskreditierende Verhalten des Genossen Ströbel ein. Sie konstatiert ihrerseits die Tatsache, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ wohl „zur Wahrung der Meinungsfreiheit in der Partei“ dem Genossen Ströbel ihre Spalten zu seiner „Flucht in die Öffentlichkeit“ überließ, eine Entgegnung des Angegriffenen aber ablehnte.

Die Pressekommission.

Der Göppinger Kandidatenstreit.

Zu der gestern mitgeteilten Kundgebung des württembergischen Landesvorstandes bemerkt der Göppinger Kreis Ausschuss: „Auf diese Erklärung des Landesvorstandes haben wir zu erwidern: Die statutarischen Zweifel des Landesvorstandes gegen die Art der Aufstellung des Kandidaten halten wir für nicht stichhaltig und werden darum beim Landesvorstand die Anerkennung der Kandidatur beantragen, obwohl wir das für unnötig hielten angesichts der Anwesenheit eines Vertreters des Landesvorstandes bei der Aufstellung der Kandidatur.“

Was den Disziplinbruch Brückners anbetrifft, der vom Landesvorstand aufs entschiedenste verurteilt und mißbilligt wird, so ist es die Sache der Göppinger Parteiorganisation, die das Ausschlußverfahren gegen Brückner beantragt hat, Stellung zu nehmen zu der Art wie der Landesvorstand mildernde Umstände für den Disziplinbruch sucht.“

Vertagung des italienischen Parteitag.

Rom, 28. Mai. (Eig. Ber.) Der italienische Parteivorstand hat es für richtig befunden, den Parteitag von Reggio, der vom 29. Juni bis zum 2. Juli stattfinden sollte, auf die Tage vom 7. bis 10. Juli zu vertagen. Als Grund dafür wird angegeben, daß Ende Juni die Erntearbeiten die Arbeiter verhindern würden, an der Massen demonstration teilzunehmen, mit der man den Kongress einweisen will. Ob diese Demonstration so wichtig war, daß man darum den Parteitag, der in einer der heißesten Städte Italiens zusammentritt, bis in die heißeste Zeit verschieben mußte, mag dahingestellt bleiben. Gleichzeitig mit der Vertagung gibt der Parteivorstand die Tagesordnung bekannt. Nach den Berichten des Parteivorstandes, der Fraktion und des „Avanti“ wird über das Programm und die Politik der Partei bei den nächsten Wahlen verhandelt. Referenten sind die Genossen Veronini (Rechtsreformist), Lerda (Revolutionär) und Modigliani (Linksreformist). Es folgt dann die Abänderung des Organisationsstatuts, über die Vidolli referiert, und die Wahl des Parteivorstandes und des Chefredakteurs des „Avanti“. Befremdend ist, daß für die Delegiertenwahl zum Parteitag festgesetzt wird, daß auf Antrag eines Fünftels der der Versammlung beizuwohnenden Genossen die Wahl mit geheimer Abstimmung stattfinden soll, wobei die Stimmzettel auch an zwei nächstfolgenden Abenden abgegeben werden können. Es ist das eine ganz neue Prozedur, die eigentlich die öffentliche Diskussion unnötig macht und den Stimmen derer Gewicht verleiht, die sich in der Regel in den Versammlungen gar nicht bilden lassen.

Ueber die Verlegung der Vorwärts-Druckerei berichtet unser Stettiner Parteiblatt in einer Form, die die Meinung aufkommen läßt, als ob die Verlegung des Vorwärts-Unternehmens nach Lindenstraße 8 schon jetzt erfolgen werde. Dem gegenüber sei mitgeteilt, daß die Uebersiedelung erst später, auf keinen Fall in diesem Jahre vor sich gehen wird.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Außer Verfolgung gesetzt

wurde Genosse Adolf Sed. Er war der Verleumdung des Hauptmanns Venus vom Infanterie-Regiments Nr. 170 angeklagt, wegen der Wiedergabe eines „Dienstzettels“ für einen Offiziersbüchsen, der allerlei höchst unumstößliche Obliegenheiten enthielt. Ein Name war nicht genannt. Die Staatsanwaltschaft Offenburg suchte im Spätherbst 1911 um Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen Sed beim Reichstage nach. Nach Schluß des Reichstages wurde Sed verschiedene Male vor dem Gericht vernommen und erbot sich, den Wahrheitsbeweis für die Existenz des Dienstzettels anzutreten. Man stellte, wie gemeldet, die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den Genossen Sed ein.

Aus Industrie und Handel.

Mitteldeutsches Braunkohlen-Syndikat.

Daß die moderne Syndikatsbildung auch die Arbeiter der syndizierten Werke in Mitteldeutschland zieht und bei Streiks ihre Lage erheblich verschlechtert, dafür liefert der letzte Geschäftsbericht des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats eine neue Bestätigung. Es heißt darin: „Das wichtigste Ereignis des abgelaufenen Geschäftsjahres war der in die ersten fünf Monate fallende 14wöchige Streik der vereinigten Bergarbeiter-Verbände im mitteldeutschen Braunkohlen-Bezirk, der auf manchem unserer Werke eine gänzliche Stilllegung, auf vielen eine Einschränkung des Betriebes hervorrief. Wenn es uns trotz dieses Streiks, der infolge des verhältnismäßig festen Zusammenhaltens der Werksbesitzer für die Arbeiter völlig erfolglos blieb, möglich gewesen, unsere Kundenschaft zu befriedigen und insbesondere Störungen in der Kohlenversorgung der Industrie zu vermeiden, so verdanken wir das einmal dem anerkannt wertvollen Entgegenkommen unserer Kundenschaft bei der Auswahl der Sorten, und zum andern dem Umstände, daß unsere Werke, gestützt auf den arbeitswilligen Teil der Vergleute, uns durch möglichste Anpassung ihrer leistungsfähigen Vorkriebskräfte geholfen haben. Die großen Vorräte, auf die wir gehalten hatten, kamen uns dabei zu statten.“

Ueber die Situation im vergangenen Jahr wird weiter berichtet: „Der Brillettabak ist zwar im vergangenen Jahre, dank der eifrigen Verarbeitung und der Erschließung neuer Abgabegemeinden, im besonderen für Industriezweige, wiederum gestiegen. Die Vorkriebsziffern konnten jedoch auch diesmal nicht erreicht werden, weil die in unserem Bezirke sich stetig vermehrenden und wachsenden Neuanlagen aufstrebender Werke eine allgemeine Ueberproduktion zur Folge hatten, die durch den Bedarf nicht aufgenommen werden konnte. Dazu kam, daß auch im vergangenen Winter das Fehlen ankaltender Ralte das Hausbrandgeschäft ungünstig beeinflusste.“

Die Arbeiterunruhen gegen Jahreswende in England, Westfalen, Südböhmen und Wöhmen brachten nur geringe, schnell vorübergehende Erleichterungen im Absatz, weil auch in diesen Gebieten bei Beginn des Streiks große Lagerbestände vorhanden waren. Für das laufende Geschäftsjahr, in dem abermals mit Vorkriebsziffern jüngerer Syndikatswerke zu rechnen ist und die freien Werke wesentlich höhere Brillettmengen auf den Markt bringen, sind die Aussichten wiederum sehr ungünstig. Eine dauernde Besserung der Lage des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus ist nur zu erwarten, wenn das Entstehen neuer Bergwerke in unserem Bezirke und die Vergrößerung schon bestehender eingeschränkt wird. Außerdem aber müssen die aufstrebenden Werke sich entschließen, im Syndikat die Lasten der vorhandenen Ueberproduktion solange mit zu tragen, bis der Verbrauch die Vorkriebsleistung der Erzeugung eingeholt hat. Die Notwendigkeit dieses Schrittes werden die neuen Werke einsehen, und es ist zu hoffen, daß die bald beginnenden Verhandlungen wegen der Erneuerung des Syndikats verständnisvoll und mit gegenseitiger Rücksicht-

nahme geföhrt werden. Gelingt es nicht, ein langfristiges Syndikat zustande zu bringen, dem alle Werke angehören, dann wird der freie Kampf unvermeidlich sein. Den Schaden werden stärker, als die jetzigen Syndikatsmitglieder die neuen, zum Teil mit Kapital stark belasteten Werke zu tragen haben, da diese noch nicht über eine treue Kundenschaft und finanzielle Rücklagen verfügen.“

Preiserhöhungen in der Elektroindustrie.

Der 10 prozentigen Preiserhöhung der elektrischen Schwachstromindustrie folgt eine Steigerung der Starkstromfabriken. Die A. E. G. teilt ihren Kunden mit, daß sie einen generellen Preisaufschlag von 10 Proz. auf Maschinen und Apparate berechnen. Auch in dem Siemens-Schuckert-Konzern schweben ähnliche Erwägungen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Robertsakt

hat einem in Wildau wohnenden Werkmeister Karl Kiefow und seinem Sohn Willi Kiefow eine Rißhandlungsanfrage eingebracht. Beide hatten gestern vor dem Amtsgericht Adnigs-Busterhausen sich wegen einer vorsätzlichen Körperverletzung zu verantworten, deren Opfer der Arbeiter Oppe in Wildau geworden war. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß in einem Streit der junge Kiefow mit einem Spazierstock zugehauen und der zu Hilfe gerufene Vater ihn mit seinem Spazierstock kräftig unterstützt hatte. An einem Märzsonntag hatte Oppe, gegen 11 Uhr abends mit seiner Frau und zwei Kindern vom Bahnhof Wildau nach seiner Wohnung in der Schwarzlopfstraße heimgehend, den achtzehnjährigen Willi Kiefow bemerkt, der angetrunken vor ihnen dahinturte und ihnen den Weg zum Eingang des von ihnen bewohnten Hauses verperrte. Als Oppe ihn anrief: „Na, entweder rechts oder links!“ kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Willi Kiefow der Frau Oppe einen Stockhieb über die Hand gab. Oppe packte jetzt den jungen Menschen am Kragen, aber auf Willi Kiefows Schreie sprang der Vater Karl Kiefow herzu und hieb mit dem Stock auf Oppe ein. Vor Gericht führte der Vater zu seiner Entschuldigung an, daß er den Sohn habe rufen hören: „Er sticht mich tot!“ Da habe er in seiner Bestürzung dem Oppe, den er für den Angreifer hielt, zwei Stockhiebe über den Kopf gegeben. Der Werkmeister Kiefow und der Arbeiter Oppe sind beide in der Schwarzlopfstraße Fabrik zu Wildau beschäftigt, doch versichert Kiefow, daß er Oppe nicht jemals erkannt habe. Keiner der Zeugen, die außer Oppe vernommen wurden, hat von einem Ruf: „Er sticht mich tot!“ etwas gehört. Oppe selber bezeugte, daß der Werkmeister Kiefow auf ihn auch dann noch eingehauen habe, als er, Oppe, bereits blutend zu Boden gesunken war. Nach der Aussage eines anderen Zeugen, der erst im letzten Augenblick hinzugelassen war, hätte auch Willi Kiefow auf den wehrlos daliegenden Oppe noch eingehauen. Kiefow und Sohn bestritten die Richtigkeit dieser Angaben. Das Attest eines Arztes bescheinigte, daß Oppe zwei Wunden an der Stirn und zwei Seulen am Hinterkopf erlitten hatte. Oppe ist infolge der Verletzungen 14 Tage hindurch arbeitsunfähig gewesen. In dem Prozeß war er als Nebenkläger zugelassen worden, weil er Schadenersatz forderte. Der Anklagevertreter sah Milderungsgründe in der Angetrunkenheit des noch jungen Willi Kiefow und in der Verletzung des Hilfe gerufenen Vaters Karl Kiefow. Erschwerend falle aber ins Gewicht, daß sie darauflos gehauen hätten. Das Gericht erkannte die Milderungsgründe an, berücksichtigte aber andererseits, daß Vater und Sohn noch auf den zu Boden Geschlagenen eingehauen hätten. Das Urteil lautete in Uebereinstimmung mit dem Antrag des Anklageanwalts gegen den Vater Karl Kiefow auf 60 M. Geldstrafe und gegen den Sohn Willi Kiefow auf 30 M. Geldstrafe. Dem hauptsächlich durch Lohnausfall geschädigten Nebenkläger Oppe wurde auf seinen Antrag eine Ruhe von 60 M. zugewilligt.

Wegen eines Synagogeneintruchs standen gestern der Arbeiter Georg Hupfeld, ein schon mehrfach vorbestrafter Einbrecher, und der Arbeiter Paul Pietruska vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III. In der Nacht vom 6. zum 7. April (Osterheiligabend) gegen 2 Uhr bemerkten zwei Schupleute, die am Brunnenplatz Patrouille hatten, vier zusammengehende Männer, die ihnen verdächtig vorliefen, sich aber dann entfernten. Nach etwa 1 1/2 Stunden sahen die Schupleute dieselben vier Männer wieder, einer von ihnen trug einen Sack. Die Schupleute stellten sich in der Nähe des Amtsgerichts auf die Lauer in das Gebüsch, und als der Mann mit dem Sack an dem Versteck vorbeikam, traten die Beamten aus dem Gebüsch, der verdächtige Mann warf den Sack weg und entfloh. Als er von dem einen Beamten verfolgt wurde, gab er auf diesen zwei Schüsse ab und entkam. Die drei anderen gingen inzwischen in eine andere Straße, die Schupleute spürten sie jedoch wieder auf und nahmen sie fest, nachdem sie aus ihrem Versteck hervorgequollen waren und mit vorgehaltenen Revolvern „Hände hoch!“ kommandiert hatten. Auf dem Wege zur Wache entkam einer der Festgenommenen, während die jetzigen beiden Angeklagten zur Wache gebracht wurden. In dem von dem einen Entkommenen zurückgelassenen Sack befanden sich allerhand silberne Tempelgeräte, wie sie zum jüdischen Gottesdienste benutzt werden: zwei silberne Gloden, zwei silberne Schilde, eine silberne Hand mit Stab, ein Sammelbüchse, ein großer silberner Becher u. a. Als Pietruska auf der Polizeiwache durchsucht wurde, fand man bei ihm eine silberne Hand mit Stab, die der im Sack befindlichen entsprach. Es stellte sich heraus, daß die vier von den Schupleuten beobachteten Personen in jener Nacht einen Einbruchsdiebstahl in der Synagoge Habas Adam in der Prinzenallee 87 begangen und die Gottesdienstgeräte gestohlen hatten. — Die Angeklagten bestritten die Täterschaft und behaupteten, die silberne Hand gefunden zu haben. — Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Assessor Burckhard das Schuldig gegen beide Angeklagte und glaubte, harte Strafen in Antrag bringen zu sollen, da die bürgerliche Gesellschaft vor solchen gefährlichen Verbrechern geschützt werden müsse, wenn nicht auch bei uns Apodensuren nach frankösischem Muster einreichen sollen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Hupfeld 4 Jahre Gefängnis, gegen Pietruska 2 Jahre Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Fürste die Schuld der Angeklagten keineswegs für nachgewiesen erachtete. Das Urteil lautete gegen Hupfeld auf 4 Jahre Zuchthaus und gegen Pietruska auf 9 Monate Gefängnis.

In die Hände von zweifelhaften Geldvermittlern und sogenannten „Krawattenmachern“ gefallen zu sein, behauptete der Hauptmann a. D. von Reger, welcher sich gestern unter der Anklage des Betruges vor dem Schöffengericht Berlin-Witte zu verantworten hatte. — Der Angeklagte ist vor einigen Jahren nach 23jähriger Dienstzeit wegen eines beim Militär erlangten Leibes pensioniert worden und bezieht jetzt eine Pension von 3000 M. Vor vier Jahren ging er eine zweite Ehe ein, die sich zu einer sehr unglücklichen gestaltete. Hinzu kam noch, daß sich der Angeklagte, um sein Einkommen zu erhöhen, auf etwas zweifelhafte Geschäfte einließ, durch welche er in Vermögensverfall geriet. Die familiären Mängelheiten in Verbindung mit den nun eintretenden materiellen Sorgen veranlaßten den Angeklagten, sich mit mehreren gewerbdemäßigen Geldverleiherinnen in Verbindung zu setzen, auf deren Bedingungen er ohne jede Ueberlegung einging. Die Folge war, daß er in der unerhörtesten Weise betäubert und ausgepreßt wurde. Als er schließlich nicht mehr aus noch ein wußte, soll der Angeklagte sich er betrügerische Weise in den Besitz von Geldmitteln gefehlt haben. Er wandte sich u. a. an den Geldvermittler Elkan, dem er vorspiegelte, er werde in kurzer Zeit ein Vermögen von über 100 000 M. erhalten und befinde sich jetzt nur in einer vorübergehenden Geldverlegenheit. Elkan führte den Angeklagten zu einem Juwelenhändler in der Friedrichstraße, bei dem er, um in den Besitz von Geld zu gelangen, einen Brillantschmuck zum Preise von 1850 M. kaufen mußte. Dieser Schmuck wurde dann sofort von Elkan für 700 M. veräußert. Der Angeklagte zederte dem Juwelier hierfür monatlich 100 M. von seiner Pension und zahlte auch auf diese Weise 1300 M. zurück, bis er durch eine nachträglich von dem Juwe-

Hier Oben in Adligsberg vorgenommene Lage erfährt, daß der Schmutz weit über seinen Wert hinaus bezahlt worden war. Der Angeklagte ließ sich ferner von einem Gutssinspektor Hoffmann eine größere Summe und gab ihm als Sicherheit den Pfandschein über den Schmutz mit der Versicherung, daß es sich um einen sehr wertvollen Schmutz handele, der absichtlich nur so gering belassen sei. Der Gutssinspektor löste den Schmutz auch ein und ist dadurch erheblich geschädigt worden, da der gefällene Betrag und die Einlösungsumme viel höher waren, wie der eventuelle Erlös aus dem Verkauf des Schmutzes. — Zur Anklage stand ferner noch ein dritter ähnlich liegender Fall. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Rechtsanwalt Dr. Alberg wies darauf hin, daß der Angeklagte nicht durch seine Schuld in die mißlichen Vermögensverhältnisse geraten und infolge mangelnder geschäftlicher Erfahrung von gewissenlosen Beleideten ausgenutzt worden sei. Das Gericht hielt dem Angeklagten auch diese Milderungsgründe zugute und erkannte auf 3 Monate Gefängnis.

Wegen betrügerischer Handlungen gegen die Mitteldeutsche Bohrgesellschaft wurde gegen den Kaufmann Wolf Wüst vor dem Landgericht I verhandelt. Gestern wurde das Urteil gefällt.

Staatsanwalt Alberg hielt den Angeklagten des fortgesetzten Betruges und der schweren Urkundenfälschung für schuldig und beantragte 2 1/2 Jahre Gefängnis. Die Rechtsanwältin Justizrat Leonie Friedmann, Dr. Herbert Fuhs und Fern. Gahn beantragten in mehreren Fällen aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung, im übrigen eine erheblich mildere Beurteilung. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, oben über Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anruf ist ein Guthaben und eine Zeit als Werktagen anzusehen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentgelt beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. **Sabcori 897.** Unseres Erachtens nicht. — **W. M. 88.** Näheres zu erfahren im Internationalen Institut für Techno-Bibliographie, Berlin W. 50, Spichernstr. 17. — **P. S.** Das war nur eine gelegentliche Behauptung ohne die geringsten Unterlagen zur Nachprüfung. — **P.**

W. 100. Klebige Masse mit harter Gasse und Einreibungen mit weicher oder grauer Quecksilberpaste. — **N. S. 18.** Arbeiter-Abteilungsband, August Neumann, Engelauer 19. — **N. S. 28.** Senden Sie sich an die Zentralstelle für Auswanderer, Berlin, Rindbald 9/10. — **N. 16.** Und völlig unbekannt. — **N. H.** Diese nicht bekannt. Bei Plagen etc. Oberhalb Stettin in die Ober.

Witterungsbericht vom 30. Mai 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Bismarck	754.8	SW	3	bedeckt	10	Saparanda	753.8	SW	1	bedeckt	9
Hamburg	757.8	SW	4	bedeckt	9	Petersburg	753.6	SW	1	Regen	9
Berlin	756.8	SW	5	bedeckt	9	Wien	758.8	SW	3	wolfig	11
Konstanz	758.8	SW	4	bedeckt	13	Berdeen	759.0	SW	3	bedeckt	0
München	758.0	SW	3	wolfig	12	Paris	758.0	SW	1	wolkig	13
Wien	757.8	SW	2	bedeckt	14						

Wetterprognose für Freitag, den 31. Mai 1912.
Langsam aufklarend, ein wenig wärmer bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Ihrem Freunde und Genossen
Jakob Wiebe
und Gattin
zur Silberhochzeit die
besten Glückwünsche.
Die alten Freunde.

Todes-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Am Dienstag, den 28. Mai, verstarb unser Mitglied

Otto Hassforth.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Gemeinde-Friedhofes (Neufeld), Mariendorfer Weg aus statt. Nege Beteiligung erwartet. 67/17 Die Ortsverwaltung.

Am 28. verstarb nach schweren Leiden mein langjähriger, herzenguter Mann, Vater, Sohn und Bruder

Fritz Krause
im 31. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Anna Krause geb. Karz
und **Sohn.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemane-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Verband der Maler, Anstreicher, Aufreißer usw.
Zentrale Berlin.
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß der Kollege

Fritz Krause
am 28. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gethsemane-Friedhof, Nordend, statt. 120/6 Die Ortsverwaltung.

Kranken- u. Begräbniskasse der Seiffensieder und Berufsgenossen.
G. S. Nr. 17.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Gottfried Burchardt
am 27. Mai nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf. 29/15 Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Vincenz Kočábek
am 28. Mai im Alter von 38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Mathias-Kirchhofes, Marienstraße bei Scharnbeek, aus statt. 164/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Reichsanführer

Gustav Grund
am 24. Mai an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
118/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter

August Müller
am 28. d. Mts. im Alter von 26 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juni, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Jüdischen Friedhof, Seefelderstr. 11/12, um rege Beteiligung ersucht. 64/10 Die Bezirksverwaltung.

Orts-Krankenkasse Lichtenberg.
Einladung
zur
Außerordentlichen
General-Versammlung

der gewählten Vertreter der Orts-Krankenkasse Lichtenberg zu
Freitag, den 7. Juni 1912, abends 8 Uhr,
im Saal „Schwarzer Adler“ (Kronhof), Frankfurter Chaussee 5 zu Lichtenberg.

Tagesordnung:
1. Statutenänderung, und zwar:
a) Abänderung der Ortsbezeichnung „Lichtenberg“ in: „Berlin-Lichtenberg“.
b) Abänderung des § 2 (Einschaltung der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden).
c) Festlegung der Beiträge und Leistungen für Hausgewerbetreibende.
2. Vortrag des Geh. Medizinalrats Dr. Brilinger: „Das Wasserleitverfahren“.

Zu diesem um 1/2 Uhr stattfindenden Vortrag sind sämtliche Stammmitglieder herzlich eingeladen und bitten wir die Herren Delegierten, die Mitglieder auf diesen Vortrag besonders aufmerksam zu machen. 276/7

Der Vorstand.
J. A.: O. Seikel, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren
zum Sonntag, den 2. Juni.

1. Abt.: 5 Uhr: Rauen. 1 Uhr: Dörfelwiese. Start: Bölowstr. 58.
2. Abt.: 12 Uhr: Wandlitz (Seeufer). Start: Schönleinerstr. 6.
3. Abt.: 7 Uhr: Papenberg (Donau). 1 Uhr: Seentwiel. Start: Lauffer Weg 11.
4. Abt.: 5 Uhr: Schöpfung (Schützenhaus). 1 Uhr: Bernau (Einsichtstelle). Start: Mühlener Weg.
5. Abt.: 6 Uhr: Neu-Weiß (Thormann). 1 Uhr: Dörfelwiese (Gulisch). Start: Eglum.
6. Abt.: 4 Uhr: Budow (Schweizerhaus). 12 Uhr: Strausberg (Kunzgraber Hof). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Rommes (Singer). 12 1/2 Uhr: Bannsee (Härsenhof). Start: Schulstr. 29.
8. Abt.: 1 Uhr: Steglitz (Botanischer Garten). Start: Ledowitzerstr. 21.
9. Abt.: 8 Uhr: Kloster Lehnin. 1 1/2 Uhr: Potsdam. Start: Schillingstr. 22.
11. Abt.: Am 11. 9 Uhr: Köpenicker Wiesen (Grünheide). Start: Große Hamburger Str. 18.

Achtung!
Unsere nächste Verammlung für jugendliche Bundesgenossen findet am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Stralauer Straße 3, statt.

Achtung!
Montag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Stralauer Straße 3:
Außerordentliche Zentral-Vorstands-Sitzung.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Funktionäre notwendig. 11/14 Der Zentralvorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Markt am
10-2-5-7. Sonntags 10-12-2-4

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 28. Mai verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied

Franz Alwin
im Alter von 25 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. 27/16 Die Ortsverwaltung.

Blumen- und Kranzbinderi von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenkauf):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Jalousiearbeiter.
Montag, den 3. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Große Versammlung
aller in der Jalousiefabrikation beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Was müssen die Arbeiter von der Reichsversicherungsordnung wissen? (Fortsetzung.) Referent: Genosse Hahnleisch.
2. Die Tarifbewegung bei den Kleinmeistern und die Differenzen bei der Firma Samson u. Strothoff. 84/8

Um 8 Uhr: **Vertrauensmänner-Sitzung.**
Die Ortsverwaltung.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dabnich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis: W. Ost: Schmidt, Kirchb. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Berner, Weissenhofstr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Ringstr. 31, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Dr. Frankfurterstr. 120. — Richard Haeckelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Luisenplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buchst, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Monbit): Karl Hinder, Salzweberstr. 8.
Wedding: J. Dabnich, Ruzarschstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Reinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: J. Trapp, Balkenstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Weisenhagenstr. 27.
Adlershof: Carl Schwarzlose, Postmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenstr. Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Role, Mühlentstr. 5, Laden.
Bohnisdorf und Falkenberg: Wols Bau, Bohnisdorf, Gesundheitshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1.
Eichwalde: Oskar Rahl, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen Chaussee.
Friedensdorf-Petershagen: E. Heibarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: J. Berner, Alsenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Heide, Kauler-Weihen-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käter, Köpenickerstr. 11.
König-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofsstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Meyerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seidel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mariendorf, Kaulsdorf: F. Heiberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 11.
Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Berner, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Leg, Mollerstraße.
Nieder-Schöneweide: Gebr. Brücker, 6.
Nowawes: Wilhelm Japp, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: H. J. Mann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: J. Gurck, Wroningstr. 56, Laden.
Rixdorf: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Koch, Steglitzstr. 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosentanz, Alt-Boxhagen 58.
Schönberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitenstr. 44.
Tegel, Hirsowalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermadorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Hirsowalde, Rühnstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Jos. Krohn, Dorfstr. 62.
Tropow: Rob. Gramenz, Riefelstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Buchmann, Sebanstr. 105, parterre.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Dätig, Zeuthen, Dorfstr. 15.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Dankjagung.
Sage hierdurch allen Teilnehmern beim Begräbnis meiner lieben Frau

Gertrud Winkler
meinen herzlichsten Dank. 1A
Gustav Winkler.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sage ich allen Teilnehmern, sowie dem 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, den Genossen und Genossinnen des Bezirks 696, den Kollegen vom freien Hauswirtschaftsverband, dem Gelangereiten „Männerchor Monbit“, W. d. H. S. S., und dem Ersten Berliner Bandonion „Kaislerchor“ meinen tiefgefühltesten Dank. 41R
Hermann Doberstein nebst Sohn.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands
Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 2. Juni 1912, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Versammlung der Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.
2. Verbandsangelegenheiten.
Vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder zu dieser wichtigen Versammlung erwartet.
Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, in den Musterfäulen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

Versammlung
der Bureauangestellten in städtischen Betrieben und Verwaltungen.

Tagesordnung:
1. Wie fördern die städtischen Angestellten ihre wirtschaftlichen Interessen? Referent: Reichstagsabgeordneter Kollege Karl Globel.
2. Freie Aussprache. 47/12
Bühnenbesuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Wegen Separierung

Total-Ausverkauf
der übernommenen Schuhwaren
Rosenthaler Straße 40-41
Hackescher Markt — Bahnhof Börn.



Damen-Stiefel Herren-Stiefel

- schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur **4.75**
- schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons . . . jetzt nur **5.95**
- schwarz prima Chevreau mit Lackkappe, auch ohne, die elegantest. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **7.95**
- braun Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur **4.95**
- braun la Chevreau m. Lackkappe, breite und schlanke Fassons . . . jetzt nur **6.75**
- braun la Chevreau, erstklassige Ausführung und Formen, Goodyear-W., jetzt nur **8.95**
- schwarz Riadbox-Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig. Straßenstiefel, auch Zug und Schnalle . . . jetzt nur **5.95**
- schwarz Chevreau - Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur **6.95**
- schwarz Chevreau - Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **8.95**
- braun Chevreau - Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**
- braun la Chevreau - Herrenstiefel, neueste Formen . . . jetzt nur **8.25**
- braun la Chevreau - Herrenstiefel, Goodyear-Welt, die schicksten Formen, jetzt nur **9.75**

Kinder-Stiefel Halbschuhe

- schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel 20-24 25-26 27-30 31-35 **1.55 2.95 3.25 3.75**
- braun, mit Lackk., Normalfassons 21-24 25-26 27-30 31-35 **2.95 3.45 3.75 4.25**
- Kinderhalbschuhe 375
Derby, Lackkappe, amerikanische Fassons, 31/35 4.25, 27/30
- Damen, im Chev. mit Lackk., jetzt nur **3.95**
- braun Chevreau m. Lackkappe, jetzt nur **4.25**
- schwarz Derby, große Oca, Lackk., jetzt nur **4.95**
- braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur **5.75**
- Lack-Schnürschuhe amerik. Fass., jetzt nur **5.95**
- Lackm. Wildleder od. Chev. Halbschuhe, moderne Ausführung, jetzt nur **5.95**



A. Wertheim



G.M.B.H.

Leipzigerstr. 126-30
Königstrasse 31-32
am Bahnhof Alexanderplatz

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 27-31
Oranienstrasse 52-55

Soweit
vorhanden

Billige Lebensmittel

Die mit * bezeich-
neten Artikel
können nicht zu-
gesandt werden.

Fleischwaren

Zervelat- u. Salamiwurst 1.25
Teewurst Pfund 1.10
Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfund 1.00
Weiche Mettwurst... Pfund 95 Pf.
Jagdwurst Pfund 95 Pf.
Pastetenleberwurst .. Pfund 1.10
Feine Leberwurst... Pfund 1.00
Landleberwurst Pfund 90 Pf.
Rotwurst Pfund 50, 70 Pf.
Mausschinken ca. 2 1/2 bis 5 Pfund schwer Pfund 1.25
Rollschinken ca. 5 bis 8 Pfund schw. Pfund 1.30
Schinkenspeck in Stücken von 1/2 bis 4 Pfund Pfund 1.15
Königsb. Fleck Dose 50, 75, 95 Pf.
Frühstückszungen Dose 85 Pf.

* Rehfleisch

Keulen	Rücken	Blätter
5.50 bis 9.00	8.00 bis 12.00	1.50 bis 2.50

Ständiger Verkauf:

Konserven mit Heizvorrichtung (ohne Feuer)
für Touristen, Manöver, Luftschiffer etc.
Verschied. Suppen Dose 85, 90 Pf.
Fleischgänge Dose 1.40
Frankfurter Würstchen Dose 1.20

Geflügel

Junge Hühner Stk. 60 Pf. bis 1.65
Brathühner St. 1.75, 2.25, 2.65
Suppenhühner Stück 1.85 bis 3.25
Junge Enten Stück 2.25 bis 3.50
Junge Gänse Pfd. 85 Pf., 1.15, 1.25

* Räucherwaren

Aale ... Pfund 1.15, ... Bund 40 Pf.
Stralsunder Bücklinge 2 Stück 10 Pf.
Kieler Bücklinge ... 3 Stück 20 Pf.
Fludern 3 Stück 25, Pfd. 60, 75 Pf.
Lachsstör Pfd. 68, Lachsheringe Stk. 10 Pf.
Sardellen Pfd. 75, 90, Aal in Gelee 98 Pf.
Bratheringe in 4 Liter-Dosen .. 1.05

Backobst

Gemischt. Backobst 33, 43, 53 Pf.
Türk. Pflaumen Pfd. 32, 36, 40 Pf.
Kaliforn. Pflaumen Pfd. 55, 62 Pf.
Pflaumen ohne Stein .. Pfd. 46, 58 Pf.
Italienische Prunellen Pfund 78 Pf.
Kaliforn. Aprikosen Pfd. 85, 1.05
Kaliforn. Pflirsche Pfund 58, 70 Pf.
Kaliforn. Birnen Pfund 56, 66 Pf.
Ringäpfel Pfund 45, 55 Pf.
Hagebutten Pfund 58 Pf.
Mandel-Ersatz Pfund 65 Pf.

* Fische

Grüne Heringe Mdl.	28 Pf.	Grosse Schollen Pfund	28 Pf.
Horn-Aale Stück	20 Pf.	Limandeszungen Pfund	25 Pf.
Schellfische	in ganzen Fischen	14 Pf.	Lachs	in ganzen Fischen	Pfund 48 Pf.
Kabeljau	ohne Kopf in ganzen Fischen	15 Pf.	Zander Pfund	85 Pf.
Seelachs	ohne Kopf in ganzen Fischen	14 Pf.	Lebende Aale	90 Pf., 1.25, 1.35	

* Obst und * Gemüse

Austral. Äpfel	Pfd. 38, 50, 70 Pf.	Frische Schoten Pfund	25 Pf.	
Zitronen Dtz. 25, 35, 50 Pf.	Mohrrüben Bund	35 Pf.	
Kirschen Pfund	30 Pf.	Blumenkohl Kopf	30, 35 Pf.
Stachelbeeren Pfund	30 Pf.	Radieschen 7 Bund	10 Pf.
Frischer Spargel	Pfd. 40, 55, 75 Pf.	Spinat	Pfd. 20, Rhabarber	Stk. 10 Pf.	
Kohlrabi Mandel	28 Pf.	Neue Italien. Kartoffeln	Pfd. 25 Pf.	
Grüne Bohnen Pfund	30 Pf.	Frische Gurken	Stk. 13, 20, 25 Pf.	

Tischwein

1909 Saint Mathieu rot. 1/2 Fl. 67 Pf.
1909 Almando 1/4 Fl. 80 Pf.
Obermoseler 1/4 Fl. 75 Pf.
1909 Uerziger 1/4 Fl. 1.05
1909 Caseler 1/4 Fl. 1.35
1909 Apisheimer 1/4 Fl. 80 Pf.
1908 Bodenheimer ... 1/4 Fl. 1.05
1905 Binger Neuberger .. 1/4 Fl. 1.35
1907 Chät. Lague Froman. 1/4 Fl. 95 Pf.
1906 Beaufils Blaye .. 1/4 Fl. 1.15

Theater und Vergnügungen

Freitag, 31. Mai 1912
Anfang 7 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. 8. Abt. von Verlichingen.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Bar und Hammermann.

Proter. D diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Insel Rügen.

Deutsches. Romeo und Julia.

Kammerspiele. Mein Freund Teddy.

Reising. Die Fledermaus.

Komische Oper. Gastspiel.

Wesien. Die schöne Helena.

Königsgräber Straße. Die fünf Franzosen.

Kurfürstentheater. Aestland.

Neues Schauspielhaus. Parfett.

Neues. Der liebe Augustin.

Wesien. Alles für die Firma.

Kaufmann. Ein Windhund.

Reisinger. Große Rosinen.

Schiller O. Emilia Galotti.

Se ... Quartettenspiele. Der Kompanien.

Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.

Uitken. Alt-Heidelberg.

Wesien. Die zwei Waisen.

Schiller-Theater O. Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Emilia Galotti.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Nachruhm.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Kyritz-Pyritz.

Sonntag, abends 8 Uhr: Nachruhm.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: Der Kompanien.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Gefährtin - Paracelsus.

Der grüne Kakadu.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Sonntag, abends 8 Uhr: Der Geisige. Hierauf: Der eingebildete Kranke.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: Große Rosinen.

Theater in der Königsgräber Straße.

Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin.

Operette von Leo Fall.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

8 Uhr: Alles für die Firma.

Schwanz in 3 Akten von P. Demmequin und G. Witzel.

Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sängerkommission: Sanatorium Sonnenstich.

Uitken-Theater.

Freitag: Einmalige Aufführung: Alt-Heidelberg.

Sonnabend und folgende Tage: Schwelcher Garwen.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ich lasse Dich nicht.

ROSE-THEATER

Größe Frankfurter Str. 132.

Täglich Anfang 8 Uhr: Die zwei Waisen.

Auf der Gartenbühne: Die große Schredens: Juhu! Es ist erreicht.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gefaltet.

Schwindelmeyer & Comp.

Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von A. Freund. Musik von H. Nelson. U. a. Tänze v. H. Böhler. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz.

Apollon Theater.

Anfang 8 Uhr: Letzte Tage des großen Programms mit Will Bishop - Robins Paul Beckers ufm.

KIKOK

früher Neues Kgl. Opernhaus (Tiergarten-Königsplatz) Naturfarben-Lichtspiele Kinemakolor.

Bis auf weiteres das neue große Programm.

Täglich von 4-11 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonz.
Eintritt 1 M., v. abds. 6 U. ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. - Jahres-Abonnements an allen 3 Schalter-Kasson.

Hagenbeck's Indien - Berlin
Tempelhofer Feld
Täglich:
Große Vorstellung
von 11 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds. geöffnet. 90/12
Entree 50 Pf.
Res. Plätze: Loge 2 M., I. Tribüne 1.50 M., II. Tribüne 1.- M.

Passage-Panoptikum.
Heute letzter Volkstag!
Jedermann ein Kind frei!
Ist Kind erh. ein Geschenk!
Lebend:
Das vereinte Riesenpaar
Dussor und Brunhilde u. alle anderen Attraktionen!
Ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Claire Waldoff
Littke Carlsen
Alt-Bonner Studenten
und das große Mal-Programm!
14 Varietè-Attraktionen!

LICHTSCHAUSPIELHAUS
O. KOPPENSTRASSE 29. AM FRANKFURTER TOR
Das neue sensationelle Programm:
Gesang, Dialog, Gr. Orchester.
U. a.:
Der Eid des Stephan Huller.
Drama in 3 Akten.
Roman aus der Berl. Illustr. Zeitung* von F. Holländer.
Jeden Freitag Volkstag.
Entree auf allen Plätzen 20 Pf. Kein Abrufen.
Jeden Mittwoch von 4-7 Uhr:
Kinder - Vorstellung.
Entree 10 Pf. Erwachsene 20 Pf.

Folies Caprice.
Heute Freitag: Geschlossen.
Morgen Sonnabend:
Premiere.
Parisiana Ensemble.

Spandau, am Ankanterring, vor dem Rathausneubau.
Der große staubnubische Zirkus Fischer-Reiffarth.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gr. Neuheit: Vorstellungen.
Einstimmiges Urteil aller Besucher:
Das beste Zirkusprogramm.
40 eigene erstklassige Pferde.
120 Personen.
Billige Eintrittspreise.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: Ein angebrochener Abend.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends 7 1/2 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr: Theater und Varietè, 8 Spezialitäten-Programm.
Koffenrechnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.
Gesangspoffe in 1 Akt.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Lustspiel in 5 Akten und Gesang in 5 Bildern.
Reise Beleuchtungsfeste usw. usw. u. h. große Spezialitäten-Programm.
Koffenrechnung 2 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

Streikjustiz und kein Ende.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Vor wie nach klappert die Mühle der Streikjustiz im Ruhrbezirk. Es ist ja selbstverständlich, daß auch das letzte Opfer erst noch herangeführt werden muß, ehe die Justiz wieder zu Atem kommt.

In letzter Zeit wurden vom Dortmunder Landgericht wieder eine Anzahl Urteile des Schöffengerichts in Kattrop nachgeprüft. Das Kattroper Gericht hat, wie schon verschiedentlich erwähnt worden ist, für einfache Worte gang ungeheuerlich hohe Strafen festgesetzt. Die Strafkammer setzte die Strafen von vier Wochen auf ein bis zwei Wochen Gefängnis herab. Der Dortmunder Rechtsanwalt Frankl hat schon einmal an Hand der Kattroper Urteile auf die Geschwindigkeit einer formularmäßigen Urteilsbegründung hingewiesen. In den neuerlich zur Nachprüfung anstehenden Kattroper Sachen hieß es wieder: „Mit Rücksicht auf den unglaublichen Terrorismus, der nur ein Glied ist in der Kette“ usw., mochte auch diese beliebte Formel auf den Einzelfall passen wie die Faust aufs Auge. So hatte das Kattroper Gericht wegen eines Wortes auf vier Wochen Gefängnis erkannt, „mit Rücksicht“ usw., die Strafkammer hielt eine Verlesung überhaupt nicht nachgewiesen und sie hob diese Strafe auf.

Oft wirkt sogar die Stellungnahme des Strafkammer-Vorsitzenden wie eine Ironisierung der Arbeit der Anklagebehörden. So in den Fällen, wo nach den Anklageschriften auch Steiger und andere Juchendbeamten zur Niederlegung der Arbeit genötigt worden sein sollen oder wo wenigstens der „Versuch“ bestraft werden soll. Oder auch, wenn die Anklageschrift blindlings noch einen Nötigungsversuch annimmt, wo der Streik schon zu Ende war. So rief ein Landgerichtsdirektor aus: „Das ist ja geradezu widersinnig, daß Sie noch am 20. März genötigt sein sollen, am Streik teilzunehmen. Sollten Sie denn da allein den Generalstreik durchsetzen!“ Natürlich läßt sich die Streikjustiz im allgemeinen durch solche Radenschläge nicht „beirren“.

Auch andere Kuriositäten kommen immer noch vor. So war wegen eines Vorfalles zweimal Anklage erhoben worden. Es lagen zwei Strafanträge vor und zwei Eröffnungsbeschlüsse.

Und das Schönste war, daß die beiden Protokolle über denselben Vorfall grundverschieden waren! Ueber den Inhalt eines der Protokolle lachte der „Beleidigte“ Streikbrecher selbst, obschon er es doch unterschrieben hatte! Es wurde festgestellt, daß eins der Protokolle die Frau des Willigen diktiert hat, während der „Beleidigte“ draußen das Pferd des Gendarmen festhalten mußte! Der Verteidiger beantragte, wegen der entstandenen Kosten bei der einen Anklage das Verfahren einzustellen. Das gab aber nicht, das Gericht zog die Sachen zusammen, und es hieß in der Urteilsbegründung, der verknagte Streikführer „könne sich ja an dem etwa schuldigen Beamten schadlos halten“!

In dem Dorfe Scharnhorst bei Dortmund entstanden an einem der Streiktage Ansammlungen von Menschen. Die Gendarmen haben anscheinend gewaltigen Respekt vor der Masse der Streikenden bekommen, die nach ihren Angaben wie eine Mauer, „alles schwarz voll Menschen“, standen. Schließlich arbeitete die Säbel der Gendarmen „wie im Feldzug“, wie sich ein Zeuge ausdrückte. Schon vor einigen Wochen standen aus diesem Anlaß 16 Angeklagte vor der Strafkammer, ein Teil davon bekam Strafen wegen „Beteiligung an einem Aufstand“. Von einem Rechtsfuß von weiteren sieben Angeklagten wurden drei freigesprochen (zwei davon wurden auch die persönlichen Auslagen ersetzt), die übrigen bekamen Gefängnisstrafen. Der Staatsanwalt hatte „nur“ Geldstrafen von 20 und 50 M. beantragt.

Sieben Monate Gefängnis bekam ein Bergmann, weil er mit Steinen geworfen und drei Arbeitswillige getroffen und weil er einen anderen Willigen mit einem Stock über den Kopf geschlagen haben sollte.

II. Verbandstag des Zentralverbandes der Maschinisten und Feiler und verwandter Berufsgenossen.

München, 29. Mai 1912. Die Uebernahme der Lokalbeamten auf die Hauptkasse wurde auf Grund des Vorstandsbeschlusses beschlossen. Entsprechend den Beschlüssen der Kommission wurde folgende Gehaltsliste beschlossen: Für Hilfsarbeiter im Zentralbüro und in Zweigleitungen ein Anfangsgehalt von 1800 M., steigend jährlich um 100 M. bis zum Höchstjahrgeld von 2900 M.; Geschäftsführer Anfangsgehalt 2000 M., steigend bis zu 2600 M.; Redakteur, Hauptassistent, Sekretär, Beauftragter und die ersten Geschäftsführer der Zahlstellen, die über 2000 Mitglieder zählen, Anfangsgehalt 2000 M., jährlich steigend um 100 M. bis zu 2700 M. Der Verbandsvorsitzende soll ein Anfangsgehalt von 2500 M. erhalten, ebenfalls steigend um 100 M. bis zu 3000 M. — Der Vorstand wird ermächtigt, eine weitere Kraft (Sekretär) für das Hauptbüro und für Gau- und Lokalverwaltungen anzustellen. — Entsprechend den Vor schlägen der Statutenberatungskommission wurde die Erhöhung des Beitrags um 10 Pf. beschlossen. Der Wochenbeitrag beträgt jetzt 60 Pf. pro Woche und sind davon 50 Pf. an die Verbandskasse abzuliefern; solche Zahlstellen, die von der Hauptkasse beforderte Angestellte haben, führen pro Mitglied und Woche 65 Pf. und die Schifffahrt den vollen Beitrag an die Hauptkasse ab. Das Verbandsvermögen muß mindestens 6 M. (bisher 3 M.) pro Mitglied betragen, andernfalls der Verbandsvorstand Extrabeiträge zu erheben hat. — Die Bestimmungen über den Ausschuss wurden neu geregelt und wird der Vorsitzende des Ausschusses nicht mehr auf der Generalversammlung, sondern von den Mitgliedern des Ausschusses gewählt. — Einstimmig wurde die Einführung der Umzugsunterstützung beschlossen. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Entfernung und beträgt 10—15 M. — Beim Streikreglement wurde die Änderung beschlossen, daß größere Angriffsbewegungen mindestens 3 Monate vor Einreichung der Forderungen beim Vorstand angemeldet werden müssen. Das neue Statut tritt am 1. Juli in Kraft. Der Sitz des Ausschusses bleibt wie bisher in Hamburg, der des Vorstandes in Berlin. — Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet. — Die nächste Generalversammlung findet 1914 in Leipzig statt.

2. Generalversammlung der Sattler und Portefeuliker.

München, 29. Mai 1912. Im Saale der alten Schießstätte wurde heute die zweite Generalversammlung mit den üblichen Begrüßungen eröffnet. Anwesend sind 62 Delegierte, 3 Vorstandsmitglieder und 7 Gauleiter. Den Ausschuss vertritt Gabelbusch, Berlin, die Generalkommission Sassenbach, Berlin. Die ausländischen Deputationsorganisationen sandten Staver, Oberndorfer-Wien (öster.

Sattler-Verband), Straub-Wien (Balanterwarenvereinigung) und Jaufen-Dönmars als Gäste. Der schweizerische Lederarbeiter-Verband sandte telegraphisch seine Wünsche zum guten Gelingen der Verhandlungen.

In der mündlichen Berichterstattung über den Geschäftsbericht

wies der Verbandsvorsitzende Blum darauf hin, daß der Mitgliederzuwachs seit der Kölner Generalversammlung 1907 betrage, daß Vorstand und Ausschuss mit dieser Entwicklung außerordentlich zufrieden sind. Wenn auch die Fluktuation gegenüber früher abgenommen habe, so sei sie immer noch groß. In der heutigen Organisation komme mehr der Industriearbeiter zum Ausdruck, die Grenze zwischen Portefeuliker und Sattler sei verschwunden, die Kollegen haben sich mehr aneinander gewöhnt und kennen nun noch das gemeinsame Ziel: die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Abnahme der Fluktuation beweise, daß unter den Mitgliedern eine gewisse Geschäftigkeit eingetreten sei. Bei der Unsicherheit in der Berliner Geschäftsbirne und der hier üblichen großen Lehrlingszucht sei es sehr schmerzlich, hier vorwärts zu kommen. In der Geschäftsbirne auf dem flachen Lande kommen die Kollegen nur noch als Fildgesellen in Betracht. Die Kollegen, die früher in der Geschäftsbirne beschäftigt waren, seien heute in der Automobilbranche und man sei auf dem besten Wege, innerhalb der Organisation eine besondere Gruppe zu bekommen. In den Gauen Berlin und Götting, wo man außerordentlich zu kämpfen habe, vorwärts zu kommen, habe der Hauptvorstand keine besondere Agitation entwickelt, weil die Kosten und Erfolge nicht im Einklang zu bringen waren. Leider sei es nicht möglich gewesen, auf dem Verbandstag die Fortschritte der Organisation berufsweise feststellen zu können. Es stehe aber unbestritten fest, daß durch die Automobilbranche eine außerordentlich hohe Zahl von Kollegen für die Organisation gewonnen wurde. Besonders hervorzuheben muß werden, daß es in Berlin geglückt ist, eine größere Zahl Portefeuliker für die Organisation zu gewinnen. In der Tarifbewegung, die fast alle Branchen umfaßt, sei es charakteristisch, daß auch hier die Automobilbranche an erster Stelle stehe. In der Treibriemenbranche, in der noch schlechte Verhältnisse anzutreffen sind, war man ebenfalls bestrebt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Auch die übrigen Branchen blieben von den Kämpfen nicht verschont. Doch müsse konstatiert werden, daß die Kollegen gerade durch die Verschmelzung besser abschneiden; die Situation für die Kollegen wäre viel schlimmer gewesen, wenn die Organisation nicht vereinigt gewesen wäre. Redner sprach die Ueberzeugung aus, daß es in der Lederwarenbranche infolge handelspolitischer Komplikationen nicht ohne schwere Kämpfe abgehen wird. — Der Gedanke eines Reichstags gewinne bei den Unternehmern immer mehr an Raum; der Reichstagsrat wird jedenfalls innerhalb der Organisation noch ein schweres Kampfsujet werden. Der Vorstand wünscht etwas mehr Vor sicht bei Abschluß von Tarifverträgen; es müsse nicht immer unter allen Umständen ein Tarif abgeschlossen werden. In erster Linie müsse die prinzipielle Forderung, die Verkürzung der Arbeitszeit im Auge behalten werden. Wenn in den letzten Jahren mehr Gewicht auf die Lohnhöhe gelegt wurde, so sei dies als eine Folge der eingetretenen Teuerung aller Lebensmittel erklärlich. Die prinzipielle Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit werde heute nicht mehr erhoben, weil unter den heutigen Verhältnissen an der Abschaffung der Affordarbeit nicht mehr zu denken sei und die Affordarbeit innerhalb der einzelnen Branchen immer größere Bedeutung gewinnt. Andererseits sei aber die Organisation nach wie vor bestrebt, die Auswüchse des Affordsystems (die sogenannten Affordwähler) entschieden zu bekämpfen, da diese Auswüchse geeignet seien, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Verufe zu verschlechtern. Gegen diese Auswüchse werde der Vorstand die Kollegen nach wie vor zu kämpfen suchen. Ebenso sei die prinzipielle Forderung nach Abschaffung der Heimarbeit sehr wichtig. Durch den Zusammenschluß mit den Portefeulikern, die hauptsächlich in der Hausindustrie vertreten sind, habe man sich daran gewöhnt. — Der Redner meinte, die Zeit der Kongressionen sei nun vorbei, der Verbandstag habe nun die Aufgabe, neue Mittel und Wege zu suchen, den Verband zu einer Kampforganisation im Sinne der allgemeinen Arbeiterbewegung zu gestalten. (Beifall.)

Die Berichte des Kassierers, der Redaktion und des Ausschusses haben kein öffentliches Interesse.

Nach den Berichten setzte eine lebhaft Diskussion ein.

Soziales.

Berkümmertes Zurückbehaltungsrecht.

Der Metallfeiler L. hatte von der Maschinenfabrik H. Schulz u. Co. eine Arbeit in Afford übernommen, die er auch regelrecht bezahlt erhalten hatte. Nachträglich soll sich dann, nach Angabe der Firma, herausgestellt haben, daß die Arbeit mangelhaft ausgeführt sei, und deshalb wurde dem L. bei der Auszahlung des Lohnes für einen späteren Afford ein entsprechender Abzug gemacht. Damit war L. aber nicht einverstanden und erhob Klage beim Gewerbegericht.

Die Kammer 6 unter Vorsitz des Registrars Wöbling beurteilte auch die Forderung zur Zahlung der geforderten Summe. Nach der herrschenden Rechtsprechung sei es nicht anzunehmen, einen fälligen Anspruch mit der Verweigerung einer solchen Leistung aufzurechnen, die aus einem anderen Rechtsverhältnis hervorgeht; wenn die Arbeit aus dem ersten Afford mangelhaft gewesen sei, dann hätte der Abzug bei dieser Lohnzahlung geschehen müssen, aber nicht bei der Lohnzahlung für den andern Afford, der nicht beanstandet wurde. Sei der Lohnabzug, der an sich nach § 275 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässig ist, aber in dem entsprechenden Falle verfallen worden, dann könne nur im Wege einer Schadenersatzklage vorgegangen werden.

Gegen dieselbe Firma richtete sich auch noch eine Klage des Schlossers G., welcher einen Affordnachschuß von 8,50 M. beanpruchte. Dieser Kläger hatte einen Afford übernommen, wobei er nicht auf seine Rechnung kam, da einesteils das Material sich schwerer als vorausgesetzt beurteilen ließ, andernteils aber auch das notwendige Handwerkszeug nicht zur Verfügung stand, wodurch die Arbeit bedeutend mehr Zeit erforderte hatte.

Das Gewerbegericht entschied auch in diesem Falle zugunsten des Klägers. Wenn auch der Kläger die Arbeit zu dem übernommenen Preise anfertigen verpflichtet war, so war die Voraussetzung dazu doch das Vorhandensein der notwendigen Werkzeuge und eines entsprechend leicht zu bearbeitenden Materials. Diese Voraussetzungen seien aber nicht vorhanden gewesen und deshalb sei die Forderung des Klägers, daß ihm wenigstens sein Stundenlohn garantiert werde, gerechtfertigt.

Das sächsische Hausgewerbe.

Sachsen ist das klassische Land der Hausindustrie. Die Lausitzer Leinen- und Baumwollweberei, die Annaberger Spitzenweberei, die Erzgebirger Spielwarenindustrie, der Markneukirchner Seidenbau haben einen gewissen Ruf erhalten. Freilich sind fast alle diese Industrien tödlichen Verfall angedeihen lassen, und sie kämpfen ihren Verzweiflungskampf mit der kapitalistischen Industrie nur noch mit den Waffen der übermenschlichen Arbeitszeit und der untermenschen Lebenshaltung. Nur in einigen wenigen Industriezweigen, bei denen es weniger auf Willigkeit als auf geschmackvolle und künstlerische Ausführung der Arbeit ankommt, wie bei der Verfertigung feinerer Spitzen und Pomanten oder hochwertiger Musikinstrumente, darf man der Hausindustrie noch eine längere Lebensdauer prophezeien. Aber dieselbe kapitalistische Industrie, die die selbständige Hausindustrie der Vernichtung entgegenführt, ruft auf der anderen Seite

eine neue Form des Hausgewerbes ins Leben: die unselbständige Heimarbeit. In dem Maße, in dem die Entwicklung der technischen Arbeitsteilung es ermöglicht, einzelne Teilarbeiten so auszuspalten, daß sie auch außerhalb der Fabrik ausgeführt werden können, liebt der Unternehmer es, die Heimarbeit heranzuziehen, die für ihn eine große Ersparnis am Kapital für Räume, Heizung, Maschinen usw. bedeutet, die ihm, weil nicht der Gewerbeaufsicht unterliegend und meist von unorganisierten Arbeitern ausgeführt, eine schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft ermöglicht und die es ihm endlich erlaubt, ohne jegliches Risiko seine Produktion nach Belieben auszudehnen und einzuschränken, wie es die Zeiten und Konjunkturen erfordern. Darum gedeiht diese Form des Hausgewerbes auch am besten in Industrien mit schwankendem und leichtbeweglichem Charakter, also vor allem den Saison- und Modeindustrien.

Sachsen ist auch für diese neue Form des Hausgewerbes, die Heimarbeit, das typische Land geworden. Rund ein Drittel des gesamten Hausgewerbes in Deutschland entfällt auf das sächsische Königreich und während im Jahre 1907 von 100 in der Industrie beschäftigten männlichen und weiblichen Personen im Reich 2,7 resp. 4,2 auf das Hausgewerbe fielen, waren es in Sachsen 10,8 und 20,1. Eine Bearbeitung der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen der Jahre 1882, 1895 und 1907 in bezug auf das Hausgewerbe, wie sie kürzlich im Sächsischen Statistischen Landesamt ausgeführt wurde, verdient deshalb allgemeines Interesse. Freilich vermitteln uns solche Zählungen kein Bild von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiter; wir erfahren kein Wort über die Länge der Arbeitszeiten, die Höhe der gezahlten Löhne u. a. m.; aber ihre Ergebnisse sind nichtsdestoweniger äußerst wichtig für die Beurteilung der Richtung und des Tempos der ganzen Entwicklung.

Was uns allerdings wohl am meisten interessieren würde, gibt uns die Zählung nicht: eine laubere Unterscheidung zwischen den beiden Formen des Hausgewerbes, der Hausindustrie und der Heimarbeit. Jeder Gewerbebetreibende, der in eigener Werkstatt für einen anderen fremden Meister, Fabrikanten oder Verleger arbeitet, ist nämlich als selbständiger Hausgewerbebetreibender anzusehen worden; doch können wir die statische Entwicklung aus anderen Zahlen ableiten. Ein weiterer Mibstand ist die Anwendung verschiedener statistischer Methoden bei den einzelnen Zählungen, die Vergleiche sehr erschweren. Bei den Berufszählungen von 1882 und 1907 wurden die außerhalb des Haushaltes wohnenden Hilfskräfte von Hausgewerbebetreibern überhaupt nicht als solche erfasst. Die hier gegebenen Zahlen sind also ohne Zweifel zu niedrig. In ihrer Korrektur stehen uns aber glücklicherweise die Ziffern der Gewerbe zählung zur Verfügung. Hier wurden einmal sämtliche Unternehmer aufgefordert, die Zahl der von ihnen nicht in ihren eigenen Werkstätten beschäftigten Hausgewerbebetreibern mitzuteilen. Außerdem wurden durch Gewerbeliste die Zahl der Hausgewerbebetriebe und der in ihnen beschäftigten Personen ermittelt. Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten dürften die — wesentlich höheren Angaben der Unternehmer das richtige treffen, da sie zwar einerseits Doppelzählungen enthalten, andererseits aber die direkt an Kaufleute oder Verleger liefernden Hausindustriellen häufig nicht mitzählen. Uebrigens haben die zwar in ihren absoluten Werten voneinander abweichenden Ergebnisse der drei verschiedenen Zählungsmethoden doch das gleiche Resultat, daß sie von 1882 bis 1895 ein Zurückgehen, von da bis 1907 aber wieder einen Aufschwung des Hausgewerbes erkennen lassen.

Table with 4 columns: Jahr, Betriebe, von denen aus Hausgewerbebetreibende beschäftigt werden, Hausgewerbliche Betriebe, Beschäftigte Personen nach Angaben der Unternehmer, Hausgewerbebetriebe. Rows for 1882, 1895, 1907.

Der bei der letzten Zählung zu konstatierende Aufschwung des Hausgewerbes gewinnt freilich sofort einen anderen Charakter, wenn wir eine Unterscheidung der Betriebe in Haupt- und Nebenbetriebe vornehmen, wobei als Hauptbetriebe solche angesehen werden, in denen mindestens eine Person hauptberuflich tätig ist. Da zeigt es sich nämlich, daß von den Hausgewerbebetreibern waren

Table with 2 columns: Jahr, Hauptbetriebe, Nebenbetriebe. Rows for 1882, 1895, 1907.

Hier zeigt es sich also, daß die Hauptbetriebe auch bei der letzten Zählung noch zurückgegangen sind, während die Nebenbetriebe, in denen alle nur nebenberuflich tätigen Personen beschäftigt sind, allerdings so stark zugenommen haben, daß sie diesen Rückgang wieder wettgemacht haben. Und die bei der Berufszählung gemachten Angaben über den Charakter der Erwerbstätigkeit der einzelnen Personen als haupt- oder nebenberuflich zeigt dieselbe Tendenz. Es hängt dies mit der Entwicklung des Hausgewerbes aus einer seinen Stamm nährenden blühenden Industrie in die kärglich bezahlte Heimarbeit für fremde Unternehmer zusammen. Gleichzeitig damit tritt eine Veränderung in der Personenzusammensetzung ein. Die Männer wenden sich immer mehr der lohnenden Fabrikarbeit zu, während die durch ihre Hauswirtschaft und die Kinder an das Haus gefesselten Frauen der Heimindustrie zufließen. Von 100 im Hausgewerbe hauptberuflich beschäftigten Personen waren

Table with 3 columns: Jahr, männlich, weiblich. Rows for 1882, 1895, 1907.

Das Verhältnis hat sich also vollständig umgekehrt. Von Interesse ist auch die Frage, welche Bedeutung das Hausgewerbe für die Industrie überhaupt hat. Daß in Sachsen von je 100 in der Industrie beschäftigten männlichen und weiblichen Personen 10,8 resp. 20,1 auf das Hausgewerbe entfallen, wurde bereits oben erwähnt. In den einzelnen Industriezweigen ist dieser Anteil freilich sehr verschieden. So kamen in der Textilindustrie auf 100 überhaupt Beschäftigte 20,9 in der Hausindustrie Tätige, im Bekleidungs- und Schmiedewerke 6,6 und in der Industrie der Maschinen und Instrumente 8,9. Am geringsten war der Anteil in der Industrie der Steine und Erden und im polygraphischen Gewerbe mit je 0,8.

Das Hausgewerbe ist der Kleinbetrieb par excellence. Die Mehrzahl der Betriebe sind Kleinbetriebe und auch in den meisten Betriebsbetrieben sind nur die Familienangehörigen tätig. Wir haben oben gesehen, wie es kommt, daß trotz der mit Millionen schritten vorwärtsschreitenden wirtschaftlichen Konzentration sich diese technisch meist selbständige Betriebsart erhalten konnte, ja sogar gewisse Fortschritte zeigt. Sie stellt kein gesundes Glied, sondern gewissermaßen ein Abfallprodukt der kapitalistischen Entwicklung dar.

Aus der Frauenbewegung.

Franzosenverbräucher in der Landwirtschaft.

Deutschland hat seit 1895 aufgehört, ein Agrarstaat zu sein. Die im gleichen Jahre veranstaltete Berufszählung stellte fest, daß die Wehrzahl der ortsanwesenden Bevölkerung nicht mehr wie früher zur Veranschaulichung Landwirtschaft zählte, sondern zur Industrie.

Bei den erwerbstätigen Personen der Landwirtschaft war nun zwar seit 1882 kein Rückgang zu konstatieren, doch kam jetzt die Beschäftigungsziffer in der Industrie der in der Landwirtschaft bis auf jetzt etwa 100000 Personen gleich und umfaßte nahezu die Hälfte aller Erwerbstätigen. Gegenüber den Feststellungen von 1882 wurden in der Landwirtschaft im Jahre 1895 nur circa fünfzigtausend erwerbstätige Personen mehr gezählt.

Bei den Resultaten der Berufszählung von 1907 tritt das Zurückgehen der Landwirtschaft in Deutschland als Erwerbszweig noch mehr zutage. Von der ortsanwesenden Bevölkerung gehörten nun noch nicht einmal drei Fünftel der Landwirtschaft an und von den Erwerbstätigen nur noch etwas über ein Drittel.

Unter diesen aber hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen ganz erheblich zugenommen: die der Männer ist zurückgegangen von rund 5 702 000 im Jahre 1882 auf 5 284 000 im Jahre 1907. Weibliche Personen wurden dagegen gezählt 2 535 000 im Jahre 1882 und 4 599 000 im Jahre 1907.

Natürlich nehmen auch hier wie in allen anderen Berufsarten die Ziffern der unselbständigen Personen den größten Raum ein.

1882 gab es in der Landwirtschaft 2 1/4 Millionen Frauen und Mädchen in unselbständigen Stellungen, 1907 aber bereits 4 1/2 Millionen. Diese große Zunahme ist vor allen Dingen seit 1885 zu beobachten. Bis dahin wurden erst 2 400 000 unselbständige weibliche Erwerbstätige gezählt.

Die für 1907 festgestellte höhere Zahl ist nun nicht allein eine Folge der stärkeren Heranziehung von Frauen zur Erwerbsarbeit. Es ist vielmehr, und zwar mit Erfolg, versucht worden, die Frauenarbeit in der Landwirtschaft besser festzustellen.

Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb kann die Mittelfrucht weiblicher Familienangehöriger nicht entbehren. Bei dem unmittelbaren Zusammenhange des landwirtschaftlichen Betriebes und der Hauswirtschaft, der namentlich bei den Arbeiten besteht, die von Frauen verrichtet werden, ist schwer festzustellen, wo die hauswirtschaftliche Beschäftigung aufhört und die Erwerbsarbeit anfängt. Den Familienangehörigen mag dies selbst nicht immer klar sein. Es ist deshalb anzunehmen, daß es auch der letzten Berufszählung nicht gelungen ist, die Arbeit der weiblichen Familienangehörigen in der Landwirtschaft, als werterzeugende und nicht nur werterhaltende Tätigkeit, im vollen Umfange festzustellen. Immerhin ist das Streben, dies nach Möglichkeit zu tun, als ein erfreulicher Fortschritt zu bezeichnen.

Leider läßt sich nicht beweisen, in welchem Maße die erhöhte Ziffer auf bloß formale Ursachen zurückzuführen ist. Denn daß

auch in diesem Erwerbszweige die wirtschaftliche Lage zum großen Teil weibliche Familienangehörige veranlaßt hat, mehr, als dies früher der Fall war, in der Landwirtschaft produktiv tätig zu sein, steht wohl außer allem Zweifel. Die Zoll- und Steuerpolitik unserer Regierung schafft wohl dem Großgrundbesitz Vorteile, erschwert aber dem ländlichen Kleinbetrieb die Lebensbedingungen. Deshalb müssen eben auch hier jetzt Frauen und Töchter in der Produktion mitarbeiten, die sich früher auf die Beforgung des Haushaltes beschränken konnten.

Wichtige Gründe für die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit in der Landwirtschaft bilden aber auch die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande. Diese veranlassen landwirtschaftliche Arbeiter in großer Zahl, ihre bisherige Tätigkeit aufzugeben und Beschäftigung in den Städten zu suchen.

Allerdings verlassen auch ländliche Arbeiterinnen ihre Stellungen und nehmen Beschäftigung in den Industriezentren als Dienstmädchen oder Fabrikarbeiterinnen — auf dem bürgerlichen Frauenkongreß wurde über dieses Abwandern lebhaftes Gespräch geführt —, die Zahl der weiblichen Personen bleibt aber erheblich hinter der der Männer zurück. Von den Familienangehörigen wird ihnen in der Regel größere Bewegungsfreiheit gelassen, als den Mädchen zugestanden wird. Auch kommen eine erhebliche Anzahl Männer als Rekruten in die Städte, wo sie dann auch nach ihrer Militärzeit bleiben. An die freigewordenen Plätze rücken weibliche Personen. Durch die Anwendung von Maschinen, die jetzt auch mehr und mehr selbst in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben benutzt werden, kann man auch dort jetzt schon zum Teil auf die Körperkräfte der Männer verzichten.

Damit soll nicht gesagt sein, daß Frauen und Mädchen nur zu leichten Arbeiten herangezogen werden. Gerade in der Landwirtschaft werden an die Arbeitskräfte größere Anforderungen gestellt. Dabei untersteht weder die Arbeitszeit noch die Art der Beschäftigung irgendeiner Kontrolle. Schullos sind die Arbeiterinnen hier dem mehr oder weniger großen Verstandnis der Besitzer, Inspektoren, Aufseher usw. für die Grenzen der Leistungsfähigkeit des weiblichen Organismus ausgesetzt.

Die für 1907 festgestellte große Zunahme der Zahl landwirtschaftlicher Arbeiterinnen drückt deshalb nicht nur deren Beschäftigung in größerem Umfange aus, sondern spricht auch davon, daß immer mehr weibliche Personen den gesundheitlichen Schädigungen der schweren ländlichen lang andauernden Arbeit ausgesetzt sind. Daß hierdurch die Regierung veranlaßt werden könnte, die Arbeiterbeschäftigung auch auf die Betriebe der Landwirtschaft auszudehnen, glauben wir allerdings nicht. Noch aber ist die politische Vertretung der Arbeiterschaft nicht so stark, um diese Ausdehnung zu erzwingen.

Vielleicht aber gelingt es, auch in die Reihen der ländlichen Arbeiterinnen den Organisationsgedanken zu tragen, um zu erreichen, daß auch in der Landwirtschaft der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen durch die Selbsthilfe der organisierten Arbeiterschaft ein gewisses Halt geboten wird.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 29. 5., seit 28. 5., and Wasserstand, am 29. 5., seit 28. 5. Lists various locations like Remel, Müst, Regal, Ankerburg, etc.

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel. — *) Um 80. um 8 Uhr morgens 200 cm.

Das starke Festhalten an einer Gewohnheit hat mancher Frau einen Streich gespielt. Spät erst lernte sie einsehen, daß sie die Vorteile des „Kornfranck“ schon früher hätte wahrnehmen können.

Es gibt nur einen „Kornfranck“!

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

16. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. Mai 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

88 305 20 77 550 [500] 688 734 71 78 1075 90 121 218 [1000] 28 437 80 552 68 73 [1000] 793 888 904 [1000] 2118 444 667 [3000] 710 902 78 3184 282 469 91 533 648 80 86 742 874 88 4085 [500] 137 228 600 [500] 479 897 832 740 83 887 904 82 8109 37 [1000] 71 214 386 440 [1000] 809 649 788 980 6254 93 99 844 62 613 89 82 7359 89 404 32 91 790 808 19 24 8056 98 105 271 323 75 552 602 815 977 9072 89 387 862 68 879

10059 227 401 75 559 890 780 84 628 11063 293 490 696 639 77 714 88 815 72 919 61 [1000] 12189 [1000] 98 334 98 474 638 900 13129 48 98 274 94 483 91 508 19 25 27 874 964 14023 25 70 152 227 95 826 84 448 870 72 784 [3000] 840 15083 103 223 68 817 445 59 783 849 928 99 16080 176 474 [500] 658 900 [500] 17655 624 739 896 18065 77 229 438 65 85 585 840 816 76 90 956 19015 104 281 [3000] 97 804 92 462 548 650 74 847 94 975

20013 42 213 457 [500] 97 645 887 968 21207 98 483 518 698 724 859 22020 89 308 419 45 54 [500] 625 26 831 98 959 23038 102 410 568 642 856 921 48 24031 [500] 47 58 286 338 91 852 25093 156 596 606 738 924 26097 181 254 428 [500] 514 500 28 820 89 717 27006 17 47 49 325 356 86 492 [500] 97 878 605 615 96 28025 [1000] 171 243 331 480 [500] 98 98 541 63 803 929 67 98 29028 39 87 149 [3000] 90 283 99 831 33 459 807 78 899 735 94 841 950

30140 200 304 522 764 90 [500] 98 804 30 79 31063 185 347 94 818 32037 [3000] 80 111 32 73 298 303 485 634 658 [500] 714 63 998 33016 137 89 220 20 [500] 311 30 81 609 26 808 87 999 [1000] 34095 207 39 64 305 [1000] 20 877 841 951 79 35012 170 817 30 32 806 91 814 933 89 37087 [3000] 195 85 212 459 97 807 751 818 [500] 70 987 38095 175 410 47 39144 49 237 83 84 95 85 911 53 698 771 848 59 95 40065 73 89 135 89 319 84 817 57 61 687 906 41021 159 344 439 646 788 880 42171 277 410 [3000] 671 867 913 31 43086 166 76 284 380 44017 170 373 439 894 901 41 45014 92 293 354 640 [500] 43 90 [500] 48505 775 898 887 47027 40 142 358 69 [500] 89 834 [500] 84 95 834 845 48108 620 [1000] 628 73 723 71 81 841 34 49001 19 [3000] 26 31 71 77 [500] 426 95 614 39

50135 50 349 67 638 707 51056 90 182 [1000] 216 731 989 52024 239 91 688 634 [500] 753 63 833 53080 277 405 55 83 649 714 19 34 78 80 54017 42 61 149 482 565 659 72 79 [1000] 738 65 83 [800] 55001 183 278 [500] 328 [500] 564 728 [1000] 56093 145 678 629 851 79 771 97 815 941 57130 297 362 696 809 18 903 76 58317 [1000] 77 83 621 773 89 294 [500] 61 904 59041 [500] 71 107 82 392 470 602 20 84 787 805 61 6043 63 190 252 81 [500] 91 434 612 700 888 83 [3000] 985 86 [1000] 62131 68 75 361 537 626 771 [1000] 898 919 63188 405 803 812 71 731 78 500 11 [500] 84907 20 72 102 22 230 43 60 623 634 39 54 [500] 70 787 93 860 989 65016 99 139 86 262 78 78 318 61 58 616 [3000] 919 80 51 68180 332 [500] 75 [500] 649 [3000] 651 736 65 818 67084 [500] 180 611 657 640 68300 684 37 734 69298 664 [500] 785

70059 214 321 [500] 694 653 814 29 71099 268 815 414 19 35 502 45 84 85 650 95 835 90 923 57 92 72179 [500] 84 [500] 220 39 434 703 24 989 73367 [3000] 419 98 609 793 844 908 74049 138 77 432 [3000] 733 [1000] 28 75075 77 [500] 284 445 541 68 623 32 822 942 52 78196 [1000] 200 20 387 698 617 68 [500] 77 814 77019 187 302 83 [500] 402 6 10 40 784 97 78031 240 498 647 732 58 821 79002 23 181 261 379 436 [500] 65 688

80099 85 512 610 47 773 81 800 886 81135 227 830 433 898 752 938 82039 370 483 86 740 84 83073 [3000] 90 118 97 359 321 [1000] 98 428 85 806 84077 287 390 [500] 602 23 86 780 52 642 916 85146 269 815 486 523 502 83 770 928 86086 146 200 7 82 39 833 81 401 82 808 65 678 798 953 87146 248 807 812

21. 27 44 56 629 71 713 88 851 88023 82 [1000] 49

221 818 443 84 511 [500] 25 863 98 809 89004 158 245 89 377 87 407 94 [500] 763 843 945

90174 85 233 340 449 [1000] 74 538 61108 [3000] 475 [500] 87 577 620 57 95 92080 300 41 439 640 805 984 83033 117 18 258 307 809 988 94109 259 68 857 680 709 88 95059 114 258 315 30 98 990 853 96118 30 68 401 [500] 47 584 889 915 59 97010 82 260 895 510 89 98 98062 179 [1000] 269 404 648 713 98163 253 85 393 541 752 97 861 928 69

100012 28 [1000] 14 [1000] 258 390 683 829 72 101567 680 720 993 102080 94 160 232 301 18 409 599 663 759 862 991 103078 126 [1000] 95 233 459 681 863 104171 708 80 903 99 [1000] 105014 [500] 87 121 64 77 251 75 564 60 931 47 [8000] 71 106316 892 910 12 63 107005 27 94 993 423 31 615 744 884 108025 123 324 409 28 72 856 784 85 849 937 87 108154 300 67 94 469 [500] 673

110008 58 [500] 133 247 413 72 645 [3000] 788 80 111030 48 [500] 184 215 649 707 [500] 899 112084 85 147 256 411 638 610 [500] 830 113055 101 240 380 419 27 49 808 [500] 17 983 84 114313 24 681 [500] 804 896 93 759 75 896 115206 373 408 52 691 116272 408 517 41 631 735 39 117004 79 141 61 244 389 [500] 883 743 92 908 16 118074 296 348 483 84 735 899 118322 402 [3000] 614 [3000] 732 63 836 [1000] 91 910 88

120037 91 290 333 505 25 627 121134 88 313 642 654 89 713 43 906 [500] 122038 43 [500] 88 73 109 39 89 [500] 468 603 97 758 61 80 874 945 123188 577 716 824 919 124087 174 282 349 424 640 82 791 125047 [500] 333 759 688 998 126146 350 [500] 127099 210 [500] 21 316 36 83 802 49 128093 181 248 469 97 903 44 60 71 639 886 [500] 985 129005 76 143 63 343 633 60 787 942 88

130175 210 30 524 799 894 131296 400 83 841 668 31 132000 247 57 415 34 61 631 640 42 61 700 44 831 635 133190 30 308 338 53 662 98 [3000] 808 45 134140 647 683 84 738 77 825 858 135114 20 70 309 [3000] 459 649 80 808 136070 168 69 273 322 447 588 634 50 78 83 [3000] 840 78 904 66 84 137085 204 80 82 444 588 809 38 138312 78 92 333 778 840 73 [3000] 733 61 85 867 139099 78 125 326 91 487 845 859 943 94 142044 [3000] 221 [10000] 372 423 613 834 77 143019 [500] 86 235 45 431 653 57 872 74 144124 318 834 [500] 81 97 722 36 934 145147 431 83 680 732 [3000] 82 857 92 937 45 146012 37 143 326 382 440 640 743 147210 375 80 568 685 718 79 [3000] 880 928 148038 60 186 221 313 34 582 680 869 982 149091 254 59 439 80 619 47 70 626 40 832 150179 231 358 644 62 717 37 901 53 65 93 151095 195 256 414 558 70 773 823 152523 87 877 403 658 831 153031 231 45 366 76 95 431 33 876 96 805 26 739 829 88 964 [500] 154005 247 300 431 594 619 [1000] 709 42 78 866 98 [500] 998 [1000] 155011 191 98 200 22 82 304 [5000] 25 622 667 841 940 156023 24 28 41 88 [1000] 239 43 305 12 493 520 157236 91 437 768 906 54 158076 131 326 79 415 [500] 74 500 91 677 708 7 17 901 [3000] 68 159300 88 687 704 816

160157 342 470 571 809 [500] 763 75 95 813 161197 [3000] 279 405 547 85 95 [3000] 688 74 784 89 98 984 83 162135 220 [500] 22 395 624 606 781 173319 647 [500] 81 694 998 997 174038 54 147 90 447 551 775 94 175210 464 83 608 520 94 [1000] 74 176154 898 98 [500] 485 69 801 621 608 14 41 701 812 [500] 647 69 177007 770 686 91 610 813 19 32 80 [1000] 178300 102 71 418 822 32 785 95 88 179099 24 68 69 252 317 741 48 58 88

180304 [500] 23 38 55 433 545 640 773 842 [1000] 181077 132 [3000] 33 287 444 588 649 763 81 878 182094 [1000] 512 781 812 71 183102 30 [500] 60 242 [1000] 414 830 804 84 924 184140 218 391 443 49 800 [500] 671 77 839 42 185083 91 190 330 [500] 72 609 806 929 94 186069 159 330 725 [1000] 81 851 [500] 988 187086 300 59 431 68 64 649 812 982 90 188055 [500] 85 143 306 [500] 415 22 537 825 77 848 995 96 [3000] 189040 117 84 [1000] 641 645 [1000]

Im Gewinnrade verbleiben: 1 Prämien zu 200000 M., 2 Gewinne zu 200000, 2 zu 100000, 4 zu 50000, 2 zu 20000, 8 zu 15000, 22 zu 10000, 54 zu 5000, 679 zu 3000, 279 zu 1000, 1898 zu 500 M.

16. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. Mai 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

140 334 34 838 [500] 46 [500] 978 1079 166 280 98 499 536 663 721 24 39 645 2128 67 92 [1000] 278 872 923 63 3021 50 122 35 72 233 [1000] 816 415 522 54 71 [3000] 637 710 951 80 95 4331 493 608 707 806 71 995 5213 25 342 499 621 869 6011 28 81 202 40 328 547 608 879 7334 400 815 8114 251 319 404 42 833 897 80 775 823 63 916 54 87 9163 77 217 95 316 82 635 85 88 745

10109 38 56 407 83 64 630 11047 [500] 150 [1000] 55 412 561 616 787 642 76 12009 480 81 588 751 11317 249 79 897 490 676 614 31 932 [500] 14120 201 [500] 13 327 28 41 [500] 64 470 540 43 631 84 739 907 15092 166 29 23 258 388 [500] 875 715 951 16003 81 69 [1000] 381 [3000] 903 9 707 842 990 17048 92 366 [500] 96 472 896 702 915 18066 [3000] 99 91 115 33 499 666 773 848 985 18187 276 425 60 818 77 926 28

20132 205 62 67 357 80 803 610 836 74 21086 120 [500] 308 37 [1000] 54 475 61 646 47 808 22039 63 117 414 43 634 754 983 89 23210 58 433 527 [500] 76 825 922 31 20 24080 107 489 86 517 31 [500] 610 779 808 902 22 91 25177 83 237 352 [1000] 623 [3000] 768 75 63 26149 831 80 [1000] 490 875 85 27134 78 370 424 663 817 28114 283 459 642 718 909 29116 34 248 303 18 36 656 63 834 930 58 30601 176 297 309 627 59 71 72 78 766 86 939 37 31045 109 857 809 611 32200 81 332 99 492 [3000] 500 622 782 33144 434 659 83 798 821 85 [5000] 909 97 [1000] 34090 378 97 431 79 685 778 942 45 35092 117 64 67 385 557 869 36146 808 477 624 800 37228 40 76 79 860 831 38042 119 225 68 77 [500] 312 63 411 762 853 39184 70 224 423 766 806 917

40154 205 409 724 46 970 41063 67 153 302 50 592 720 838 936 42072 92 229 346 66 88 723 [3000] 49 75 828 43086 181 252 83 332 422 [1000] 838 618 949 44121 36 [1000] 528 42 [500] 54 706 62 69 97 936 45013 93 258 404 62 [500] [1000] 47 [1000] 649 735 41 922 48035 64 218 [500] 60 53 308 [500] 89 60 739 827 47118 20 71 220 55 308 48 410 60 540 89 833 62 [500] 776 936 60 62 78 40350 148 487 742 823 905 36 40114 68 4 328 88 669 844 909 55 83 50023 65 292 413 98 564 [500] 94 [500]

Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-5-6
gegenüber der Breite Straße

Für jede
Grösse
passende

Anzüge

zu den

**SERIEN-
PREISEN**

Mark

21	25
28	32
36	42
48	54
60	68

Nur eigenes Fabrikat,
daher höchste
Leistungsfähigkeit

Sonntags nur von 8-10 Uhr geöffnet

Fleischerstreik in Neukölln.

Folgende Fleischermeister haben die Forderungen der Ge-
fellen anerkannt und den Tarifvertrag unterzeichnet:

Welterstr. 12, R. Träder
Welterstr. 43, Wöhner
Berliner Str. 28, P. Zeltsohler
Bergstr. 39, A. Baum
Bergstr. 84, D. Schulz
Boddstr. 26, D. Dörr
Boddstr. 49, J. Baul
Bärnerstr. 5, B. Ränger
Canner Str. 51, R. Bauerberger
Donaustr. 7, R. Falkner
Donaustr. 15, G. Stubin
Emser Str. 12, W. Bauer
Emser Str. 21, D. Schmidt
Emser Str. 26, J. Oriz
Emser Str. 40, Gleich
Emser Str. 76, A. Kroß
Emser Str. 111, A. Stof
Eisenstr. 74, G. Amling
Friedelstr. 46, D. Welland
Friedelstr. 51, D. Verhoff
Haller Str. 20, R. Schmidt
Haller Str. 20, R. Kiehl
Haller Str. 118, D. Burch
Herzstr. 23, G. Schilde
Herzstr. 21, B. Krüger
Hohreithstr. 19, B. Rademacher
Hohreithstr. 38, D. Sellert
Hohreithstr. 42, R. Reichmann
Hermannstr. 46, B. Kiehl
Hermannstr. 114, Erste Neuköllner
Engros-Schlächterei
Hermannstr. 109, D. Berthe
Hermannstr. 210, Neuköllner Fleisch-
zentrale
Delbberger Str. 80, A. Holland
Nägerstr. 7, G. Seidel
Nägerstr. 59, P. Knapf
Nägerstr. 45, B. Wüde
Nobann-Qua-Str. 3, H. Kuboll
Nobannstraße (Neue) 29, G. Färber
Rathstr. 2, B. Kiehl
Rathstr. Damm 12, F. Klein
Rathstr. 41, P. Barthel
Rathstr. 68/69, R. Tzsch
Rathstr. 117, W. Hennig
Rathstr. 150, D. Loole
Rathstr.-Friedrich-Str. 7, J. Holz
Rathstr.-Friedrich-Str. 22, G. Behrend
Rathstr.-Friedrich-Str. 76, S. Dörr
Rathstr.-Friedrich-Str. 245, J. Kaminski
Reffingstr. 24, C. Steiner
Reffingstr. 9, J. Albrecht
Reinecke 2, A. Uchmann
Reinecke 8, R. Lindner
Rogatzstr. 23, G. Krause
Rogatzstr. 31, R. Kauer
Rogatzstr. 40, D. König
Rahlower Str. 3, B. Rahn
Rahlower Str. 14/16, R. Blumlein
Rahlower Str. 8, D. Schlenker
Rahlower Str. 12, A. Brager
Rahlower Str. 45, C. Ulfert
Rahlower Str. 8, A. Bergfeld
Rahlower Str. 12, G. Schmiebel
Rahlower Str. 34, R. Kapulla
Rahlower Str. 37, D. Friedel
Richardstr. 31/32, R. Andemann
Richardstr. 61, D. Schönbraun
Reuterstr. 66, D. Beierlich
Reuterstr. 1, W. Fischer
Reuterstr. 28, A. Müller
Reuterstr. 35, J. Rosowicz
Reuterstr. 42/44, G. Golle
Reuterstr. 28, F. Kise
Reuterstr. 110, P. Schmel
Reuterstr. 36, C. Flehming (Barth-
fabrik)
Reuterstr. 13, C. Schlicht
Reuterstr. 12, C. Knebel
Reuterstr. 110, A. Szeghölz
Reuterstr. 7, B. Friedmann
Reuterstr. 58, G. Solt
Reuterstr. 70, R. Gerlach
Reuterstr. 78, Th. Bahnte
Reuterstr. 49, F. Schmidt
Reuterstr. 57, Rob. Krndt
Reuterstr. 64, C. Kowoltsch
Reuterstr. 4, D. Burch
Reuterstr. 8, A. Kitzsch
Reuterstr. 24, P. Bonnerberger
Reuterstr. 30, G. Knappe
Reuterstr. 51, F. Schilde
Reuterstr. 44, H. Winter
Reuterstr. 168, W. Reier
Reuterstr. 1, G. Kiehl
Reuterstr. 54, B. Korte
Reuterstr. 13, D. Rauschfeld
Reuterstr. 23, R. Kaller
Reuterstr. 41, D. Hochmann
Reuterstr. 51, G. Fischer

Aus der Liste der beteiligten Fleischermeister sind wegen Tarifbruch
gestrichen: A. Reiffand, Berliner Str. 23, derselbe versichert, wie er erklärt,
auf die Kundenschaft, die nach dem Tarif fragt.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und
Umgebung und die Zentralleitung des Verbandes sozialdemo-
kratischer Wahlvereine haben ihre Zustimmung zur Verhängung des
Boykotts gegen solche Fleischermeister gegeben, welche die Forderungen der
Gefellen nicht anerkennen.

Arbeiter! Mitbürger! Hausfrauen! Unterstützt daher die um eine ge-
regelte Arbeitsszeit streikenden Fleischergefallen. Kauft keine Fleisch- und
Wurstwaren nur da, wo der Tarifvertrag unterschrieben anerkannt ist.
29/16

Die Streikleitung. Berlin, Elisabethstr. 11.
Telephon: Amt Köpenick Nr. 8024.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Palotots,
Ulster etc. Mtr. 4.-, 5.-, 6.- M.
Damen - Kostüme, Damenuche
Neuheiten Mtr. 2.-, 3.-, 4.- M.
Loden f. Polerinen Mtr. 1.50, 2.50 M.
Schnneidermeister, welche unsere
Stoffe tadellos verarbeiten, weisen
wir nach Arbeitslohn nebst Zu-
taten ca. 20 bis 30 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Kautabak

Nur echt,

wenn jedes
Röllchen neben-
stehenden Zettel
enthält

Haupt-
niederlage:

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engelauer 5.
Tabak-Großhdlg. Amt Moritapf. 8014.

G. A. Hanewacker

Nordhausen.

Schutzmarke.

Für 10 Pfennig
3 Teller guter Suppe!

Das erhalten Sie nur mit

Knorr's Suppenwürfel.



Blendax

macht's Scheuern sehr bequem
Und det is mir recht anjenehm

Pakete zu 10 u. 20 Pfg
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66
Rübe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Niedrig) am Ringbahn.
Beste billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Zähne 1.50 M. 10 Jahre Garantie.
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

Kunststofferei Große Frankfurter-
straße 67. 23995*

Partei-Angelegenheiten.

Strausberg. Am Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rose, Wriezener Straße, ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kasse. 2. Kommunales. 3. Bericht aus der Sitzung des Vorstandes mit den Redatoren. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Bezirk Weidmannslust und Umgegend. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Virekener der im Gesellschaftshaus, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Anträge zu dem Statutenentwurf des Kreises. 2. Festsetzung des diesjährigen Sommerfestes. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Auf dem Wasser.

Nun haben nicht mehr die Schlepddampfer und die Rastfähne allein das Privilegium, die Wasserstraßen der Riesenstadt und ihrer näheren Umgebung zu beleben. Ruder- und Segelboote tummeln sich bereits seit Wochen auf der wald- und schilfumstandenen Flut. Auch die Personendampfer ziehen ihre flatternden Rauchföhnen wieder stromaufwärts und stromabwärts. Das junge Grün der Uferbirken dunkelt bereits nach. Nur der Waischuh der Nadelhölzer leuchtet mit seinem kräftigen Goldgrün aus braunem Rutengewirr hervor. Die pflanzliche Triebkraft in der Natur hat bereits eine gewisse Fülle erreicht: der Frühling will sich zum Sommer wandeln.

Das Bild der einzelnen Tageszeiten auf dem Wasser ist nicht immer das gleiche. Wer mit einem der Personendampfer wochentags habelentlang fährt, kann das gut beobachten. Vormittags dominieren die Schulklassen, die unter Führung eines Lehrers oder einer Lehrerin einen Ausflug machen. Nicht leicht ist es, die halbflügge Gesellschaft zusammenzuhalten. Das schnattert, lacht, lärmt und schäkert laut durcheinander. Wieder werden gesungen, Butterbrote werden verzehrt und Bonbons werden genascht. Bald ist am vorderen, bald am hinteren Ende des Schiffes eine große Wertwürdigkeit zu sehen, dann strömt die ganze Schar dorthin, um zu staunen. Und wenn sie, am Endziel angekommen, den Dampfer verlassen haben, dann herrscht eine friedhofsähnliche Ruhe auf dem sanft gleitenden Gefährt, die nur durch das Hauden und Stampfen der Maschine taftmäßig unterbrochen wird.

In den frühen Nachmittagsstunden bietet das Dampferdeck wieder ein anderes Bild. Die Plätze sind nur mäßig besetzt, die Passagiere aber um so gewichtiger. Jetzt fahren bledere Rentner und aufgedommerte Mittelstandsdamen nach irgendeinem idyllisch gelegenen Gartenlokal, um daselbst zum mitgebrachten Kuchen ihren Kaffee zu schlürfen. Manche wollen auch auf dem Dampfer ihren Fleiß zur Schau tragen: sie häkeln an irgendeiner Epizentante. Diese Tätigkeit will zu den ringgeschmückten Fingern gar nicht recht passen; aber sie läßt die echten Steine in der blinkenden Sonne aufblitzen. Und darum schon ist's gut. Die Jungen stehen natürlich auch nicht still. Es gibt ja so vieles von den lieben Nachbarn zu erzählen. Und auch die Herren Rentiers nehmen mitunter die Zigarre aus dem Mundwinkel und verzehren das Gesicht in grinsende Falten: Sie tuscheln einander den neuesten Witz in die Ohren, — einen von der Sorte, die man nicht laut erzählen kann.

Und wieder ein anderes Bild bieten die Abendstunden kurz vor Sonnenuntergang auf den leicht gekräuselten Wasserfläche dahingleitenden Dampfern. Je näher man den Schloten und Türmen Spandau kommt, desto „gemischter“ wird die Gesellschaft. In Werblusen und Arbeitsanzügen kommen sie an Bord. Müde und abgearbeitet schauen sie auf die vorübergehenden Bilder des Ufergeländes. Die schwersten Stunden rastloser Tätigkeit haben ihre Sinne stumpf gemacht. Nur selten wirft einer dem anderen ein kurzes Wort zu. Jeder hat mit sich zu tun. Jeder ist froh, daß er die müden Glieder strecken kann, daß er sich ausruhen darf.

Eine eigentümliche Stille brütet auf dem Schiff. Auch die Koffeausflügler sind stumm geworden. Sie haben sich eng aneinander auf ein paar Bänken des Hinterschiffes konzentriert. So bilden sie eine Gemeinschaft für sich. Der Dampfer fährt nur noch mit Halbdampf. Das Hauden seiner Maschine ist zu einem leichten Stöhnen geworden. Die untergehende Sonne übergoldet noch einmal Schote und Türme und Masten. Und ein tiefes Leuchten liegt über dem Wasser, das hellwärts in goldigen Perlen aufsteigt und leise glucksend an die Schiffswände schlägt.

Billige Volkskonzerte.

Freunde guter Musik werden die Volkskonzerte begrüßen, die vom Philharmonischen Orchester in den größten Sälen Berlins für ein billiges Eintrittsgeld veranstaltet werden. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf. Das wurde nur möglich, weil die Stadt Berlin dem Orchester eine größere Subvention gewährt.

Die ersten Konzerte finden bereits am morgigen Sonnabend, den 1. Juni, und am nächsten Mittwoch, den 5. Juni, statt, erstes im Friedrichshain, letzteres in der Berliner Volksbühne. Zur Aufführung gelangt u. a.: am 1. Juni: Ouvertüre zu „Tannhäuser“ von R. Wagner, Ungarische Rhapsodie von Liszt und Sinfonie Nr. 5 C-moll von Beethoven; am 5. Juni: Ouvertüre „Leonore III.“ von Beethoven, Largo aus dem Marietten-Quintett von Mozart. Einzug der Götter in Walhalla aus „Rheingold“ von R. Wagner. Eintrittskarten zu diesen Konzerten sind im Zimmer 13 der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, zu haben; außerdem für das Konzert im Friedrichshain im Bureau des vierten Kreises, Stralauer Platz 1/2, für das Konzert in der Volksbühne in der Zeitungspedition von Gustav Schmidt, Archibachstr. 14. Der Anfang der Konzerte ist auf 7 1/2 Uhr festgesetzt. Die Kasse wird um 6 1/2 Uhr geöffnet und werden dort die vorher nicht verkauften Karten noch ausgegeben. Wichtig ist aber, daß jeder Besucher sich vorher mit Karten beschäftigt. Der Besuch der Konzerte kann nur besten empfohlen werden. Der Ruf des Philharmonischen Orchesters bürgt für einen genugsamen Abend.

Der Konzertplan für den Monat Juni ist folgender: Am 1. und 19. in der Brauerei Friedrichshain, am 5. und 22. in der Berliner Volksbühne, am 8. und 26. in der Brauerei Königsstadt, am 12. und 29. in den Konfordia-Festhallen, am 15. in den Germania-Prachtzälen.

Wie verschafft man der minderbemittelten Bevölkerung die billigste und zweckmäßigste Wohngelegenheit? Welch inhaltsschwere Frage. Sie wurde in der Form eines Wettbewerbes gestellt. Der Verband zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Realkredits will sie lösen helfen. Da stoß ich schon. Seit wann beraten die Wölfe, wie man den Lämmern eine möglichst bequeme und zuträgliche Herberge schafft? Sollte sich der Schutzverband des Bodenkapitals, und der Hypothekenbanken, hinter denen Milliarden stehen, nicht geirrt haben, und sollte das Preisanschreiben nicht etwa lauten: Wie schöpft man aus der minderbemittelten Bevölkerung möglichst viel Meiste, und wie macht man es, daß die Ausgeschöpften das nicht merken? Die Herren vom Bodenkapital möchten gewiß sein; sie merken, daß wieder einmal, bestiger als sonst, die Leute über das Wohnungselend der Großstadt nachdenken; sie hören eine zornige Propaganda gegen die Ausplünderung der Mieter, und so kam ihnen die Erleuchtung, reformatorische Absichten zu gewinnen. Man muß den Leuten zeigen, daß man selber den Fortschritt will, und das ist doppelt nötig, wenn die Leute ungefähr auf dem richtigen Wege sind. Die Rußobjekte der Meist-lasernen lernen langsam begreifen, daß dieser zinsmellende Apparat der Hinterhäuser und Hofwohnungen überwindbar und ausrotbar ist. Die Erkenntnis breitet sich aus, daß es noch andere Wohnformen gibt als die, unter denen heute jeder Mieter zu einem Träger unnatürlicher Belastung wird. Und eben darum, weil das Volk nicht davor steht, sich aus dem Wohnungselend selber einen Ausweg zu schlagen, kommen die Arguten des Bodenkapitals und lächeln: wir sind es, die euch helfen wollen. Seht, wir machen für euch einen Wettbewerb, wir ringen mit Fleiß und Schweiß um das Problem: Wie verschafft man der minderbemittelten Bevölkerung die billigste und zweckmäßigste Wohngelegenheit. Nur schade, daß wenige so naiv sein werden, hinter diesen Wettbewerb nicht die Reimuten zu wittern. Und wenn man die Füllenteller nicht ahnte, so genügt ein Blick auf die Herren Preisrichter. Da sitzen im schönsten Kranze bei einander die bekanntesten Vertreter der Mietlasterne und der Bodenausschlachtung. Die zwei, drei Architekten, die man gütigst hinzugelassen hat, können wirklich nur als Dekorationsgegenstände gemietet werden; den Herren vom Schutzverband wird es schon gelingen, die Idealisten zu überstimmen. Oder glaubt etwa jemand, daß Herr Haberland, der Besitzer des Berliner Westens, oder Herr Eichmann, der Herr von Berlin N., einen Vorschlag preiskrönen werden, der auch nur um einen Pfennig den Profit erhöht. Es ist wirklich nicht sehr erbaulich, ideale Forderungen und Lebensprobleme der Volksgesundheit so zu mißbrauchen. Die Befinnung dieser Schutzverbände gibt niemals Gewähr dafür, daß auch nur der geringste Fortschritt im Wohnungswesen der Massen zugelassen wird. Für den, der diese Befinnung noch nicht kennt, seien einige Zitate gegeben aus den Redereien und Schreibern, die seitens der besorgten Wettbewerber und ihrer Freunde gelegentlich des zweiten Hausbesitzerkongresses vom Stapel gingen. Man höre und staune:

„Es kann eine Wohnung überfüllt sein, in der das belagerte Zimmer nur mit zwei oder drei Personen belegt wird, und es kann eine andere auch im Hinblick auf den notwendigen Luftstrom nicht überfüllt sein, wenn sieben bis acht Personen darin leben, und auch die sittlichen Bedenken, die man gegen das Zusammenleben einer größeren Zahl von Personen in einem Raume geltend macht, können unter Umständen durch zweckmäßige Vorkehrungen wesentlich gemildert sein.“

„Der Verband stellt sich mit aller Energie auf den Boden des Privateigentums und der Privatwirtschaft, werde also alle Bestrebungen, die in klarer oder in verkappter Weise sozialistische Ziele darstellen, bekämpfen. Aufklärung werde er schaffen, die notwendig sei, da die Gegner in nicht zu verkennender Mäßigkeit den gesunden Sinn, eine klare, verantwortliche Denkweise der unproduktiven, nicht unmittelbar am Besitz interessierten Bevölkerungsgeschichten unnebeln hätten.“

„Vor allem wird insbesondere die Ausstellung für Haus- und Wohnungsbau ein umfassendes Bild geben von den Aufgaben, die der Hausbesitzer im Interesse der Mieter jahraus, jahrein erfüllt, oftmals, ohne seine Rechnung dabei zu finden.“

„Wir lehnen die Lehre ab, daß die Stadterweiterung aus einem Geschäft der privaten Spekulation zu einem Geschäft der öffentlichen Verwaltung gemacht werden müsse.“

„Wir sind die entschlossenen Feinde jeder Art von Sozialismus, welcher bei den meisten seiner Vertreter nichts anderes ist als eine Philosophie des Reibes.“

„Bravo, das heißt doch wenigstens ehrlich gesprochen. Nur: diese redlichen Dividendenjäger sollten nicht plötzlich die Maske eines humanen Wettbewerbes vorbinden. Die Architekten aber und alle Theoretiker, denen es wirklich darum zu tun ist, das Wohnungswesen des Volkes zu bessern, sie mögen ihre Ideen nicht verbergen an Leute, die nur ein Interesse haben können: das Feuer zu löschen, das ihnen die Coupons zu versengen droht.“

Die Motoren der Kraftdroschken. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „In letzter Zeit ist eine größere Zahl von Kraftdroschken mit übermäßig starken Motoren in Betrieb gestellt worden. Bei diesen Fahrzeugen ist der Anreiz zu vorrückschneidendem fahren besonders groß, auch sind nur besonders geschickte und mit dem Wagen vollständig vertraute Führer in der Lage, die Entwicklung von Rauch und Qualm im Stadtbetrieb zu verhitzen. Liebertreibungen der Motorstärke haben weiter den Nachteil, daß der Droschkenbetrieb unumgänglich verteuert wird. Ich bestimme deshalb auf Grund des § 2 Abs. 5 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1906, daß vom 1. Oktober d. J. ab Fahrzeuge, bei denen die nach der Steuerformel berechnete Regulierung der Maschinen oder Motoren 10 Pferdestärken übersteigert, nicht mehr als Droschken neu eingestuft werden dürfen. Die angeführten Ermittlungen haben ergeben, daß die angegebene Pferdestärkenzahl auch für den Berliner Ausflugsverkehr durchaus genügt.“

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik hält am 4. Juni im Berliner Rathaus seine erste große Tagung ab. Das Arbeitsprogramm für diese Tagung ist außerordentlich reichhaltig. Folgende Vorträge sind vorgesehen: Die kommunale Besteuerung der Gewerkschaften mit beschränkter Haftung (Dr. Sporleder, 1. Bürgermeister, Döberlshausen); die gelbe Fäulnis und die Sparfassen (Berichtsdirektor a. D. Weber, 2. Bürgermeister von Gollnow); die Kreisbank des Kreises Schwey (Landrat von Gollnow, Schwey); Fortschritte und Entwicklung in der kommunalen Elektrizitätsversorgung (W. Wunder, Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes, Erfurt); Fortschritte und Entwicklung in kommunalen Wasserwerken (Dipl.-Ing. H. Arndt, Direktor der städtischen Wasserwerke, Friedberg i. Hess.); Fortschritte und Entwicklung in der kommunalen Gasversorgung (Dr. W. Vortelsmann, Chemiker der Berliner städtischen Gaswerke); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Verkehrswesen (Dr.-Ing. Kayser, Direktor der städtischen Bahnen, Köln a. Rh.); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Feuerlöschwesen (Dipl.-Ing. Scholz, Branddirektor, Kachen); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Straßennetzen (Gemeinderat Sigloch, Stuttgart); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Begräbniswesen (Stadt-Dr. Dr. Schuffler, Chemnitz); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Krankenhaushaus- und Rettungswesen (Prof. Dr. Grober, Jena); Fortschritte und Entwicklung der kommunalen allgemeinen Städtehygiene (Prof. Dr. Dunbar, Direktor des staatlichen Hygienischen Instituts, Hamburg); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Abwasserwesen (Generalsekretär Erwin Stein, Friedland); Fortschritte

und Entwicklung der kommunalen Abwasserbeseitigung und Reinigung (Prof. Dr. Salomon, Geh. Medizinalrat, Berlin-Westend); Fortschritte und Entwicklung der kommunalen Wässerwertung (H. Tilmann, Technischer Magistratsrat, Vorsitzender des Technischen Betriebsamtes der Stadt Rüstch i. V.); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Schlachthauswesen (Dr. Heine, Direktor des städtischen Schlachthofes, Duisburg); Fortschritte und Entwicklung im kommunalen Heizungswesen (Prof. Dr. techn. N. Brabbe, Berlin).

Die Volkerversammlungen des deutschen Lehrervereins beschäftigten sich am Mittwochabend mit Schulfragen. Generalsekretär Leow sprach über die deutsche Volksschule, wie sie ist und wie sie sein sollte. Oberbürgermeister Dominikus-Schöneberg referierte über Schulfrage und Lehrer Lohn behandelte das Thema: Kind und Kino.

Das „Notbuch“ der Stadt Berlin.

die alljährlich neu erscheinende Zusammenstellung der in der Berliner Gemeindeverwaltung tätigen Personen, ist für das Jahr 1912 am Mitte April herausgegeben. Das dieses „amtlich vom Magistrat herausgegebene“ Nachschlagebuch niemals frei von Fehlern ist, weiß jeder, der es benutzen muß. Diesmal aber scheint es besonders reich an Irrtümern zu sein, obwohl die mit der Herausgabe betraute Verwaltungsstelle sich wahrlich Zeit genug gelassen hat, bis sie ihr Opus der Deffektivität vorlegte. Zwischen hat bereits das „Gemeindeblatt“ des Magistrats verschiedene Unrichtigkeiten des „Notbuchs“ berichtigt müssen, die im Rathaus selber den Benutzern (sogleich in den ersten Wochen aufgefallen waren. Es sind nicht etwa nur Änderungen, die erst nach der Drucklegung hinzugekommen waren, sondern auch wirkliche Fehler. Schließlich hat der Magistrat sich genötigt gesehen, durch das „Gemeindeblatt“ an alle in der Gemeindeverwaltung tätigen Personen die dringende Bitte zu richten, die etwa von ihnen entdeckten Fehler des „Notbuchs“ an die Geschäftsstelle des „Gemeindeblattes“ zu melden. In diesem Aufsatz sagt der Magistrat: Wenn auch die Eigenart einer Personalnachweisung an sich, ferner die sehr große Anzahl von Namen, Titeln, Ständesbezeichnungen und Wohnungen, sowie nicht zuletzt die bei einem Personalbestande von über 20000 Personen täglich eintretenden Veränderungen eine unbedingte Michtigkeit zur Unmöglichkeit machen, so muß doch nachdrücklich dahin gestrebt werden, daß die Unrichtigkeiten bis auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden.“ Gegen die „täglich eintretenden Veränderungen“ ist selbstverständlich kein Kraut gewachsen, aber es handelt sich, wie gesagt, nicht um die allein. Grobe Fehler, wie sie in früheren „Notbüchern“ vorkamen und auch in dem diesjährigen wieder zu finden sind, müßten unter allen Umständen zu vermeiden sein. Mit welchem Grad von Gewissenhaftigkeit übrigens die eingetretenen Änderungen verfolgt werden, dafür wollen wir ein Beispiel anführen. Obwohl das „Notbuch“ erst im April fertig wurde, fehlen in der Angabe über die Zusammenlegung der Waisen-Deputation noch die Namen der im Januar hineingewählten Stadterordneten. Der Wert einer so mangelhaften Personalnachweisung ist sehr fragwürdig.

Absperrungen wegen der Parade. Aus Anlaß der am 1. Juni dieses Jahres vormittags 9 Uhr auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von etwa 7 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt.

Nur den mit Passierscheinen versehenen Wagen und den Wagen mit Tribünenbesuchern ist das Befahren der Velle-Allianzstraße bis zum Steuerhaus gestattet; die anderen Wagen an der Schwob-luststraße auf das Feld ein.

Die Velle-Alliance- und Ansbachstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach dem Ein-marsch in die Stadt nicht befahren werden.

Mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (ungefähr 7 Uhr vormittags) bis zur Aufhebung der Absperrung wird der Betrieb der Straßenbahnlinien auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin dorthin führenden Straßen abgelenkt oder eingeschränkt. Ebenso erleidet mit Beginn des Einmarsches der Truppen (etwa von 10 1/2 Uhr vormittags ab) der Omnibusverkehr in diesen Straßen gewisse Beschränkungen.

Auf das Paradesfeld östlich der Tempelhofer Chaussee werden nur solche Equipagen zugelassen, deren Inhaber mit polizeilichen Passierscheinen versehen sind.

Markttenderei und Restaurationsbetrieb wird auf dem Tempelhofer Felde nicht geduldet. Das Aufstellen von Stühlen, Handwagen und ähnlichen Mitteln zum besseren Sehen ist nicht gestattet.

Sollte sich die Zeit des Beginnes der Parade ändern, so finden die vorstehend erwähnten Zeitangaben sinnentsprechende Änderung.

Für Führer von Fahrzeugen dürfte folgende polizeiliche Anordnung von Interesse sein: Nachdem der westliche Teil des Tempelhofer Feldes dem freien Verkehr entzogen worden ist, wird für die bevorstehende Frühjahrsparade eine Veränderung des Wagenverkehrs zu den Tribünen auf dem Paradesfeld erforderlich.

Die Anfahrt der Tribünenbesucher erfolgt in südlicher Richtung auf der Tempelhofer Chaussee von der Velle-Allianzstraße, der Lichterfelder-, Ansbach-, Eglauer- oder Dreibundstraße und der Kolonnenbrücke her und muß eine Stunde vor Paradenbeginn beendet sein; später ist Abweisung zu gewärtigen. Die Straßenzüge östlich der Velle-Allianzstraße bleiben gesperrt. Aus der Richtung Tempelhof wird keine Anfahrt zugelassen. Die Sperrung der Tempelhofer Chaussee in Richtung Berlin geschieht spätestens bei Beginn der Anfahrt zu den Tribünen, mindestens aber zwei Stunden vor Beginn der Parade.

Das Aussteigen erfolgt auf der Tempelhofer Chaussee in Tribünenhöhe, woraus sämtliche Wagen in Richtung Tempelhof weitergeführt würden. Die leeren Wagen fahren sodann durch Tempelhof zurück, während die wartenden Wagen auf dem hart an der Ringbahn auf dem Paradesfeld nach polizeilicher Weisung einzunehmenden Halteplätze, treffeitweise nach der Reihenfolge ihrer Anfahrt, aufgestellt werden.

Unterm Alexanderplatz regen sich tausend fleißige Hände, um die schwierige Bauausführung des Zweitagentunnels vorzubereiten. Eifrig wird namentlich auf der Südseite des Platzes gearbeitet, woselbst man einen Teil des Bahnteiles schon hat überdecken können. Demnächst wird die Treppenanlage in Angriff genommen werden, sobald die im Schalerverordnungs noch fehlenden Deckenträger sämtlich aufgelegt sind; weiterhin wird an der Fällung des Rotenflusses der Kanalisation eifrig gearbeitet; sobald die Mauerer den neuen Kanal beendet haben, werden die drei Meterrohre, welche die Baugrube in Manneshöhe durchqueren, außer Tätigkeit gesetzt und herausgenommen werden können. Im Zuge der König- und Königsbergerstraße ist unterhalb des Wohntunnels ein neuer Abgrund entstanden: ein Stück der Baugrube für die Distanz, welche sich in der Klosterstraße an die Stadttiefe der Untergrundbahn anschließt soll. Es ist hier bereits bis zu einer Tiefe von zehn Metern ausgeschachtet worden. Jenseits eines parallel der Untergrundbahn laufenden Kanals, der baugariert und versiebt, fast in der Luft zu schweben scheint, ist die Baugrube schon so tief ausgeschachtet, daß mit dem Betonierungen begonnen werden konnte. Diesen mit Teerdämpfen erfüllten hohen und weiten Raum überspannen die mächtigen T-Träger, welche die Straßenbahnbrücke tragen. Öhrendbetäubend ist der Lärm, welchen die schweren Wagen beim Passieren der Brücke verursachen, und die über den Platz schreitenden Menschen ahnen wohl kaum, über welchem Abgrund sie wandeln.

Auf der Brandstätte in der Pallasstraße waren gestern die Bände 3 und 9 der Berliner Feuerweh noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Neben der Holzbearbeitungsfabrik von Ger-

mann Nadge, bei der das Feuer, wie berichtet, hauptsächlich wütete, hat auch noch die Pianofabrik von Klimes, Schwittalla u. Co. großen Schaden erlitten. Das Feuer sprang auf einen Teil der im vierten Stock des Fabrikgebäudes gelegenen Fabrikationsräume der Firma über und vernichtete fertige Klaviere und Materialien, Maschinen usw. im Wert von rund 50000 M. Der Schaden ist aber größtenteils durch Versicherung gedeckt. Auch die Pianofabrik von Krause u. Dreß ist in Mitleidenschaft gezogen worden. Bei dieser Firma wurde für etwa 3000 M. Wasserhähnen angefertigt. Die Höhe des Schadens bei der Firma Nadge läßt sich vorläufig ziffernmäßig noch nicht angeben, da man zurzeit mit der Aufnahme noch beschäftigt ist. Betriebsstörungen werden bei den genannten Firmen nur vorübergehend eintreten. — In der Culmstraße 13 hatte die Feuerwehrgesellschaft gestern noch ein größeres Feuer in einem Farbenfeiler abgelöscht.

Verammlung schulpolitischer Vereinigungen. Im Rahmen der Tagung der Deutschen Lehrerverammlung fand auch eine Verammlung der Vertreter und Interessenten schulpolitischer Vereinigungen statt. Die Verammlung war sehr zahlreich aus allen Teilen Deutschlands besucht; selbst aus Böhmen und Mähren waren Vertreter erschienen. Es kam nach einem Referat des Vorsitzenden der Breslauer Vereinigung für Schulpolitik zu einem lebhaften Gedankenaustausch über die politischen Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten und ihre Wirkung auf die Schule und die Stellung der Lehrer. Insbesondere wurde die kommunale Betätigung eingehend erörtert und die Forderung gestellt, gelegentlich der Deutschen Lehrerversammlungen regelmäßige Zusammenkünfte derjenigen Lehrer herbeizuführen, welche in kommunalen und sonstigen Körperschaften Mandate bekleiden. Auch die Notwendigkeit, auf eine vermehrte schulpolitische Schulung, namentlich der jüngeren Lehrerschaft, hinzuwirken, wurde von allen Seiten betont und der Berliner Vereinigung für Schulpolitik der Auftrag gegeben, eine Verbindung der schulpolitischen Gruppen in die Wege zu leiten.

Ein gefährliches Einbrecherloch wurde durch die Berliner Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Auf einer Klingelfahrt, die die drei Spießgesellen unternahmen, fiel der Wächter der Arbeiter Hermann Säula in die Hände, der, wie die Nachforschungen ergaben, eine Wohnung in der Lindowstraße innehatte. Als man dieser jetzt plötzlich einen Besuch abstattete, fand man darin den Väter Fritz Graf und den Arbeiter Karl Hinzpeter, die beiden Spießgesellen Säulas. Graf und Hinzpeter hielten sich unangemeldet in der Wohnung Säulas auf und zogen mit diesem Nacht für Nacht auf Einbrüche. Die Bande hatte keine „Spezialität“, sie drang bald in Geschäftshäuser, bald in Gastwirtschaften ein. Wenn sie keine Gelegenheit ausbaldowert hatten, so gingen sie auf die Klingelfahrt und stakelten den unbeaufsichtigten geliebten Wohnungen heimliche Besuche ab. Aus diesen Einbrüchen und Diebstählen herrührende Sachen wurden noch in großer Menge in der gemeinsamen Behausung vorgefunden und beschlagnahmt. Die drei Einbrecher, von denen Graf schon wegen Bandenunbruchs zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft ist, wurden von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Kurz vor der Heimreise schwer verunglückt ist gestern Abend ein Teilnehmer an der hiesigen Lehrerversammlung. Um seinen Urlaub nicht zu überschreiten, wollte der 62 Jahre alte Lehrer Franz Schmidt gleich nach Schluß des Lehretages zum Potsdamer Bahnhof eilen, um mit dem Abendzuge nach seiner Heimatstadt Spielhagen zu fahren. In seiner Hast und bei der geringen Vertrautheit mit dem starken Verkehrsladen der Reichshauptstadt verunglückte der alte Herr beim Ueberfahren des Fahrdammes der Einfahrt, in nächster Nähe des Wanneseebahnhofs. Er geriet unter einen Kraftwagen, dessen Räder ihm über beide Beine gingen. Mit Brüchen beider Unterschenkel wurde der Schwerverletzte mit einem Wagen nach der Charité gebracht.

Geldschrankbrecher hatten es in der vergangenen Nacht auf die Spar- und Kreditbank von 1876 e. G. m. b. H. am Tempelhofer Ufer 8 abgesehen. Sie verschafften sich mit Schlüssel in die im Erdgeschoß des Vorderhauses liegenden Kontorräume Eintritt und erbrochen dann nach der Art gewerbmäßiger Geldschrankmacher das im Privatbureau stehende Geldschloß. Aus diesem stahlen sie, soweit sich bis jetzt feststellen ließ, ungefähr 1200 M. in Gold und Silber und einige Briefmarken. Ob auch Wertpapiere und Wechsel entwendet worden sind, muß die Bank erst nachprüfen. Entdeckt wurde der Diebstahl erst am morgen, als ein Angestellter um 9 Uhr die Bankräume aufschließen wollte.

6. Wahlkreis. Am 1. Pfingstfeiertag ist beim Frühkonzert im Berliner Prater ein Damenring gefunden worden, desgleichen bei der Wasserfest im Voigt-Theater ein Trauring. Dieselben können im Wahlvereinsbureau abgeholt werden.

Vorort-Nachrichten.

Spandau.

Das ständige Wachstum unserer Bewegung und die fortgesetzte Steigerung der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ scheint das konstante „Spandauer Tageblatt“ mit Reid zu erfüllen. Die Latsche, das die Aktiengesellschaft Lindendruckerei zur Unterbringung des Vorwärtsverlags ein Grundstück zum Preise von 8 850 000 M. erworben hat, veranlaßt das Blatt, ein Lamento darüber anzustellen, daß mit den mühsam, abgeparten Arbeitergroßen die sozialdemokratische Partei finanzielle Transaktionen vornehmen könne, um die sie mancher ehrlich ringende und kämpfende Geschäftsmann und Handwerksmeister beneiden dürfte.

Wie verleben den Schmerz des „Spandauer Tageblatts“ vollständig und auch den Reid darüber, daß es mit seiner „ehrlich ringenden“ Reichsverbandskraft seinen Abonnentenstand nicht erhöhen und damit seine Betriebsanlagen nicht so erweitern kann wie der „Vorwärts“. Hätte das „Spandauer Tageblatt“ anstatt 400—500 nur 4000—5000 Abonnenten, es würde mit Vermögenswerten finanziellen Transaktionen vornehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß es der ehrlich ringende Geschäftsmann darum beneiden würde. So aber muß das Blatt gleich einem Kreis zusehen, wie die sozialistischen Unternehmungen immer größer und größer werden, und sich ihm und seinen Geistesverwandten als Wahrzeichen politischer Macht und kultureller Bedeutung der Arbeiterklasse anklenden.

Charlottenburg.

Schwer verunglückt ist vorgestern vormittag der Ruischer Friedrich Drinhaus aus der Waldstr. 49. Der 43 Jahre alte Mann, der bei einer Selterwasserfabrik in der Turmstraße angestellt ist, hielt mit seinem mit 70 Kisten voll Selterflaschen beladenen Wagen auf dem Fabrikhof der Firma Siemens u. Schudert, um dort Flaschen abzuladen. Als er auf dem linken Vorderrad stand und einen Kisten auf den Boden gelegt hatte, zogen plötzlich die Pferde an und der Ruischer stürzte so unglücklich herab, daß ihm der Kopf, der unter das Hinterrad geriet, fast vollständig klappt wurde. Nachdem Drinhaus in der Fabrik die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er nach dem Krankenhaus Roabit gebracht.

Höhere Schüler. Unter dem Titel „Kowdium“ finden wir in der Charlottenburger „Neuer Zeit“ vom 24. Mai folgende Mitteilungen: Im Witlebenpark macht sich seit einiger Zeit ein Treiben bemerkbar, welches jeder Beschreibung spottet. Junge Weibchen im Alter von 15 bis 18 Jahren, die gewöhnlich in Begleitung ihrer Mütter die Bänke belagern, fordern durch ihr schamloses Gebaren die Enttäuschung jedes antwortenden Besuchers dieser Anlagen heraus. Einzelne Personen müssen oft die zögerlichen Bemerkungen über sich ergehen lassen, ohne die Möglichkeit energischer Abwehr zu finden. Den Höhepunkt erreicht die Situation jedoch, wenn der wachhabende Parkbeamte „Feierabend“ bietet. Das Völlchen erhebt sich allmählich, um sich dann auf einer anderen Bank niedergulassen. Anscheinend in tiefen Schlaf versunken, läßt

man sich dann womöglich einzeln das „Feierabend“ in die Ohren rufen. Die Sache entbehrt bei oberflächlicher Betrachtung nicht einmal eines gewissen Humors, wenn ihr weiterer Verlauf nicht den bedauernden Ernst derselben demonstrieren würde. Mehrere dieser Weibchen nehmen nun in der Nähe des Parkbeamten Aufstellung, um diesen, nach echter Kowdiummanier, durch gegenseitiges Anstoßen anzurempeln. Es folgt dann gewöhnlich ein Gefohle und Brüllen sondergleichen, wobei es nicht an Beschimpfungen gemeinster und ekelhaftester Art fehlt. Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß das Vorgehen der in Frage kommenden äußerst pflichttreuen und energischen älteren Beamten in keiner Weise provozierend genannt werden kann. Vollends entsetzt ist man aber bei der Versicherung, daß sich dieses zweifelhafte Feldentum vorwiegend aus Schülern höherer Lehranstalten und jungen Kaufleuten rekrutiert. Man fragt da erstaunt, wie so ein Betragen überhaupt möglich ist.

Würden sich Arbeiter eines solchen Betragens schuldig machen, wie würde da die bürgerliche Presse über die Robeit der untersten Volksschichten jetern! Von Schülern höherer Lehranstalten sollte man allerdings ein anderes Betragen erwarten.

Ein Handtaschenräuber wurde am Donnerstagabend in der Wilmerdorfer Straße dingfest gemacht. In der Gosanderstraße hatte ein etwa 30jähriger Mann einer Dame die Handtasche entziffen und suchte damit das Weite. Auf die Hilferufe der Betroffenen setzten aber ein paar Radfahrer und andere Passanten dem dreisten Diebe nach. Als dieser merkte, daß er nicht mehr entkommen konnte, rannte er in das Haus Wilmerdorfer Straße 13 hinein und versteckte sich dort. Nach längerem Suchen gelang es aber, den Räuber aufzufinden und zu verhaften.

Vichtenberg.

Ein soziales Stensdud. Die Kinder einer Familie Pradla, sieben an der Zahl, das älteste 7 Jahre alt, waren sich den ganzen Tag selbst überlassen. Jedenfalls hat der Teufel Rot den Gott der Liebe aus der Familie vertrieben. Und die Mutter brachte es leider fertig, den Mann mit den Kindern allein zu lassen. Was nun tun? Die Kinder in Pflege zu geben, soweit reicht natürlich das Einkommen eines Arbeiters nicht. Auch nicht zu einer Hausbälterin; eine solche würde sich auch wohl schwer zu einer so großen Kinderzahl gefunden haben. Tapper, ja man kann sagen heldenmütig, versuchte es der Vater, die Hauswirtschaft nebenbei zu verrichten. Wenn er abends nach Hause kam, lockte er für alle und gleich für den nächsten Tag das Essen. Den vollen Topf stellte er auf den Fußboden, damit die Kinder sich nehmen konnten, was sie wollten. Der Mangel an Aufsicht brachte die beiden Kleinsten auf Abwege. Sie schwänzten die Schule, trieben sich umher und stahlen in den Geschäften was sie bekommen konnten.

Nun kann der edle Pfleger sich wieder über Verwahrlosung und Pflichtvergessenheit in Arbeiterkreisen enträsten. Es wäre ja ein Wunder, wenn die Kinder schließlich nicht dem Verbrechertum in die Arme fielen. Die Fürsorgeziehung ist wahrlich keine Schutzwehr dagegen. Vorläufig werden sie das schlechte Erziehungsdiagramm aber wohl genießen. Es war aufgefalle, daß die Jungen sehr oft Gegenstände auf die Quittungslatte ihres in der Bartenbergstraße wohnenden Vaters bei Wandeltieren verlegten. Nachforschungen ergaben die skizzierten Verhältnisse als prächtige Illustration des Bonnois von der gefüllten Kompostkiste. Angeblich sollen die Knaben nach ihrem eigenen Geständnis 40 Diebstähle ausgeführt haben. Da die Mitteilung von der Polizei kommt, ist sie mit einer gehörigen Skepsis zu genießen. Der Wunsch der Polizei, Vergehen und Verbrechen zu entdecken, läßt sie leicht durch — Berggrößerungs-gläser schauen.

Wilmerdorfer.

Ein tödlicher Baunfall ereignete sich am Mittwoch auf einem Neubau der Heilbronner Straße. Mehrere Zimmerleute waren dort mit dem Niederlegen des Gerüsts beschäftigt, wobei dem einen derselben ein Balken aus der Hand und dem gerade zu ebener Erde beschäftigten Bauarbeiter Otto Schilbisch, Eisenacher Str. 50 wohnhaft, so unglücklich auf den Kopf fiel, daß die Hirnschale des Verunglückten zertrümmert und sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit einem Kinde. Die Leiche wurde erst nach drei Stunden fortgeschafft.

Notwasser.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwochmorgen, kurz nach 5 Uhr, am Bahnübergang in der Eisenbahnstraße. Im Gedränge der sich vor der Schranke angesammelten Fußgänger und Passanten geriet das sechsjährige Töchterchen Bertha des Militärimvalsiden Garbis aus der Lindenstraße unter die Räder eines von der Südsseite kommenden Wagens der Potsdamer Gasanstalt und wurde sofort getötet. Der Kopf des armen Kindes wurde geradezu zermalmt. Nach Befundung von Augenzeugen trifft den Kuischer keine Schuld; als er sah, daß das Kind um die Pferde herum gegen die Räder lief, hielt er den Wagen sofort an, doch war es bereits zu spät. — Wenn hier auch ein unglücklicher Zufall anzunehmen ist, so dürfte die Eisenbahnverwaltung doch nicht von einiger Schuld an dem Unglücksfall freizusprechen sein. Denn nach Schließung des Ueberganges im Zuge der Kirchstraße hätte sie mit einem starken Fußwerkverkehr an dieser Stelle rechnen und für die Sicherheit der Fußgänger genügend Sorge tragen müssen. Das hat sie jedoch nicht getan. Obwohl Platz genug für einen beiderseitigen Fußweg vorhanden ist, hat sie nur einen etwa 10 Meter breiten Bohlenweg provisorisch herstellen lassen, der von den aus beiden Richtungen kommenden Fußwerkern fast allein in Anspruch genommen wird. Für die Fußgänger ist das Ueberfahren der Gleise daher äußerst gefährlich, und es muß geradezu als ein Wunder angesehen werden, daß nicht bereits früher ein Unglücksfall eingetreten ist. Aber auch die Gemeindeverwaltung hätte diese Zustände voranzusehen und bei der Eisenbahnbehörde auf weitgehendste Rücksichtnahme bezüglich der Sicherheit des Publikums bei Schaffung dieses Ueberganges dringen müssen; zur Zeit des Unfalls sollen allein an der Nordseite des Ueberganges nicht weniger als 13 Fußwerke auf das Decken der Schranken gewartet haben. Zum mindesten wäre es doch Pflicht der Gemeindeverwaltung gewesen, an den Uebergang einen Beamten zu postieren, um für eine sichere Abweidung des starken Verkehrs zu sorgen. Jetzt, nachdem das Unglück geschehen ist, scheint man die Notwendigkeit dieser Maßnahme eingesehen zu haben, denn am Mittwochabend war an der betreffenden Stelle ein Gendarm postiert.

Aus aller Welt.

Das heilige Eigentum.

Aus Paris wird uns geschrieben: Am Pfingstmontag sah ein Grundbesitzer bei Toulon zwei Soldaten in seinem Garten kirchen pfücken. Rasch lud er seine Hinte und knallte los. Der eine war sofort tot, der zweite liegt mit einer lebensgefährlichen Wunde im Hospital. Man sieht, die bürgerliche Sozialphilosophie ist nicht minder mörderisch als die pseudoanarchistische der Bonnot und Garnier. Aber die kapitalistische Presse wird mit ihren Opfern weniger Aufsehen machen. Ja, wenn die Soldaten bei der Verteidigung von Streikbrechern gefallen wären! — Vermutlich wird die Justiz mit dem bourgeoisen Propagandisten der Tat milder hart ins Gericht gehen, als mit dem Soldaten in Amiens, der dieser Tage wegen einer in der Trunkenheit verübten Messerattacke auf einen Unteroffizier fassiliert wurde.

Ein Eulenburg.

Der praktische Arzt Dr. Fuhrmann in Taubertschloßheim, Hausarzt des katholischen Knabenkonvikts, ist Inzeratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

dieser Tage verhaftet und ins Amtsgefängnis eingeliefert worden. Derselbe soll mit Knaben der dortigen Lehranstalten schon seit einigen Jahren ein sträfliches Verhältnis unterhalten haben. Er lockte die Jungen an sich, indem er sie zu seinen Automobilfahrten einlud. Dr. Fuhrmann besitzt im nahen Dittighheim ein eigenes Badehaus an der Tauber. Dasselbe heißt schon lange im Volksmund die „Eulenburg“. Ferner besitzt er einen eigenen Kaden, mit dem er mit Schülern der Lehranstalten im Adamskötten herumgegendelt ist, oft zur Nachtzeit. Die Sachen schweben schon etliche Jahre; schon vor drei Jahren war dies ausgefallen, aber in Anbetracht seiner Stellung und seiner religiösen Haltung dachte hier kein Mensch an eine Anzeige. Denn Dr. Fuhrmann war Mitglied des katholischen Kirchenrats und im katholischen Kirchenchor musikalisch tätig. Der „Tauber- u. Frankenhof“ versucht zwar den Mann vom Zentrum abzuwickeln, was aber nichts nützt, da dieser schon immer als guter Zentrumsmann galt und bei den von ihm eingenommenen Ämtern auch kein mischte. Die Anzeige ging vom Lehrerseminar Ertlingen aus, wo zurzeit einige „Liebchen“ des Verhafteten studieren und weshalb dessen Laten bekannt wurden.

Die Bubonepest in Hongkong.

Wie ein Telegramm aus Hongkong meldet, tritt in den letzten Tagen die Bubonepest mit einer Festigkeit auf, wie seit Jahren nicht beobachtet worden ist. Jeder Tag fordert zahlreiche Opfer. Allein in den letzten Wochen wurden 199 Neuerkrankungen gemeldet, von denen 188 tödlich verliefen. Die Gesamtzahl der Erkrankungen in diesem Jahre beträgt 1059, darunter waren 951 tödlich. Die Behörden treffen die schärfsten Vorsichtsmaßregeln, um eine Einschränkung der Erkrankungen zu erzielen. Den Verd der Seuche vermutet man in der stark überfüllten chinesischen Kolonie.

Das Hochzeitsbad.

Eine trogikomische Affäre beschäftigt jetzt das Schöffengericht in Marienburg (Westpreußen). Vor einiger Zeit ließ sich Fräulein S. von dort, die kurz vor der Hochzeit stand, aus der Marienburger Adlerapotheke Tannemabellu-Extrakt holen, um ein „wohrtrendes“ Bad zu nehmen. Aus Versehen verabsolgte der Apotheker anstatt des gewünschten Extraktes — Holzteer. Die Verwechselung hatte zu Folge, daß die junge Braut bei dem Bade in ein Aschenbrödel verwandelt wurde. Außerdem ließ sich die Badewanne wegen der teerigen Masse nicht mehr in den früheren Zustand versetzen. Die Folge dieses Vorfalls war eine Schaden-erstattung bei Gericht für die unbrauchbar gewordene Badewanne; der Apotheker wurde auch zum Schadenersatz verurteilt. Der Braut hat das „Bad“ aber nichts geschadet, denn sie ist inzwischen glücklich in den Hasen der Ehe eingelaufen.

Reine Notizen.

Ein Drama am Sterbebett. In Mühlheim a. Rh. wurde gestern ein dem Trunke ergebener Mann von seinem Sohne mit einem Schustermesser erstochen. Der Getötete wollte in bestrenktem Zustande in das Zimmer eindringen, in dem seine Frau auf dem Sterbebette in den letzten Zügen lag. Es kam zwischen Vater und Sohn zu einer Rauferei, bei der der Vater drei Stiche erhielt, die den sofortigen Tod herbeiführten.

Schwerer Baunfall. In einer Bräufelers Vorstadt stürzte ein Waugerast zusammen, auf dem sieben Arbeiter beschäftigt waren. Zwei davon wurden tödlich verletzt, die anderen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Der blinde Passagier. Bei Ankniff des Expreszugens Nancy-Paris auf dem Bahnhof in Chalons sur Marne wurde ein junger Mann von 25 Jahren, der ein Deutscher zu sein scheint, angehalten, weil er keine Fahrkarte hatte. Als er zum Stationsvorsteher gebracht werden sollte, zog der junge Mann plötzlich ein Messer und brachte sich in der Herzgegend mehrere tiefe Stiche bei. Er wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Hospital gebracht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 35. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der neue Reichstag im Probejahr. Von Georg Ledebour. — Eine Improvisation. Von Paul Lenzsch. I. — Die Wurzeln des Syndikalismus in Frankreich. Von Gustav Götting. (Fort.) — Ökonomie und Beherrschung. Von R. Kautsky. (Fort.) — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die bevorstehende Präsidentenwahl. Von L. V. Boudin. (Fort.) III. — Das soziale Elend der berufstätigen Arbeiter. Von B. Ruz Grempe. — Literarische Rundschau: Dr. med. Alfred Brothahn. Berlin, Soziale Pathologie. Von Alphonse. Dr. Otto Michale. Die Arbeitsnachweise der Gemerkschaften im Deutschen Reich. Von Julius Deutsch. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsanstalten und Kolportageure zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieseld bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben Nr. 18 des 22. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Scherben. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württemberg. III. Von m. — Antiquität. Von J. B. — Der sozialdemokratische Frauentag I. In Deutschland. II. In Desterreich. Von Adolph Popp. III. In Holland. Von Helene Antersmit. — Internationaler Gruß zum Frauentag aus Schweden. — Frauentag. — Volksgeschichte. Von Emil Unger. — Aus der Bewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2.00 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 12. Nummer des 28. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalte erwähnen wir folgende Beiträge:

Zeichnungen: Ein kollektiv russisches Bedenkniß. — Ein treuer Diener seines Herrn. — In Preußen. Von Rich. Koff. — Zum Reichstagswechsel in den Vereinigten Staaten. — Die Wöllischen wittern Vorgehen. — Gedendblatt für Herrn v. Erffa. Von Erich Schilling. Wm. Legt: Strazburg. — Penultima Epilobe. Von A. Stahl. — Orientierungsforgern. Von Julliman. — Im Rieler Hafen. Von Schartenmaler junior. — Nationaldemokratische Parteilag. Von Kl. — Logische Rettungsbringe. — Lieber Jacob! Von Gotthilf Kautz. — Ein Triumph. Von Ludia. Wm.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. D. B. F. Tsch. Koff. e. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wandersfahrten am Sonntag, den 2. Juni 1912: I. Hangelberg — Raueneiche Berge — Scharnhaefersee — Pärtenwalde. Abf.: Sonnabend 9.41 nachm. Bf. Friedridstraße. II. Grünberg — Rühnfelder Forst — Arrennen. Abf.: Stettiner Fernbahn 5.36 vorm. III. Rühn — Delfsee — Reppinsee — Bernau. Abf.: Stett. Fernbahn 5.59 vorm. IV. Grunewald — Gladow — Potsdam. Treffp. Bahnh. Grunewald (Rst. Waldhaus) 7.00 vorm. V. Gladow — Schmödwin — Rahnsdorf. Abf.: Bf. Bahnh. 1.30 nachm. Bitte willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wandersfahrt am Sonntag, den 2. Juni, durch die Parklandschaft, Wannsee, Ribersdorf, Teerofen, Gütergog, Jagdschloß Stern, Kottbuschenbrück. Abfahrt 6.30 Uhr. Wannseebahnhof. Bitte willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin: Sonntag, den 2. Juni, Wanderungen: a) Radtour von St. Vorken nach Kogen. St. Vorken. Abfahrt nach 12.40 nach St. Vorken von Bf. Bf. b) Tagestour und Horeitung der Raachtour. St. Vorken. Abfahrt 6.45 vom Bf. Bf. nach St. Vorken. Bitte willkommen.

Marktbericht von Berlin am 29. Mai 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Kogen 34.00—50.00. Spelzbohnen, weiße, 30.00—55.00. Erbsen 40.00—50.00. Kartoffeln (Reinhd.) 8.00—13.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Reule 1.70—2.40. Rindfleisch, Gauderitz 1.40—1.80. Schweinefleisch 1.40—1.90. Kalbfleisch 1.40—2.00. Hammelfleisch 1.40—2.40. Butter 2.40—3.20. 60 Stück Eier 3.00—5.00. 1 Kilogramm Karotten 1.20—2.00. Rote 1.80—3.20. Sander 1.80—3.00. Gekühlte 1.00—2.50. Parade 1.00—2.00. Schote 1.60—3.20. Mele 0.80—1.60. 60 Stück Kacke 4.00—45.00.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.